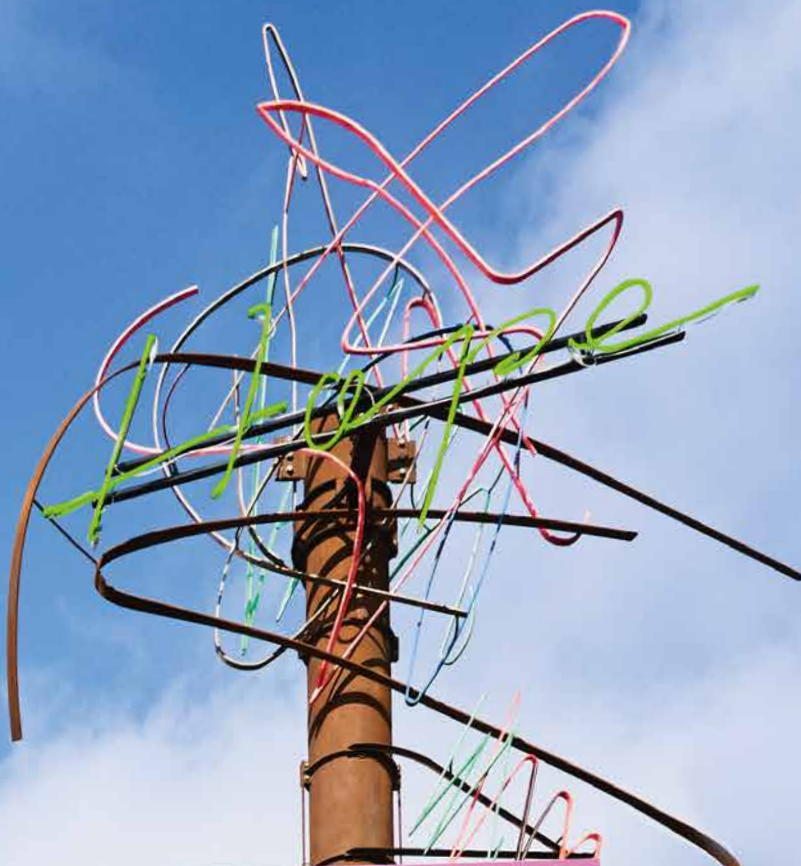




Bank
für Sozialwirtschaft

Geschäftsbericht 2017



Die Bank für Wesentliches



Bank
für Sozialwirtschaft

Bericht über das 95. Geschäftsjahr 2017

Berlin und Köln

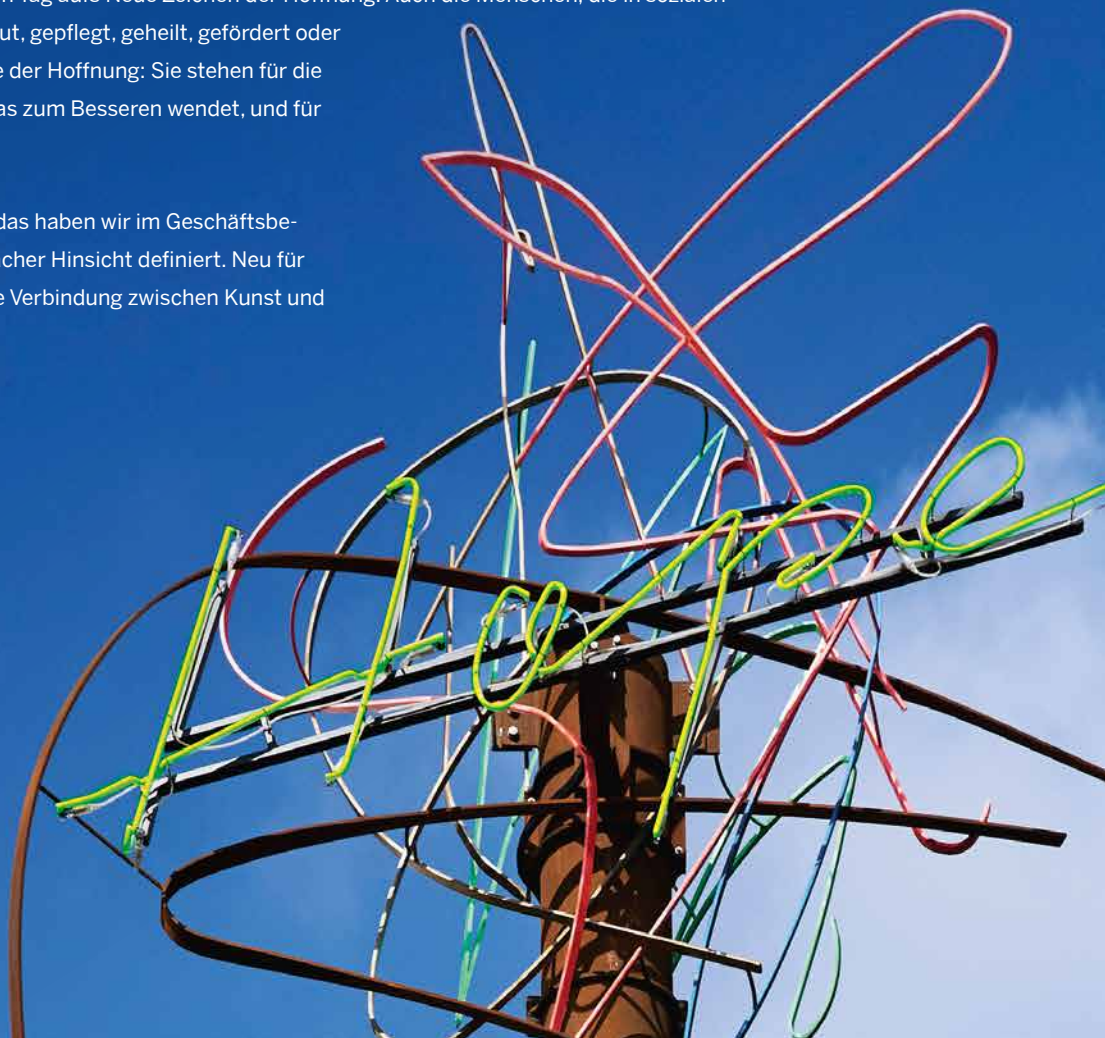
HOPE: Das Kunstwerk der Sozialwirtschaft

Seit Dezember 2017 steht es vor dem neuen Hauptsitz der Bank für Sozialwirtschaft AG am Konrad-Adenauer-Ufer in Köln: HOPE – das Kunstwerk der Sozialwirtschaft. Bilder der Hoffnung zeigt es, täglich wechselnd, auf drei Monitoren, jederzeit sichtbar für jeden, der daran vorbeifährt oder -geht. HOPE ist eine acht Meter hohe Statue des Kölner Künstlers HA Schult, ein stilisierter Baum der Hoffnung. Gezeigt werden Menschen, die für Hoffnung stehen: Menschen der Zeitgeschichte und Menschen von heute. Gezeigt werden auch mikroskopische Aufnahmen von Wasser. Sie symbolisieren den Fluss der Zeit.

Einige der Bilder, die das Kunstwerk HOPE zeigt, hat HA Schult zur Gestaltung des Geschäftsberichtes 2017 ausgewählt. Denn HOPE schafft die Verbindung zwischen Kunst und Sozialem – und baut so auch die Brücke zur Bank für Sozialwirtschaft. Mit dem Erwerb von HOPE hat sich die Bank für eine außergewöhnliche Form der Kunst am Bau entschieden. Die Idee, die Kunst von HA Schult mit dem Gedanken der Hoffnung zu verbinden, haben der Künstler und der Vorstand der Bank für Sozialwirtschaft gemeinsam entwickelt.

HOPE bebildert das Prinzip Hoffnung und damit ein elementares Lebensprinzip aller Menschen. In besonderer Weise stehen die Kunden der Bank für Sozialwirtschaft für Hoffnung: Krankenhäuser und Reha-Einrichtungen, Pflegeheime und Kindergärten, Wohlfahrtsverbände und andere Akteure aus dem Sozialbereich. Deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich engagiert um alte oder kranke Menschen, Kinder oder Menschen mit Hilfebedarf kümmern, setzen jeden Tag aufs Neue Zeichen der Hoffnung. Auch die Menschen, die in sozialen Einrichtungen und Diensten betreut, gepflegt, geheilt, gefördert oder ausgebildet werden, sind Symbole der Hoffnung: Sie stehen für die positive Erwartung, dass sich etwas zum Besseren wendet, und für den Glauben an die Zukunft.

In Verbindung sein und bleiben – das haben wir im Geschäftsbericht 2016 als unser Ziel in mehrfacher Hinsicht definiert. Neu für uns im Geschäftsjahr 2017 war die Verbindung zwischen Kunst und Sozialem.



Inhalt

| | |
|--|----|
| Zur strategischen Ausrichtung | 4 |
| BFS auf einen Blick | 7 |
| Organe | 8 |
| Aufsichtsrat | 8 |
| Vorstand | 9 |
| Prokuristen | 9 |
| Zentralbeirat | 10 |
| Bericht des Vorstandes | 14 |
| Wirtschaftliche Rahmenbedingungen | 14 |
| Entwicklungen in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft | 20 |
| Lagebericht 2017 | 26 |
| Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter | 46 |
| Entwicklung der Tochtergesellschaft BFS Service GmbH | 50 |
| Bericht des Aufsichtsrates | 56 |
| Jahresbilanz zum 31. Dezember 2017 | 58 |
| Gewinn- und Verlustrechnung 2017 | 60 |
| Anhang 2017 | 62 |
| Bestätigungsvermerk | 75 |
| Kontaktdaten | 76 |
| Impressum | 78 |

Zur strategischen Ausrichtung

Die ungebrochen expansive Geldpolitik der EZB und die stetig wachsenden regulatorischen Anforderungen gestalten die Rahmenbedingungen für Kreditinstitute weiterhin herausfordernd. Dazu tragen die im anhaltenden Niedrigzinsumfeld sinkenden Erträge im Kundengeschäft ebenso bei wie die durch aufsichtliche Vorgaben wachsenden Kosten. Die Optimierung unseres Geschäftsmodells und die Sicherung unserer Ertragsstärke durch Ausbau und Weiterentwicklung der Dienstleistungsangebote stehen vor diesem Hintergrund an erster Stelle unserer strategischen Agenda.

Bei der Weiterentwicklung unserer Strategie greifen wir auf Erfolgsfaktoren zurück, die unser Geschäftsmodell wesentlich prägen: die Stabilität unserer Kundenbranchen in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft, unsere ausgewiesene Branchenexpertise, unsere starken Kundenbeziehungen und die Verwurzelung in unserem Markt. So konnten wir durch sehr gute Vertriebsfolge und Ertragskraft auch 2017 unsere Position als führendes Spezialkreditinstitut für die Sozial- und Gesundheitswirtschaft weiter festigen.

Wir gehen davon aus, dass die Umfeldbedingungen für Kreditinstitute in den nächsten Jahren anspruchsvoll bleiben werden. Neben einer strengen, europaweit einheitlichen Bankenaufsicht erwarten wir unter anderem einen zunehmenden Wettbewerb im Bankenmarkt, massive Veränderungen durch die Digitalisierung und wachsende Kundenanforderungen.

So führen Marktkonsolidierungsprozesse in den Branchen Pflege, Krankenhaus und Reha dazu, dass Finanzierungsvolumina größer werden. Den damit verbundenen neuen Anforderungen an uns als Finanzierungspartner begegnen wir sowohl auf der Ebene der Finanzierung als auch auf der Ebene der Beratung mit zusätzlichen Angeboten für große Unternehmen. Hier werden wir neue Ertragspotenziale erschließen. Gleichzeitig bringt der Trend zur Ambulantisierung, insbesondere in der Altenhilfe, kleinteiligere Finanzierungen mit sich. Dieser und weiteren Veränderungen in unseren Kundenbranchen begegnen wir mit differenzierten Kundenbetreuungskonzepten im Vertrieb, zielgruppengerechten Beratungsangeboten und Produktinnovationen.

Zur Gestaltung der digitalen BFS der Zukunft haben wir eine umfassende Digitalisierungsstrategie entwickelt. In einer Roadmap bis zum Jahr 2020+ modernisieren wir den Zahlungsverkehr mit unseren Kunden, digitalisieren unsere Geschäftsprozesse und optimieren unsere IT-Systeme sowie -Infrastruktur. Unter anderem werden wir interne und externe Systeme über digitale Schnittstellen stärker miteinander vernetzen und intuitive, moderne Benutzeroberflächen für unsere Kunden und unsere Mitarbeiter schaffen.

In unseren Kundenbranchen erwarten wir weiterhin dynamische Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen, aus denen kurzfristig neue Geschäftsmodelle und mittel- bis langfristig veränderte Versorgungsstrukturen resultieren werden. Insgesamt gehen wir wegen der demografischen Entwicklung und neuer gesellschaftlicher Bedarfe von einer wachsenden Inanspruchnahme der Leistungen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft aus. Zugleich gehören die Branchen unserer Kunden zu den weitgehend konjunkturunabhängigen Märkten in Deutschland. Als führende Fachbank sehen wir hier ein großes Marktpotenzial.

Unser strategisches Kernziel bleibt die nachhaltige Positionierung als Spezialkreditinstitut für die Sozial- und Gesundheitswirtschaft. Unser Wachstum möchten wir fortsetzen und unseren Marktanteil weiter steigern. Die positive Geschäftsentwicklung der vergangenen Jahre wollen wir auf einem hohen Niveau konsolidieren. Für das Geschäftsjahr 2017 wurde dieses Ziel erreicht. Auch unter sich verschärfenden aufsichtsrechtlichen Vorgaben werden wir das erforderliche Eigenkapital vorrangig aus Gewinnthesaurierungen generieren.

Unser Ziel bleibt es, durch attraktive und innovative Produkt- und Beratungsangebote, gute Kundenbeziehungen sowie eine langfristige Kundenbindung die positive Entwicklung unseres Unternehmens fortzusetzen.

Wie wir im Geschäftsjahr 2017 konkret aktiv waren, welche Ergebnisse wir erzielt haben und wo wir im Jahr 2018 Chancen sehen, unsere Position als Partner der Sozial- und Gesundheitswirtschaft auszubauen, berichten wir Ihnen auf den folgenden Seiten.

Der Vorstand



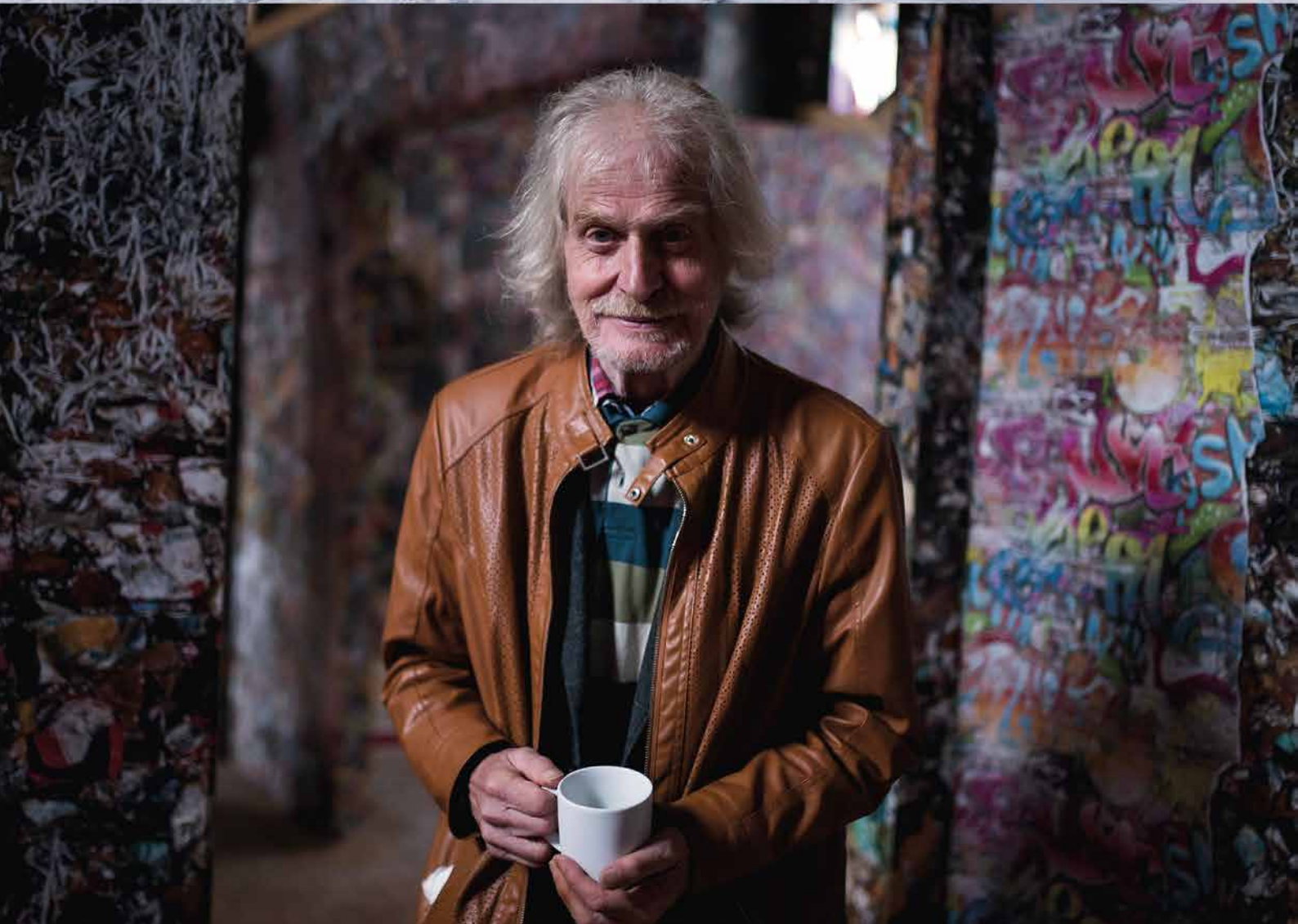
Prof. Dr. Harald Schmitz



Thomas Kahleis



Oliver Luckner



BFS auf einen Blick

| | 31.12.2017 Mio. EUR | 31.12.2016 Mio. EUR | Veränderung in Mio. EUR | in % |
|--|------------------------|------------------------|----------------------------|--------|
| Bilanzsumme | 8.652,5 | 8.693,6 | 41,1 | -0,5% |
| Eigengeschäft | 8.487,5 | 8.521,5 | -34,0 | -0,4% |
| Gezeichnetes Kapital und offene Rücklagen | 521,8 | 482,9 | 38,9 | 8,1% |
| Forderungen an Kreditinstitute | 3,1 | 4,3 | -1,2 | -27,5% |
| Wertpapiere | 2.744,5 | 2.810,3 | -65,8 | -2,3% |
| Forderungen an Kunden | 5.480,3 | 5.457,2 | 23,1 | 0,4% |
| Treuhandkredite | 165,0 | 172,0 | -7,0 | -4,1% |
| Einlagen von Kreditinstituten | 1.135,5 | 1.167,4 | -31,9 | -2,7% |
| Einlagen von Kunden | 6.534,7 | 6.552,0 | -17,3 | -0,3% |
| • täglich fällig | 5.059,3 | 5.926,9 | -867,6 | -14,6% |
| • Festgelder | 820,5 | 172,2 | 648,3 | 376,6% |
| - davon Sparbriefe | 99,1 | 48,7 | 50,4 | 103,5% |
| • Spareinlagen | 654,8 | 452,9 | 201,9 | 44,6% |
| Zinsüberschuss | 135,3 | 142,9 | -7,6 | -5,3% |
| Provisionsergebnis | 5,2 | 4,1 | 1,1 | 27,4% |
| Betrieblicher Aufwand | -82,6 | -77,3 | -5,3 | 6,8% |
| Betriebsergebnis | 78,3 | 85,8 | -7,5 | -8,7% |
| Jahresüberschuss | 34,3 | 50,3 | -16,0 | -31,7% |

Organe

Aufsichtsrat

Wolfgang Altenbernd

Geschäftsführer a. D., (AWO – Arbeiterwohlfahrt – Bezirksverband Westliches Westfalen e. V., Dortmund), Lünen

Christian Graf von Bassewitz

Bankier i. R., Hamburg

Dr. Robert Batkiewicz

Stiftungsdirektor, Caritas Stiftung Deutschland e. V., Köln

Dr. Matthias Berger

Wirtschaftsprüfer, Waldshut-Tiengen,
(Vorsitzender des Aufsichtsrates)

Dr. Norbert Emmerich

Bundesschatzmeister, DRK, Deutsches Rotes Kreuz e. V.,
Präsidium, Berlin
(Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates)

Dr. Jörg Kruttschnitt

Vorstand Finanzen, Personal, Organisation, Recht und Wirtschaft,
Diakonie Deutschland, Evangelisches Werk für
Diakonie und Entwicklung e. V., Berlin

Ulrich Lilie

Präsident, Diakonie Deutschland, Evangelisches Werk für
Diakonie und Entwicklung e. V., Berlin

Hans Jörg Millies

Finanz- und Personalvorstand, Deutscher Caritasverband e. V.,
Freiburg im Breisgau

Selvi Naidu

Mitglied des Vorstandes, AWO – Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V., Berlin

Dr. Ulrich Schneider

Hauptgeschäftsführer, Der PARITÄTISCHE Gesamtverband e. V.,
Berlin

Prof. Dr. Friedrich Vogelbusch

Wirtschaftsprüfer/Steuerberater,
Dresden

Michael Warman

Vorstand a. D., Zentralwohlfahrtsstelle der Juden
in Deutschland e. V., Frankfurt a. M.

Prokuristen

Vorstand

Prof. Dr. Harald Schmitz, Vorsitzender, Köln

Thomas Kahleis, Köln

Oliver Luckner, Köln

Hartmut Biering, Rechtsanwalt, Justizariat, Köln

Anton Bonnländer, Direktor Anlagemanagement, Köln

Ulf Hartmann, Direktor Vertriebsmanagement, Köln

Joachim Helms, Direktor Marktfolge, Köln

Enrico Meier, Direktor Marktbereich, Köln

Wolfgang Roßmar, Direktor Banksteuerung &
Risikomanagement, Köln

Klaus Schubert, Direktor Personal, Recht und Verwaltung,
Köln

Tanja Micheel, Direktorin Organisationsentwicklung & IT
(seit 30. März 2017), Köln

Christof Wasser, Direktor Betriebswirtschaft & Regulatorik
(seit 15. August 2017), Köln

Zentralbeirat

Dr. Stefan Arend

Vorstand, Kuratorium Wohnen im Alter gAG, Hauptverwaltung, Unterhaching

Manfred Boos

Bereichsleiter Finanzen und Verwaltung, UNICEF Deutschland, Köln (Mitglied des Zentralbeirates bis 20. April 2017)

Dietmar Bühler

Vorstand, Benedict-Kreutz-Stiftung, Freiburg im Breisgau

Andrea Büngeler

Stellv. Landesgeschäftsführerin, Geschäftsbereich Finanzen Organisation, Der PARITÄTISCHE Nordrhein-Westfalen e. V., Wuppertal

Armin von Buttler

Vorstand, Aktion Mensch e. V., Bonn

Klaus Dahlmeyer

Geschäftsführer, AWO – Arbeiterwohlfahrt – Bezirksverband Baden e. V., Karlsruhe

Alfons Donat

Geschäftsführer, Dernbacher Gruppe Katharina Kasper, Dernbach

Christoph Dürdoth

Vorstand, St. Josefshaus Herten, Rheinfelden

Prof. Prof. h.c. Dr. rer. pol. Hans-Jürgen Ebel

Geschäftsführender Gesellschafter, Dr. Ebel Fachkliniken, Bad Karlshafen

Birgit Eckhardt

Vorsitzende, Der PARITÄTISCHE Niedersachsen e. V., Hannover

Thomas Eisenreich

Geschäftsbereichsleiter, Verband diakonischer Dienstgeber in Deutschland e. V., Berlin

André Eydt

Mitglied des Vorstandes, Klinikum Fulda gAG, Fulda (Mitglied des Zentralbeirates seit 1. April 2017)

Rifat Fersahoglu-Weber

Vorsitzender des Vorstandes, AWO Bezirksverband Braunschweig e. V., Braunschweig

Thiemo Fojkar

Vorsitzender des Vorstandes, IB Internationaler Bund –
Freier Träger der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit e. V.,
Frankfurt am Main

Dr. Gabriele Girke

Landesgeschäftsführerin, Der PARITÄTISCHE
Sachsen-Anhalt e. V., Magdeburg

Dr.-Ing. Herbert Günther

Geschäftsführer, DRK Gemeinnützige Krankenhaus GmbH
Sachsen, DRK Krankenhaus Chemnitz-Rabenstein,
Chemnitz

Prof. Dr. Hanns-Stephan Haas

Vorsitzender des Vorstandes, Evangelische Stiftung Alsterdorf,
Hamburg

Claus Helmert

Bereichsleiter Haushalt und Finanzen, Der PARITÄTISCHE
Gesamtverband e. V., Berlin

Uwe Hildebrandt

Geschäftsführer, Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Westliches
Westfalen e. V., Dortmund

Verena Hölken

Finanzvorstand, Malteser Deutschland gGmbH, Köln

Dr. Markus Horneber

Vorsitzender des Vorstandes, Agaplesion gAG,
Frankfurt am Main

Friedhelm Kamps

Geschäftsführer, Deutsches Jugendherbergswerk,
Landesverband Rheinland e. V., Düsseldorf

Prof. Dr. habil. Dr. h.c. Franz Peter Lang

Universitätsprofessor, Technische Universität Braunschweig,
Institut für Volkswirtschaftslehre, Braunschweig

Oswald Menninger

Geschäftsführer a. D., Stellvertretender Vorsitzender der
Paritätischen Stiftung und Vorsitzender des Hilfswerks Berlin,
Berlin

Thomas Neeb

Geschäftsführer, Johanniter Seniorenhäuser GmbH, Berlin

Andreas Niedermeier

Sprecher der Geschäftsleitung, AWO – Arbeiterwohlfahrt,
Bezirksverband Oberbayern e. V., München

Thorsten Ostermann

Geschäftsführender Gesellschafter, OSTERMANN POTT & CIE.,
HEALTHCARE ADVISORS GMBH & CO. KG., Bonn

Dietmar Pawlik

Kaufmännischer Geschäftsführer, Städtisches Klinikum
München GmbH, München

Christian Reuter

Vorsitzender des Vorstandes und Generalsekretär,
Deutsches Rotes Kreuz e. V., Berlin

Prof. Dr. Rainer Salfeld

Geschäftsführender Gesellschafter, Artemed SE,
Tutzing

Klaus Schilling

Geschäftsführer, MEDIGREIF Unternehmensgruppe,
Greifswald

Wolfgang Stadler

Vorsitzender des Vorstandes, Arbeiterwohlfahrt,
Bundesverband Berlin e. V., Berlin

Leonhard Stärk

Landesgeschäftsführer, Bayerisches Rotes Kreuz,
München

Prof. Dr. Christoph Straub

Vorsitzender des Vorstandes, BARMER,
Berlin



Bericht des Vorstandes

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft wuchs im Jahr 2017 dank einer starken Binnennachfrage und eines hohen Exportvolumens kräftig. Im Jahresdurchschnitt lag das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 2,2 % höher als im Vorjahr. Die bereits deutlichen Steigerungsraten der Jahre 2016 (+1,9 %) und 2015 (+1,7 %) konnten somit noch übertroffen werden. Insgesamt ist die deutsche Wirtschaft das achte Jahr in Folge gewachsen. Im Jahresverlauf zeigte das BIP-Wachstum einen starken Auftakt, ließ im zweiten Quartal aber etwas nach. In der zweiten Jahreshälfte nahm die Konjunktur wiederum eine hohe Dynamik auf. Nach vorläufigen Berechnungen geht die Europäische Kommission für die gesamte EU 28 von einem BIP-Wachstum in Höhe von 2,3 % aus, für die 19 Länder der Eurozone rechnet sie mit 2,2 %.

Binnennachfrage weiter Wachstumsmotor

Das Wachstum des BIP im Jahr 2017 ging maßgeblich auf die weiter starke Binnennachfrage zurück. Zwar stiegen die staatlichen Konsumausgaben mit 1,4 % nur unterdurchschnittlich an, die privaten Konsumausgaben hingegen entwickelten sich vor dem Hintergrund der günstigen Arbeitsmarkt- und Verdienstenwicklung vergleichbar positiv wie in den beiden Vorjahren. Mit einer Steigerung um 2,0 % legten sie die Basis für das gesamtwirtschaftliche Wachstum. Dabei sind die Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt 2017 um 1,8 % gestiegen, womit sie sich im Zielrahmen der europäischen Geldpolitik von knapp unter 2 % bewegten. Befördert wurde der private Verbrauch auch durch die im Zuge der Flüchtlingsmigration ausgeweiteten Transferzahlungen sowie die Anhebung der Altersrenten im Jahr 2016, welche erst 2017 voll wirkte.

Bei den Bruttoanlageinvestitionen zeigte sich im Jahr 2017 eine erhöhte Dynamik. Grundlage hierfür war einerseits, dass sich globale Unsicherheiten weniger auf das Investitionsklima auswirkten als im Vorjahr. Andererseits machte die zunehmende Auslastung der Kapazitäten zusätzliche Investitionen erforderlich, was durch die weiterhin guten Finanzierungsbedingungen begünstigt wurde. Während die Bauinvestitionen um 2,6 % stiegen, wurde in Ausrüstungen wie Maschinen, Geräte und Fahrzeuge 3,5 % mehr investiert als im Vorjahr. Ebenfalls um 3,5 % über dem Vorjahresniveau lagen die Sonstigen Anlagen, unter denen bspw. Ausgaben für Forschung und Entwicklung zusammengefasst werden. Zum Anstieg des BIP trug die Binnennachfrage insgesamt 2,1 Prozentpunkte bei.

Insgesamt steigende Investitionskosten

Außenhandel mit positivem Wachstumsbeitrag

Deutschland erzielte im Jahr 2017 erneut einen Exportüberschuss. Der Außenbeitrag belief sich auf einen Wert von rund 248 Milliarden Euro. Die Importe sind mit 5,2 % erneut stärker gestiegen als die Exporte mit 4,7 %. Mehr als die Hälfte des deutschen Warenhandels fand innerhalb der EU statt. Nachdem der Außenhandel im Jahr 2016 noch einen Wachstumsbeitrag in Höhe von -0,1 Prozentpunkten zum BIP beisteuerte, belief sich dessen Anteil im Jahr 2017 auf 0,2 Prozentpunkte.

Arbeitsmarkt mit Bestwerten

Niedrigste Arbeitslosenzahl seit der Wieder- vereinigung

Der Arbeitsmarkt entwickelte sich angesichts des robusten makroökonomischen Wachstums sehr gut, was sich insbesondere im Aufbau von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung und Erwerbstätigkeit zeigte. Hinsichtlich der Zahl arbeitslos gemeldeter Menschen konnte 2017 der niedrigste Stand seit der Wiedervereinigung ausgewiesen werden. Im Jahresdurchschnitt ging diese um 158.000 auf 2,533 Millionen zurück. Dies entspricht einer jahresdurchschnittlichen Arbeitslosenquote von 5,7 %, was mit einem Rückgang von 0,4 Prozentpunkten im Vergleich zum Vorjahr einhergeht. Zwar war die Arbeitslosenquote in Ostdeutschland (7,6 %) erneut signifikant größer als in Westdeutschland (5,3 %), der Abstand hat sich in den vergangenen Jahren aber deutlich verringert. Auf der Ebene der Bundesländer verzeichnete Bayern die niedrigste Quote (3,2 %), Bremen die höchste (10,2 %).

Auch in Bezug auf die Erwerbstätigkeit konnte im Jahresdurchschnitt 2017 ein neuer Spitzenwert erzielt werden. So hat diese um 638.000 auf 44,28 Millionen zugenommen, was einer Steigerung von 1,5 % entspricht. Wie bereits in den Vorjahren hat die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung auch im Jahr 2017 stärker zugenommen als die Erwerbstätigkeit. Sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren 32,16 Millionen Arbeitnehmer und somit 2,3 % mehr als im Vorjahr. Dieser Anstieg ging sowohl auf eine Erhöhung der Vollzeitbeschäftigung um 349.000 auf 23,22 Millionen als auch auf eine Erhöhung der Teilzeitbeschäftigung um 374.000 auf 8,94 Millionen zurück. Der Anteil sozialversicherungspflichtiger Teilzeitbeschäftigung hat sich wiederum erhöht und lag 2017 bei 27,8 %. Im Jahr 2007 betrug dieser noch 19,0 %.

Bei einer Analyse der einzelnen Wirtschaftszweige zeigten sich in 2017 fast durchweg Anstiege der Beschäftigungszahlen. Die größten absoluten Zuwächse konnten in den Sektoren Qualifizierte Unternehmensdienstleistungen (+98.000), Pflege und Soziales (+85.000) sowie Handel (+62.000) verzeichnet werden. Einen Rückgang der Beschäftigungszahlen gab es ausschließlich bei Finanz- und Versicherungsdienstleistungen (-17.000).

Staatshaushalt mit Finanzierungsüberschuss

Der deutsche Staat konnte im Jahr 2017 nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes einen Finanzierungsüberschuss von 38,4 Milliarden Euro ausweisen und erreichte somit erneut einen positiven Finanzierungssaldo. Zum Überschuss trugen sowohl der Bund (+3,1 Milliarden Euro), die Länder (+15,6 Milliarden Euro), die Gemeinden (+9,9 Milliarden Euro) als auch die Sozialversicherungen (+9,8 Milliarden Euro) bei.

**Niedrigzins-
umfeld stärkt
Staatshaushalt**

Die Einnahmen des Staates stiegen im Jahr 2017 um 4,2 % auf insgesamt 1.474 Milliarden Euro. Dabei waren die Steuern als größte Einnahmequelle um 4,8 % höher als im Jahr 2016. Grundlage hierfür war die weiterhin günstige Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung. Auch die Ausgaben des Staates erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr. Die Steigerung um 3,4 % auf 1.436 Milliarden Euro ging in bedeutendem Umfang auf Geldleistungen der Pflegeversicherung sowie Geldleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts (SGB II) zurück. Insgesamt konnte eine Überschussquote von 1,2 % erzielt werden. Ermöglicht wurde diese auch durch das anhaltende Niedrigzinsumfeld, aufgrund dessen die zu zahlenden Zinsen des Staates deutlich zurückgingen.

Weiter expansive Geldpolitik der EZB

Der expansive Kurs der Europäischen Zentralbank (EZB) wurde im Jahr 2017 fortgesetzt. Begründet wurde dies mit der anhaltend schwachen Dynamik hinsichtlich der Verbraucherpreise sowie der noch nicht ausreichend guten Entwicklung der Konjunktur im Euroraum. Die Leitzinsen wurden daher unverändert auf historisch niedrigem Niveau belassen. Der EZB-Hauptrefinanzierungssatz für die Kreditinstitute des Euroraums blieb unverändert bei 0,0 %. Der Einlagensatz notierte mit -0,4 % weiterhin im negativen Bereich.

Im Rahmen ihres Asset Purchase Programs (APP) setzte die EZB auch ihr Anleiheaufkaufprogramm fort und kaufte bis März 2017 monatlich Wertpapiere im Wert von 80 Milliarden Euro. Wie im Dezember 2016 beschlossen, wurde das Programm im Anschluss mit einem niedrigeren monatlichen Aufkaufvolumen in Höhe von 60 Milliarden Euro fortgeführt. Im Oktober 2017 beschloss der EZB-Rat eine weitere Verlängerung des Programms bis mindestens September 2018 mit einem verringerten monatlichen Kaufvolumen von 30 Milliarden Euro ab Januar 2018.

Normalisierung der Geldpolitik in den USA

Die US-Notenbank Fed setzte die Normalisierung der Zinspolitik im vergangenen Jahr fort. Der Zielkorridor für den US-Leitzins wurde in drei Schritten um jeweils 0,25 Prozentpunkte auf 1,25 % bis 1,5 % erhöht. Darüber hinaus begann sie ab Oktober 2017 mit einer Reduzierung ihrer durch Anleiheaufkäufe angewachsenen Bilanz, indem sie die Summe der reinvestierten Rückflüsse aus den Aufkaufprogrammen um 10 Milliarden US-Dollar pro Monat verringerte. Begründet wurde dies mit der guten konjunkturellen Lage in den Vereinigten Staaten. Die Arbeitslosenquote sank auf 4,1 % und erreichte damit ihren niedrigsten Stand seit dem Jahr 2000. Mit weniger als 2 % blieb die Inflationsrate allerdings unterdurchschnittlich.

**Aufwertung
des Euro**

Gegenüber dem US-Dollar konnte der Euro in 2017 deutlich aufwerten. Zum Jahresultimo lag er bei 1,19 US-Dollar und somit 14 US-Cent höher als zum Vorjahresende. Dabei profitierte die europäische Gemeinschaftswährung vom konjunkturellen Aufschwung sowie den Erwartungen, dass die EZB eine Normalisierung der Geldpolitik angehen werde. Auch die Stabilisierung der politischen Verhältnisse in Frankreich durch die Wahl Emmanuel Macrons stützte das Vertrauen in den Währungsraum.

Finanzstabilität von Zinsentwicklung abhängig

Das robuste Wirtschaftswachstum in Deutschland wird von rückläufiger Unsicherheit und niedriger Volatilität an den Finanzmärkten begleitet. In einem solchen Umfeld besteht allerdings die Gefahr, dass die günstigen Rahmenbedingungen zu optimistisch fortgeschrieben werden. Ein Hinweis hierfür sind die historisch niedrigen Risikoprämien an den Finanzmärkten. Angesichts der niedrigen Zinsen besteht insbesondere das Risiko der Überschätzung der Schuldentragfähigkeit von Marktteilnehmern. Für den Bankensektor wäre auch ein abrupter Zinsanstieg mit erheblichen Risiken verbunden. So haben viele Kreditinstitute aufgrund des gesunkenen Ergebnisbeitrages aus dem zinsbezogenen Geschäft die Fristentransformation und das Geschäftsvolumen ausgeweitet.

Darüber hinaus sieht sich der Bankensektor mit erheblichen Strukturveränderungen konfrontiert, deren Folgen noch nicht vollumfänglich absehbar sind. Ein bedeutender Treiber diesbezüglich ist die Digitalisierung. Aber auch durch den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU sind in den kommenden Jahren erhebliche Veränderungen im europäischen Finanzsystem zu erwarten.

Hervorragende Finanzierungsbedingungen

Das Kreditneugeschäft mit Unternehmen und Selbstständigen ist im Jahr 2017 weiter gewachsen. Nach einem bereits beachtlichen Auftakt zum Jahresbeginn (+3,1 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum) stieg es im zweiten Quartal um 4,8 %, was dem stärksten Wachstum seit der Finanzmarktkrise entspricht. Obwohl der Unternehmenskreditmarkt im dritten Quartal mit einem Wachstum von 3,9 % etwas nachgab, kann nach Prognosen der KfW auch für das vierte Quartal 2017 mit einem ähnlich starken oder sogar stärkeren Wachstum gerechnet werden. Die Finanzierungsbedingungen sind nach wie vor als sehr gut zu bezeichnen. Die Kreditkosten der Unternehmen halten sich auf niedrigem Niveau, und es kann davon ausgegangen werden, dass Kreditinstitute ihre Konditionen angesichts des Wettbewerbsdrucks nicht in spürbarem Umfang anheben werden. Anhaltspunkte für ein weiteres Wachstum beim Kreditneugeschäft bieten die starke Konjunktur und die hohe Kapazitätsauslastung.

Insolvenzen weiter rückläufig

Die Anzahl der Unternehmensinsolvenzen in Deutschland ist aufgrund der kontinuierlich aufwärtsgerichteten Konjunktur weiter zurückgegangen. Von Januar bis Oktober 2017 wurden 16.801 Unternehmensinsolvenzen angemeldet, was einem Rückgang von 1.300 bzw. 7,2 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum entspricht. Auf der Ebene der Bundesländer zeigt sich eine Spanne, die von einem Rückgang um 31,6 % im Saarland bis zu einer Erhöhung um 11,2 % in Baden-Württemberg reicht. Nur in drei Bundesländern ist die Anzahl an Unternehmensinsolvenzen im Vorjahresvergleich gestiegen.

Angesichts rückläufiger Unternehmensinsolvenzen ist auch die Anzahl der hiervon betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weiter zurückgegangen. Sie sank um 1.523 bzw. 1,7 % auf 88.237. Die voraussichtlichen Forderungsausfälle der angemeldeten Unternehmensinsolvenzen beliefen sich auf 19,6 Milliarden Euro. Im Vorjahreszeitraum betragen diese noch 22,9 Milliarden Euro.

Gutes Jahr für die Aktienmärkte

Die Kurse an den Aktienmärkten legten im vergangenen Jahr spürbar zu. Im zweiten Quartal stieg der deutsche Leitindex DAX aufgrund des gestärkten Vertrauens in die deutsche Wirtschaft und die des Euroraumes innerhalb weniger Wochen auf knapp unter 13.000 Punkte. Bedingt durch den erstarkenden Euro und die Verunsicherung der Investoren angesichts des Diesel-Skandals in der Automobilindustrie wurden die zuvor angesammelten Kursgewinne im Hochsommer jedoch fast vollständig wieder abgegeben. Der zunehmende Konjunkturoptimismus trieb den DAX im Anschluss allerdings wieder aufwärts, sodass dieser im Herbst sein Jahreshoch erreichte. Beendet wurde das Jahr 2017 mit einem Stand von 12.918 Punkten auf einem deutlich höheren Niveau als im Vorjahr. Das Jahresplus belief sich auf 12,5 %.

Vor dem Hintergrund des konjunkturellen Aufschwungs und der veränderten geldpolitischen Erwartungen stiegen die Renditen von Bundesanleihen im vergangenen Jahr moderat. Auf Jahressicht erfolgte eine Renditesteigerung zehnjähriger Bundeswertpapiere um 22 Basispunkte auf 0,42 %. Im Euroraum erlebten Staatsanleihen aus Portugal und Griechenland einen spürbaren Nachfrageanstieg, was sich in einem deutlichen Rückgang ihrer Renditen niederschlug. Die Renditen zehnjähriger US-Treasuries notierten mit einem Jahresendwert von 2,41 % nahe an ihrem Vorjahresresultimo.

Ausblick 2018

Für das Jahr 2018 wird mit einer Steigerung des BIP in Höhe von 2,5 % gerechnet. Es ist allerdings davon auszugehen, dass der robuste Aufschwung zunehmend reifer wird und das Expansionstempo in diesem Zuge mittelfristig nachgibt. Auch stark ausgelastete Kapazitäten und das begrenzte Arbeitsangebot beschränken weitere Wachstumsmöglichkeiten. Mit den zunehmenden Engpässen am Arbeitsmarkt sollten spürbar steigende Lohnzuwächse einhergehen. Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung werden unter anderem in einer globalen Verschärfung der Finanzierungsbedingungen erkannt, was die deutsche Export- und Investitionstätigkeit erheblich beeinträchtigen würde. Negativ könnten sich auch neue Handelshemmnisse auf die deutsche Wirtschaft auswirken.



Bericht des Vorstandes

Entwicklungen in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft

Die Branchen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft präsentieren sich weiterhin als wachstumsorientierte und stabile Wirtschaftsbereiche. Deshalb und wegen ihrer besonderen Strukturmerkmale hat das Interesse international agierender Unternehmen und Investoren an der Sozial- und Gesundheitswirtschaft in Deutschland merklich zugenommen. Dies befeuert den Konsolidierungs- und Konzentrationsprozess in zentralen Märkten. Unter Berücksichtigung der Unterschiede zwischen freigemeinnützigen und privatgewerblichen Trägern hinsichtlich ihrer Expansionsstrategien und deren Finanzierungsmöglichkeiten sind die hiermit verbundenen Chancen und Risiken zu analysieren.

Hinsichtlich zentraler Bereiche der Sozial- und Gesundheitswirtschaft weist die zurückliegende Legislaturperiode eine beispiellose Reformdichte auf. Die Sozialunternehmen, insbesondere des Pflegesektors und der Eingliederungshilfe, sind nachhaltig gefordert, die veränderten Rahmenbedingungen in ihren Strategien, Geschäftsmodellen, Investitionsentscheidungen und in ihrer betrieblichen Praxis umzusetzen. Gleichzeitig müssen sich alle Beteiligten aktiv in die konkrete Ausgestaltung der Reformmaßnahmen einbringen, nicht zuletzt, wenn es um Eingriffe der Politik in die unternehmerische Gestaltungsfreiheit und adäquate Gewinnerzielungsmöglichkeiten geht.

Zunehmende Nachfrage nach Leistungen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft

Eine Fortsetzung der seit Jahren ungebrochen starken Ausweitung des Leistungsvolumens in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft spiegelt sich erneut in den Statistiken wider, die im Berichtsjahr erschienen sind. So stieg die Zahl der Leistungsempfänger im Bereich der Sozialen und Privaten Pflegeversicherung von 2014 auf 2016 um rund 10,2 %. In derselben Zeitspanne wurden ca. 2,0 % mehr stationäre Behandlungsfälle in Krankenhäusern gezählt. Die Anzahl der Beschäftigten in Werkstätten für Menschen mit Behinderung legte um etwa 1,7 % zu. Auch Kindergärten, -krippen und -horte betreuten abermals mehr Kinder (+ 3,9 %).

Einflussfaktoren wie die demografische Entwicklung, abnehmende informelle Unterstützungspotenziale sowie zusätzliche Behandlungsmöglichkeiten durch technische Neuerungen sprechen für eine künftig weiter steigende Nachfrage nach den Leistungen von Sozial- und Gesundheitsunternehmen.

Allerdings wird die Expansion der Leistungserbringung schon heute spürbar gebremst durch die unzureichende Verfügbarkeit von Mitarbeitenden. Akute Engpässe bei den benötigten Fachkräften sind insbesondere in den Gesundheits- und Pflegeberufen gegeben.

Engpässe durch Fachkräftemangel

Voranschreitender Konsolidierungs- und Konzentrationsprozess in den Märkten

Der steigende Wettbewerbsdruck, die angespannte wirtschaftliche Situation mancher Einrichtungsträger und ein z. T. erheblicher Investitionsstau sind die Basis für einen stetigen Konsolidierungs- und Konzentrationsprozess in den traditionell stark fragmentierten Branchen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft. Dies betrifft v. a. die Sektoren Krankenhaus, Rehabilitation und Pflege. So ist zwischen 2006 und 2016 die Zahl der Trägergesellschaften im Krankenhaussektor um rund 23 % und in der Rehabilitation um etwa 25 % zurückgegangen. Für den Pflegemarkt stehen vergleichbare Daten nicht zur Verfügung. Allerdings sprechen die zunehmenden Marktanteile der größten Betreiber auch hier für eine voranschreitende Branchenkonzentration. Vereinten die größten fünf Betreiber im Jahr 2011 zusammen etwa 7 % des stationären Marktes auf sich, waren es in 2016 bereits 11 %.

Insgesamt hat die Konsolidierung der hier betrachteten Märkte in den letzten Jahren an Dynamik gewonnen, insbesondere im Bereich der privatgewerblichen Einrichtungsträger. Hier wird die Branchenkonzentration in hohem Maße von internationalen Investoren und supranationalen Unternehmen forciert.

Erfolgsfaktor Kapital Vieles deutet auf eine Fortsetzung des Konsolidierungs- und Konzentrationsprozesses und wesentliche Strukturveränderungen hin. Finanzkapital ist ein entscheidender Faktor in diesem Prozess. Diese Entwicklung analysiert die Bank für Sozialwirtschaft in ihrem aktuellen Report „Erfolgsfaktor Kapital in der Sozialwirtschaft“.

Entschärfte Vorgaben zur Gewinnerzielung von Zweckbetrieben der Wohlfahrtspflege

Mit seinem Anwendungserlass zur Abgabenordnung hat das Bundesministerium für Finanzen (BMF) im Januar 2016 eine erhebliche Verunsicherung in der Wohlfahrtspflege ausgelöst. Gewinnerzielungsgrenzen für die Wahrung des Gemeinnützigkeitsstatus von Zweckbetrieben der Wohlfahrtspflege ließen sich kaum noch rechtssicher einschätzen. Zudem stand das neue Verbot von Quersubventionierungen zwischen unterschiedlichen Zweckbetrieben nach Definition der Abgabenordnung – beispielsweise der Defizitausgleich eines Altenpflegeheims mit den Gewinnen eines ambulanten Pflegedienstes – im Widerspruch zur praktischen Wirklichkeit.

Im Dezember 2017 hat das BMF eine von der Freien Wohlfahrtspflege lange geforderte Lockerung dieser restriktiven Vorgaben vorgenommen. Hinsichtlich Gewinnhöhe und Quersubventionierungen stellt die Finanzverwaltung jetzt auf die „wohlfahrtspflegerische Gesamtsphäre“ ab. Diese umfasst neben Zweckbetrieben der Wohlfahrtspflege auch Einrichtungen wie Altenpflegeheime, Werkstätten und Krankenhäuser sowie den ideellen Bereich. Darüber hinaus enthält das BMF-Schreiben weitere wichtige Klarstellungen zur Bewertung eines Gewinnstrebens bei Gemeinnützigkeit.

Die nun nach knapp zwei Jahren vorgenommene Entschärfung schafft Rechts- und damit Planungssicherheit für Einrichtungen der Wohlfahrtspflege. Gängige Geschäftsmodelle von (Komplex-)Einrichtungen werden weiterhin ermöglicht.

Erstes Jahr nach tiefgreifenden Reformen in der Sozialen Pflegeversicherung

Seit dem 1. Januar 2017 entfalten die Hauptregelungen des Zweiten Pflegestärkungsgesetzes (PSG II) ihre Wirkung: der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff mit fünf Pflegegraden anstelle von drei Pflegestufen sowie der einrichtungseinheitliche Eigenanteil für Bewohner stationärer Pflegeeinrichtungen. Ebenfalls zum 1. Januar 2017 ist das Dritte Pflegestärkungsgesetz (PSG III) in Kraft getreten. Beide Gesetze stehen für die bisher bedeutendsten Reformschritte in der Sozialen Pflegeversicherung.

Insbesondere die großzügigen Regelungen des PSG II für die Überleitung von Pflegestufen auf Pflegegrade minimierten die wirtschaftlichen Risiken für die Einrichtungsträger im ersten Jahr der Systemumstellung. Sie führten allerdings auch zu einer künstlich überhöhten Pflegegradstruktur in vielen Einrichtungen. Mit der Zeit kommt es sehr wahrscheinlich zu einer Verschiebung zu Bewohnern mit niedrigeren Pflegegraden und damit zu einem systemimmanenten Verlustrisiko für die Träger.

Auch die einrichtungseinheitlichen Eigenanteile stellen große Herausforderungen an die Anbieter. Zum einen passen die Personalmengenvorgaben in den meisten Bundesländern nicht zur neuen Vergütungssystematik. Dies hat die bisher übliche, belegungsabhängige Personalsteuerung aus den Angeln gehoben. In der Folge ist es für die Einrichtungen unumgänglich geworden, die operative Personalsteuerung weiterzuentwickeln und sehr eng mit anderen, erlösorientierten Steuerungselementen des Unternehmens – insbesondere dem Belegungs- und Pflegegradmanagement – zu verknüpfen.

Zum anderen hat der massive Eingriff in die Preisbildung der stationären Pflege z. T. eine deutliche Spreizung der Anbieterpreise nach sich gezogen – und dies sowohl zwischen Bundesländern als auch auf lokaler Ebene. Die Folge ist eine mitunter erhebliche Verschiebung in der regionalen Nachfragesituation.

Neuregelung der Vergütung im PSG III

Mit dem PSG III wurde u. a. die Vergütung der Personalkosten in der stationären und ambulanten Pflege neu geregelt. Künftig soll für alle Träger – nicht nur die tarifgebundenen – die vollständige Refinanzierung von Gehältern bis auf Tarifniveau über den Pflegesatz garantiert sein. Im Gegenzug soll mittels weitreichender Offenlegungspflichten sichergestellt werden, dass die vereinbarte Personalvergütung in vollem Umfang bei den Beschäftigten ankommt. Parallel dazu wurden die Bestandteile einer leistungsgerechten Vergütung nach Sozialgesetzbuch XI Soziale Pflegeversicherung (SGB XI) um einen Risikozuschlag ergänzt. Aufgrund potenzieller Einschränkungen der unternehmerischen Gestaltungsfreiheit und der Gewinnerzielungsmöglichkeiten der Pflegeanbieter werden die Neuregelungen in der Fachwelt intensiv und kontrovers diskutiert.

Im Fokus steht die Frage, wie Gewinnchancen und eine angemessene Risikovergütung künftig in den Pflegesätzen berücksichtigt werden. Vom Gesetzgeber wurde dies nicht im Detail vorgezeichnet, sondern vielmehr der Aushandlung der Vertragspartner überlassen. Sowohl eine Studie des IEGUS-Instituts zur Rechtslage und Quantifizierung der Vergütung des unternehmerischen Wagnisses in der stationären Pflege als auch die Begründung zu einem einschlägigen Urteil des Landessozialgerichts NRW vom 6. April 2017 legen nahe, dass undifferenzierte Ansätze – wie die Gewinnchancen aus einer dem Pflegesatzangebot unterlegten Auslastungsquote von 98 Prozent oder ein pauschaler Gewinnzuschlag zwischen ein und vier Prozent – keine sachgerechte Basis für solche Aushandlungen sein können.

**Wagnis leicht
über Durchschnitt**

Vielmehr sind allgemeine unternehmerische, branchen- und regionalspezifische sowie einrichtungsindividuelle Aspekte zu berücksichtigen. Diesem Ansatz folgend kommt die genannte IEGUS-Studie zu einem regional-spezifischen Wagniszuschlag zwischen 4,84 Prozent und 5,62 Prozent zzgl. eines betrieblich-spezifischen Wagniszuschlags. Damit ist es mit einem im Vergleich zur Gesamtwirtschaft leicht überdurchschnittlichen Wagnis verbunden, als Unternehmer im Sektor der stationären Altenhilfe tätig zu sein.

Es wird sich zeigen, ob bei den Vergütungsverhandlungen im Pflegesektor künftig tatsächlich die opportune Detailliefe Anwendung findet und das unternehmerische Wagnis adäquat vergütet wird.

Vorbereitung der Eingliederungshilfe auf die neue Welt des Bundesteilhabegesetzes

Mit dem in mehreren Schritten vom 1. Januar 2017 bis zum 1. Januar 2020 in Kraft tretenden Bundesteilhabegesetz (BTHG) hat der Gesetzgeber eine weitreichende Reform der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung in Deutschland in die Wege geleitet. Im Berichtsjahr hat sich die Branche intensiv mit den komplexen strategischen, fachlichen und organisatorischen Herausforderungen beschäftigt, die das BTHG mit sich bringt. Auch wenn noch viel Gestaltungsspielraum auf Ebene der Länder und der Kostenträger gegeben ist, haben sich die Leistungserbringer frühzeitig auf wesentliche Änderungen vorzubereiten.

Angebote sind zu splitten in gesondert auszuweisende Vermietungs-, Betreuungs- und Verpflegungsleistungen, für die jeweils auskömmliche und zugleich wettbewerbsfähige Preise bestimmt werden müssen. Große Unsicherheit besteht hinsichtlich der künftigen Refinanzierungsfähigkeit von Investitionen, da hier konkrete Regelungen noch ausstehen. Für manche „Extras“ wie Fahrdienste sowie für hohe Overhead-Kosten entfällt die Finanzierungsbasis gänzlich. Die etablierten Werkstätten sind einem stärkeren Wettbewerb ausgesetzt, und die Gestaltung der Schnittstelle zwischen Eingliederungshilfe und Pflege wird in hohem Maße erfolgskritisch.

Leistungskataloge sind neu zu justieren, Versorgungsketten zu optimieren sowie Marketing und Beratungskompetenz zu stärken. Zudem ist auf Basis moderner EDV-Systeme die Effektivität des Controllings zu erhöhen. Vor dem Hintergrund dieser Herausforderungen ist nicht auszuschließen, dass auch die Branche der Eingliederungshilfe vor einer Konsolidierungsphase steht.

Europäische Entwicklungen

Die Europäische Union sah sich im Jahr 2017 weiterhin mit wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen sowie angesichts des Erstarkens nationalstaatlicher Tendenzen in einigen Mitgliedsländern auch mit grundsätzlichen Fragen der Akzeptanz und Rolle der EU in der Zukunft konfrontiert.

Stärkung der sozialen Dimension

Vor diesem Hintergrund ist die Stärkung der sozialen Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion ein auf EU-Ebene nachhaltig propagiertes Ziel. Als einschlägige Leitinitiative wurde 2017 die Europäische Säule sozialer Rechte proklamiert. Diese benennt 20 sozialpolitische Grundsätze, unter anderem das Recht auf rechtzeitige, hochwertige und bezahlbare Gesundheitsversorgung oder das Recht auf bezahlbare und hochwertige Langzeitpflegedienste. Aufgrund der fehlenden EU-rechtlichen Zuständigkeit – insbesondere die Gesundheitsversorgung und die Organisation der Sozialschutzsysteme liegen weitgehend in mitgliedstaatlicher Verantwortung – können durch die Säule jedoch keine einklagbaren Rechte geschaffen werden. Daher sind bei der Umsetzung in erster Linie die Mitgliedstaaten gefordert, denen die Säule insoweit als Richtschnur und Bezugsrahmen für die sozialpolitischen Fortschritte dienen soll.

Die EU-Kommission hat 2017 zudem das Potenzial eines digitalisierten Gesundheitssektors betont. Im Kontext eines digitalen Binnenmarkts sollen auf diesem Weg der Zugang zur Gesundheitsversorgung sowie die Nachhaltigkeit der Gesundheitssysteme verbessert werden.

Die EU wird die Sozial- und Gesundheitspolitik auch weiterhin verstärkt auf der Agenda halten. Das kommende Jahr steht zudem bereits im Zeichen der neuen EU-Förderperiode ab 2021. Diesbezüglich werden die Verordnungsvorschläge zu den europäischen Förderprogrammen und Strukturfonds erarbeitet.

Ausblick

Veränderungsprozesse wie die Branchenkonsolidierung und der Wandel von Versorgungsstrukturen werden sich in den nächsten Jahren fortsetzen. Auch werden der beharrlich steigenden Nachfrage weiterhin begrenzte finanzielle und personelle Ressourcen gegenüberstehen. Große Aufgaben kommen auf die neue Bundesregierung zu, deren potenzielle Koalitionspartner die Themen Pflege und Gesundheit als ein Schwerpunkt der Regierungsarbeit identifiziert haben. So sind dringend Regelungen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der Krankenhäuser zu konkretisieren. Noch haben zurückliegende Reformvorhaben wie das Krankenhausstrukturgesetz keine spürbare Wirkung entfalten können.

Besonders herausfordernd sind politische Entscheidungen für die künftigen Rahmenbedingungen der Pflege. Im Fokus stehen hierbei die zeitnahe Entwicklung eines bundeseinheitlichen Personalbemessungssystems sowie nachhaltige Konzepte und wirksame Maßnahmen zur Behebung des Fachkräftemangels.

Herausforderung
Digitalisierung

Zu den zentralen Zukunftsthemen auch in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft gehört die Digitalisierung. Hierzu existieren in den Einzelbranchen bereits vielfältige Ansätze. Diese reichen von EDV-gestützten Verwaltungsprozessen über Sicherheits- und Komforttechnologie sowie Robotik in der Pflege bis hin zu der Realisierung einer sektorübergreifenden, patientenzentrierten Versorgung in einem digitalisierten Gesundheitswesen. Auf einer übergeordneten Betrachtungsebene wird über noch grundsätzlichere Systemveränderungen diskutiert, wie sie z. B. Internetplattformen in den Branchen Handel und Tourismus bewirkt haben. Allerdings fehlen der digitalen Transformation in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft klare Rahmenbedingungen, beispielsweise zur Finanzierung über die Regelsysteme der Sozialversicherungen. Diesbezüglich hat die neue Bundesregierung die Arbeit an einer tragfähigen Gesamtstrategie aufzunehmen.

Die Markt- und Branchenentwicklungen erhöhen den Kapitalbedarf der Sozialunternehmen, verändern die Investitionsbedarfe und stellen größere Anforderungen an die Finanzierungsstrategien. Dabei stoßen klassische Bankkredite zunehmend an Grenzen. Zum Schließen von Finanzierungslücken wird der Zugang zum Kapitalmarkt zu einem entscheidenden Erfolgsfaktor auch für die freigemeinnützigen Sozialunternehmen. Als Intermediäre zwischen den Unternehmen und dem Kapitalmarkt haben Finanzinstitute dabei eine Schlüsselrolle. Gefordert sind die Banken auch hinsichtlich ihrer Beratungsangebote bezüglich zukunftsfähiger Geschäftsmodelle und deren Finanzierung.

Bericht des Vorstandes

Lagebericht 2017

I. Grundlagen des Instituts

Die Bank für Sozialwirtschaft AG konzentriert sich als Universalbank auf das Geschäft mit Unternehmen, Verbänden, Stiftungen und anderen Organisationen, die in den Branchen Soziales (Senioren-, Behinderten-, Kinder- und Jugendhilfe), Gesundheit und Bildung tätig sind.

Das Angebot der Bank für Sozialwirtschaft AG beruht auf den drei klassischen Säulen einer Universalbank: Kreditgeschäft, Einlagen-/Wertpapiergeschäft und Zahlungsverkehr. Den Kunden in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft bietet die Bank weitgehend individualisierte Finanzierungslösungen und umfassende begleitende Beratungsleistungen an.

Vor dem Hintergrund ihrer Gründungshistorie und der Struktur der Anteilseigner fungiert die Bank für Sozialwirtschaft AG zudem deutschlandweit als Plattform für Spendenaktionen.

Personalbereich

Zum Bilanzstichtag waren 464 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt, was einem Anstieg von 27 Mitarbeitern gegenüber dem Vorjahr entspricht. Der Personalaufbau ist im Wesentlichen der Umsetzung steigender regulatorischer Anforderungen geschuldet. Die Steigerung sowie die geringe Mitarbeiterfluktuation zeigen, dass die Bank als attraktiver, zukunftsorientierter Arbeitgeber wahrgenommen wird. Durch die Gestaltung wettbewerbsfähiger Rahmenbedingungen, nicht zuletzt durch ein ansprechendes und motivierendes Arbeitsumfeld, gelingt es der Bank, auch bei zunehmender Entwicklung des Arbeitnehmermarktes und dem Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte, neue Mitarbeiter/-innen zu gewinnen.

Traditionell hohe Betriebstreue

Die Zufriedenheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Konstanz der Personalarbeit spiegeln sich in der traditionell hohen Betriebstreue wider. Wie in den Jahren zuvor hat die Bank auch im Jahr 2017 hohe Investitionen in die arbeitsplatzbezogene und persönliche Weiterentwicklung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter getätigt.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Auch im Jahr 2017 zeichnete sich die deutsche Wirtschaft durch ein robustes Wachstum aus. Im Jahresdurchschnitt lag das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 2,2 % höher als im Vorjahr, in dem es bereits um 1,9 % gestiegen war. Grundlage hierfür waren insbesondere die privaten Konsumausgaben, die auf Basis der

günstigen Entwicklungen am Arbeitsmarkt weiter zulegten. Die starke Konjunktur spiegelte sich darüber hinaus in einer erhöhten Dynamik bei den Investitionen sowie in einem weiteren Rückgang der Unternehmensinsolvenzen wider. Der Außenhandel trug 0,2 Prozentpunkte zum BIP-Wachstum bei. Der Staat konnte abermals einen positiven Finanzierungssaldo erreichen.

Für die kommenden Jahre wird damit gerechnet, dass der kräftige Aufschwung der deutschen Wirtschaft reifer wird und das Expansionstempo angesichts stark ausgelasteter Kapazitäten und des knappen Arbeitsangebots mittelfristig nachgeben wird. Nach aktuellen Prognosen ist im Jahr 2018 von einem Wachstum des BIP in Höhe von 2,5 % auszugehen, welches sich bis 2020 mutmaßlich auf 1,5 % verringert. Risiken für die konjunkturelle Entwicklung bestehen unter anderem in einer Verschärfung der globalen Finanzierungsbedingungen sowie in neuen Handelshemmnissen, welche sich jeweils negativ auf die deutsche Export- und Investitionstätigkeit auswirken würden.

Stabiles Wachstum in den Kundenbranchen

Die Branchen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft präsentieren sich weiterhin als wachstumsorientierte und stabile Wirtschaftszweige. Die Inanspruchnahme der verschiedenen Pflege-, Behandlungs- und Unterstützungsleistungen nimmt zu und die Beschäftigung wird ausgebaut. Mit unterschiedlicher Dynamik schreiten Konzentrationsprozesse in den einzelnen Branchen voran.

In nahezu allen Branchen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft haben sich die Akteure weiterhin mit dynamischen Veränderungen in den rechtlichen Rahmenbedingungen auf Bundes- und Länderebene auseinandersetzen. Hieraus resultieren kurzfristige betriebliche Anpassungsbedarfe und mittel- bis langfristig ein Veränderungsdruck auf die Versorgungsstrukturen. Die vielfältigen Reformmaßnahmen werden die Anbieter nicht von ihrem Leistungs- und Kostendruck befreien. Hinzu kommen andauernde Herausforderungen wie die Sicherung des erforderlichen Personals sowie neue Aspekte wie die Digitalisierung.

Eine Ausweitung der Leistungserbringung und die Sicherung der Markt- und Zukunftsfähigkeit durch eine Anpassung von Angeboten, Einrichtungen und Unternehmensstrukturen setzen eine ausreichende Investitionsfähigkeit voraus. Eine entsprechende Kapitalbereitstellung durch die öffentlichen Haushalte ist nicht zu erwarten. Folglich wird der Bedarf der Sozialunternehmen an Kredit- und Kapitalmarktmitteln weiter zunehmen. Dabei verbreitert sich die Spanne sowohl der benötigten Finanzierungsvolumina als auch der Finanzierungsinstrumente. Das Erzielen einer für den Zugang zum Kredit- und Kapitalmarkt hinlänglichen Ertragskraft bleibt eine große Herausforderung. Der Gesetzgeber engt die Möglichkeiten zum Erwirtschaften von Überschüssen und Rendite tendenziell ein.

2. Geschäftsverlauf

Die Bank für Sozialwirtschaft AG hat angesichts der anspruchsvollen Rahmenbedingungen im Finanzsektor das Geschäftsjahr 2017 zufriedenstellend abgeschlossen.

Bilanzsumme

Die Bilanzsumme verringerte sich leicht um 41,1 Mio. EUR auf 8,65 Mrd. EUR.

Aktivgeschäft

Die **Forderungen an Kreditinstitute** verminderten sich um 1,2 Mio. EUR auf 3,1 Mio. EUR.

Die **Forderungen an Kunden** erhöhten sich um 0,4 % auf 5.480,3 Mio. EUR. Während sich der Bestand der langfristigen Darlehen um 23,7 Mio. EUR (+ 0,5 %) und die täglich fälligen Forderungen um 50,7 Mio. EUR (+ 10,8 %) erhöhten, ging der Bestand der kurz- und mittelfristigen Darlehen um 51,2 Mio. EUR (- 36,2 %) zurück.

Die Forderungen an Kunden verteilen sich nach Restlaufzeiten bis 5 Jahre auf 2.182,5 Mio. EUR (im Vorjahr 2.138,7 Mio. EUR) und über 5 Jahre auf 3.297,8 Mio. EUR (im Vorjahr 3.318,5 Mio. EUR).

Steigender Bedarf an Fremd- finanzierung

Bei den Sozial- und Gesundheitsunternehmen ist abhängig von der Ausgestaltung der öffentlichen Investitionsförderung in den Einzelbranchen Pflege, Krankenhauswesen etc. ein insgesamt steigender Bedarf an Fremdfinanzierung feststellbar. Unter anderem durch ihre im Markt anerkannte Kompetenz zur Beurteilung zukunftsfähiger Geschäftsmodelle in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft ist es der Bank für Sozialwirtschaft AG auch im Geschäftsjahr 2017 gelungen, daran zu partizipieren. Mit 868,3 Mio. EUR (Vorjahr: 562,6 Mio. EUR) neuen Kreditzusagen konnte das Neukreditgeschäft im Jahr 2017 sehr erfolgreich abgeschlossen werden. Das bilanzielle Wachstum wurde durch außerplanmäßige Tilgungen aufgrund des niedrigen Zinsniveaus in Höhe von 243,7 Mio. EUR deutlich reduziert.

Der **Wertpapierbestand** am Bilanzstichtag war mit 2.744,5 Mio. EUR um 65,8 Mio. EUR niedriger als im Vorjahr.

Die **Anteile an verbundenen Unternehmen** erhöhten sich insbesondere durch die Einbringung des Immobilienbesitzes Berlin zu Zeitwerten in die HDS Haus der Sozialwirtschaft GmbH & Co. KG gegenüber dem Vorjahr um 24,4 Mio. EUR auf 42,4 Mio. EUR.

Die **Treuhandkredite** lagen mit einem Volumen von 165,0 Mio. EUR unter dem Vorjahresniveau (2016: 172,0 Mio. EUR). Der zur Verfügung stehende Kreditrahmen der von der Bank für Sozialwirtschaft AG treuhänderisch verwalteten zinslosen Darlehen des Bundes an freigemeinnützige Organisationen blieb im Berichtsjahr nach wie vor unverändert.

Der Buchwert für **Immaterielle Anlagewerte** erhöhte sich insbesondere aufgrund von Neuinvestitionen u. a. für Lizenzen im Berichtsjahr um 39,7 % auf 13,0 Mio. EUR.

Der Buchwert für **Sachanlagen** verringerte sich um 5,0 Mio. EUR auf 58,9 Mio. EUR. Der Rückgang ist insbesondere auf die Einbringung des Immobilienbesitzes Berlin in die HDS Haus der Sozialwirtschaft GmbH & Co. KG zurückzuführen.

Die **Sonstigen Vermögensgegenstände** gingen stichtagsbedingt um 10,2 Mio. EUR auf 42,8 Mio. EUR (im Vorjahr 53,0 Mio. EUR) zurück. Der Rückgang resultiert insbesondere aus der im Rahmen von Swap-Geschäften geringeren Aktivierung von Initial- und Variation-Margins und niedrigeren Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen aus dem bis zum Ablauf des 31. Dezember 2017 bestehenden Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrages mit der BFS Service GmbH, Köln.

Passivgeschäft

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** gingen im Geschäftsjahr 2017 um 2,7 % auf 1.135,5 Mio. EUR zurück. Während die täglich fälligen Verbindlichkeiten gegenüber dem Vorjahresstichtag um 74,3 Mio. EUR sanken, erhöhten sich die Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit um 42,3 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahresstichtag.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** gingen insgesamt um 0,3 % auf 6.534,7 Mio. EUR zurück. Während die Spareinlagen (+ 44,6 % auf 654,8 Mio. EUR) und die Festgelder (+ 376,6 % auf 820,5 Mio. EUR) stiegen, sanken die täglich fälligen Verbindlichkeiten um 14,6 % auf 5.059,3 Mio. EUR. Die Veränderungen sind Folgen des nach wie vor sehr niedrigen Zinsniveaus.

Die **Rückstellungen** stiegen insbesondere durch höhere Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten und Prozesse um 60,3 % auf 48,4 Mio. EUR.

Die **Nachrangigen Verbindlichkeiten** lagen mit einem Volumen von 154,2 Mio. EUR auf dem Vorjahresniveau (im Vorjahr: 154,3 Mio. EUR).

Der **Fonds für allgemeine Bankrisiken** blieb gegenüber dem Vorjahr mit 51,9 Mio. EUR konstant.

Außerbilanzielles Geschäft

Die Bürgschafts- und Garantieverpflichtungen verringerten sich um 7,2 % auf 105,7 Mio. EUR. Die unwiderruflichen Kreditzusagen erhöhten sich um 71,9 Mio. EUR auf 451,0 Mio. EUR.

3. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

a) Vermögenslage

Haftendes Eigenkapital

Das **gezeichnete Kapital** blieb im Berichtsjahr konstant bei 36,4 Mio. EUR.

Die **Kapitalrücklage** erhöhte sich auf 43,5 Mio. EUR.

Gewinnrücklagen erhöht Die **Gewinnrücklagen** sind um 39,8 Mio. EUR auf 443,2 Mio. EUR erhöht worden, indem dieser Betrag aus dem Bilanzgewinn 2016 in die Position „andere Gewinnrücklagen“ eingestellt wurde.

Zum Bilanzstichtag befinden sich 1.900 Stück eigene Aktien im Bestand der Bank, deren Gegenwert i. H. v. 1,2 Mio. EUR vom Eigenkapital offen abzusetzen ist.

Das bilanzielle Eigenkapital ohne Berücksichtigung des Bilanzgewinns 2017 beträgt damit 521,8 Mio. EUR (+ 38,9 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr).

Als aufsichtsrechtliche Eigenmittel sind gemäß CRR darüber hinaus die nachrangigen Verbindlichkeiten sowie der Fonds für allgemeine Bankrisiken zu berücksichtigen, während die immateriellen Anlagewerte abzusetzen sind.

Mit der sich daraus ergebenden Ausstattung konnten die Bank für Sozialwirtschaft AG und die Institutsgruppe im Berichtsjahr erwartungsgemäß jederzeit die Eigenmittelanforderungen der CRR erfüllen. Weitergehende Informationen über das aktuelle Risikoprofil und das Risikomanagement der Bank aus der aufsichtsrechtlichen Perspektive sind im Offenlegungsbericht veröffentlicht.

Einlagensicherung

Einlagen der Kunden in vollem Umfang geschützt

Die Bank für Sozialwirtschaft AG ist der Sicherungseinrichtung (Garantieverbund) des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V., Berlin angeschlossen. Dadurch sind die Einlagen der Kunden in vollem Umfang geschützt. Damit ist die Möglichkeit einer Verpflichtung bis zu 18.714 TEUR verbunden (bis zum Zehnfachen der mit dem Grunderhebungssatz (0,4 ‰) berechneten Garantiefondsbeiträge).

b) Finanz- und Liquiditätslage

Die Zahlungsbereitschaft der Bank für Sozialwirtschaft AG war zu jeder Zeit gegeben. Die Liquiditätskennziffer gem. LiqV beträgt zum 31.12.2017 3,85 (Vorjahr: 3,73).

Sowohl die Mindestreservebestimmungen als auch die von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht erlassenen Vorschriften der Liquiditätsverordnung wurden gemäß unserer Vorjahresprognose zu jeder Zeit eingehalten.

c) Ertragslage

| | Berichtsjahr | Vorjahr | Veränderung | |
|---|--------------|---------|-------------|-------|
| | TEUR | TEUR | TEUR | % |
| Zinsüberschuss ¹⁾ | 135.301 | 142.872 | -7.571 | -5,3 |
| Erträge aus Gewinngemeinschaften und Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen | 6.462 | 17.517 | -11.055 | -63,1 |
| Provisionsüberschuss ²⁾ | 5.173 | 4.060 | 1.113 | 27,4 |
| Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestandes | 0 | 0 | 0 | - |
| Personalaufwand | 39.829 | 39.490 | 339 | 0,9 |
| Andere Verwaltungsaufwendungen | 36.346 | 32.452 | 3.894 | 12,0 |
| Sonstiges betriebliches Ergebnis ³⁾ | 7.531 | -6.752 | 14.283 | 211,5 |
| Betriebsergebnis ⁴⁾ | 78.292 | 85.755 | -7.463 | -8,7 |
| Ertrag bzw. Aufwand aus Bewertung und Risikovorsorge ⁵⁾ | -20.270 | -11.875 | -8.395 | -70,7 |
| Steuern vom Einkommen und vom Ertrag | 23.680 | 23.575 | -105 | -0,4 |
| Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken § 340g HGB | 0 | 0 | 0 | - |
| Jahresüberschuss | 34.342 | 50.305 | -15.963 | -31,7 |

Der **Zinsüberschuss** inklusive der laufenden Erträge ging im Jahre 2017 um 5,3 % auf 135.301 TEUR zurück. Vor dem Hintergrund des niedrigen Zinsniveaus entwickelten sich die Zinserträge und Zinsaufwendungen in einem vergleichbaren Umfang rückläufig.

Das **Zinsergebnis aus dem Eigengeschäft** in Höhe von 4.881 TEUR (Vorjahr 6.751 TEUR) wurde primär durch die anhaltende Niedrigzinsphase determiniert. Der sinkende Zinsertrag im Depot A (bedingt durch den hohen Anteil an Floatern im Bestand) wird durch den reduzierten Refinanzierungsaufwand auf dem Interbankenmarkt überkompensiert.

¹⁾ GuV-Posten 1 abzüglich GuV-Posten 2 zuzüglich GuV-Posten 3

²⁾ GuV-Posten 5 abzüglich GuV-Posten 6

³⁾ GuV-Posten 8 abzüglich GuV-Posten 11, 12 und 24

⁴⁾ GuV-Posten 1, 3, 4, 5 und 8 abzüglich GuV-Posten 2, 6, 10, 11, 12 und 24

⁵⁾ GuV-Posten 14 abzüglich GuV-Posten 13 sowie GuV-Posten 16 abzüglich GuV-Posten 15

Der **Zinsertrag aus dem Kundenkreditgeschäft** in Höhe von 169.857 TEUR (Vorjahr 182.036 TEUR) wird maßgeblich durch den Auslauf der höher verzinsten Kredite sowie durch den anhaltenden Trend zu Sondertilgungen seitens der Kunden beeinflusst. Diese Effekte konnten aufgrund der Niedrigzinssituation nicht vollumfänglich durch Neugeschäft kompensiert werden. Der **gesunkene Refinanzierungsaufwand** aus den Kundeneinlagen in Höhe von 2.722 TEUR konnte den Rückgang des Zinsertrages aus dem Kundenkreditgeschäft u.A. aufgrund der Nicht-Weitergabe der Negativzinsen nicht auffangen.

Die **Erträge aus Gewinngemeinschaften und Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen** gingen deutlich um 11.055 TEUR auf 6.462 TEUR zurück. Der Rückgang der Gewinnabführung ist insbesondere auf den einmaligen Verkauf einer Beteiligung im Jahre 2016 mit einem Veräußerungserlös in Höhe von 11.315 TEUR zurückzuführen.

Das **Provisionsergebnis** konnte, insbesondere durch höhere Provisionserträge aus dem Zahlungsverkehr im Zusammenhang mit der Einführung eines neuen Gebührenmodells und dem Wertpapiergeschäft und dem Wertpapiergeschäft, um 27,4 % auf 5.173 TEUR (Planwert: 5,8 Mio. EUR) gesteigert werden.

Die **Allgemeinen Verwaltungsaufwendungen** wuchsen um 5,9 % auf 76.175 TEUR. Dabei erhöhte sich der Personalaufwand vorrangig durch Neueinstellungen und Tarifsteigerungen um 0,9 % auf 39.829 TEUR (Planwert: 40,3 Mio. EUR). Die anderen Verwaltungsaufwendungen stiegen um 12,0 % auf 36.346 TEUR und lagen unter unserer Planung von 38,6 Mio. EUR. Die Kostensteigerung entfiel im Wesentlichen auf notwendige Aufwendungen zur Umsetzung aufsichtsrechtlicher Anforderungen und gestiegene IT-Aufwendungen.

Das **sonstige betriebliche Ergebnis** ist um 14.283 TEUR von -6.752 TEUR auf 7.531 TEUR gestiegen. Während sich die sonstigen betrieblichen Erträge insbesondere durch die Einbringung des Immobilienbesitzes Berlin zu Zeitwerten in die HDS Haus der Sozialwirtschaft GmbH & Co. KG um 26.296 TEUR erhöhten, stiegen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen vor allem durch Zuführungen zu den Rückstellungen um 10.961 TEUR. Die Zuführungen resultieren im Wesentlichen aus Forderungen, die von sechs Aktionären im Zusammenhang mit dem zeitlichen Ablauf der Aktienneubewertung im Jahr 2014 kurz vor Ablauf der Verjährungsfrist angemeldet wurden.

Durch diese Entwicklungen verringerte sich das **Betriebsergebnis** im Vergleich zum Vorjahr um 8,7 % auf 78.292 TEUR und lag damit unter unserem Planwert von 80,3 Mio. EUR.

Das **Bewertungsergebnis** belief sich insgesamt auf -20.270 TEUR. Damit lag das Bewertungsergebnis über der ursprünglich geplanten Risikovorsorge von -12.428 TEUR. Das Bewertungsergebnis Kreditgeschäft lag mit -19.629 TEUR um 8.281 TEUR über dem geplanten Wert von -11.348 TEUR, was im Wesentlichen auf die Wertberichtigung einzelner Kreditengagements zum Jahresende zurückzuführen ist. Im Wertpapiergeschäft wurde mit -1.683 TEUR ein negatives Ergebnis erzielt (Planwert: -1.080 TEUR). Das sonstige Bewertungsergebnis wurde mit einem positiven Ergebnis von 1.042 TEUR abgeschlossen.

**Konservative
Risikovorsorge**

Die **gewinnabhängigen Steuern** beliefen sich auf 23.680 TEUR (Vorjahr 23.575 TEUR).

Der **Jahresüberschuss** ging gegenüber dem Vorjahr um 15.963 TEUR zurück und liegt mit 34.342 TEUR unter unserem Prognosewert von 46,2 Mio. EUR.

Vorschlag zur Verwendung des Bilanzgewinns

Der Vorstand schlägt vor, gemäß § 9 der Satzung 23.800 TEUR in die Position „andere Gewinnrücklagen“ einzustellen und eine Dividende in Höhe von 10.500 TEUR an die Aktionäre auszuschütten. Vor dem Hintergrund des guten Geschäftsergebnisses in 2017 soll wie im Vorjahr eine Dividende in Höhe von 12,00 EUR pro Stammaktie sowie zusätzlich ein Bonus in Höhe von 3,00 EUR pro Stammaktie gezahlt werden.

Zudem soll ein neuer Gewinnvortrag in Höhe von 66 TEUR angesetzt werden.

Zusammenfassende Beurteilung des Geschäftsverlaufs und der Lage

Die Geschäfte der Bank für Sozialwirtschaft AG haben sich vor dem Hintergrund der finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen insgesamt zufriedenstellend entwickelt.

Die Bank verfügt über eine ausreichend gute Finanz- und Vermögenslage. Die Anforderungen an das Eigenkapital und die Liquidität wurden jederzeit eingehalten. Die Ertragslage ist zufriedenstellend.

III. Nachtragsbericht

Bezüglich der Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Berichtszeitraums wird auf Abschnitt E „Nachtragsbericht“ im Anhang verwiesen. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

IV. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

1. Risikomanagementsystem

Zur Überwachung der Risiken verfügt die Bank für Sozialwirtschaft über ein Controlling- und Risikomanagementsystem, das den von der Bankenaufsicht vorgegebenen Anforderungen entspricht. Das Ziel der Risikopolitik und des Risikomanagements der Bank ist die nachhaltige Sicherung der Risikotragfähigkeit und der Solvabilität. Das Risikomanagement erfolgt unter Berücksichtigung der Institutsgruppe (Risikomanagement auf Gruppenebene). Neben der Risikotragfähigkeit ist die Generierung von stabilen Erträgen der wesentliche Faktor, um die Leistungsfähigkeit der Bank zu gewährleisten und die Grundvoraussetzungen für eine ausreichende Eigenmittelbasis zu schaffen. Aus der Kombination von Erträgen und begrenzter Risikoposition wird somit ein möglichst optimales Risiko-Rendite-Profil angestrebt.

Das Gesamtrisikoprofil ergibt sich aus den für die Bank als wesentlich definierten Risikoarten. Das den Risikoarten inhärente Risiko wird nach den speziellen Anforderungen und Methoden der jeweiligen Risikoart gemessen. Im Rahmen einer regelmäßigen Risikoinventur wird das Gesamtrisikoprofil der Bank auf seine Vollständigkeit und Wirksamkeit hin überprüft. Unter Risiko versteht die Bank für Sozialwirtschaft grundsätzlich ungünstige zukünftige Entwicklungen, die sich nachteilig auf die Vermögens-, Ertrags-, Sicherheiten- oder Liquiditätslage der Bank auswirken können.

Das Management der Risiken ist ausgerichtet auf die Umsetzung strategischer Leitlinien, wie sie in der Geschäfts- und Risikostrategie und den aus ihr abgeleiteten Teilstrategien formuliert sind, sowie entsprechender Fachkonzepte und schriftlich fixierter Ordnungen. Die Limitierung der Risiken erfolgt auf Gesamtbankebene in Relation zum Risikodeckungspotenzial. Im Rahmen des insgesamt verfügbaren Risikodeckungspotenzials wird maximal nur der Anteil zur Abdeckung von Risiken freigegeben, der die Mindestanforderungen an die Eigenmittelunterlegung übersteigt, um die Solvabilität der Bank zu gewährleisten.

Die Messung sämtlicher als wesentlich definierter Risiken im Rahmen des Risikotragfähigkeitsreportings erfolgt mindestens quartärllich. Im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnung wird sichergestellt, dass die wesentlichen Risiken adäquat gemessen werden, dass die Verfügbarkeit des Risikodeckungspotenzials in angemessenen Abständen überprüft wird und dass die Ermittlung der Risikotragfähigkeit alle erforderlichen Komponenten enthält. Die Einhaltung wird über eine Limitierung der Risiken gesteuert. Innerhalb dieser Limite sorgt eine Ampelsystematik für das frühzeitige Erkennen von ansteigenden Risikowerten. Mindestens quartalsweise werden Stresstests durchgeführt, die die Risikotragfähigkeit in für die Bank außergewöhnlichen, aber plausibel möglichen Extremsituationen messen und beurteilen.

Die Identifikation, die Messung und das Reporting der Risiken sind zentral in der Verantwortung des Geschäftsbereichs Betriebswirtschaft & Regulatorik angesiedelt und erfüllen somit die Anforderungen an eine konsequente funktionale Trennung von Risikocontrolling und Markt. Die Risikomessung und -überwachung erfolgt durch die Abteilung Controlling im Geschäftsbereich Betriebswirtschaft & Regulatorik, die für die Berichterstattung an den Vorstand verantwortlich ist. Die Risikoberichterstattung erfolgt in angemessener Form von regelmäßigen Reportings an den Vorstand.

Den kontinuierlich steigenden gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen begegnet die Bank durch die Einrichtung einer bedarfsgerechten, risikoorientierten und MaRisk-konformen Compliance-Organisation, mit der die Stabstelle Compliance & Fraud beauftragt ist. Diese initiiert bzw. koordiniert alle in diesem Zusammenhang notwendigen Maßnahmen, um einen dem Aufsichtsrecht und den Gesetzen konformen und sicheren Geschäftsablauf für die Kunden und Mitarbeiter der Bank für Sozialwirtschaft zu gewährleisten. Neben der Einrichtung und Weiterentwicklung der Compliance-Organisation sowie der Durchführung der laufenden Überwachungsmaßnahmen wie beispielsweise im Rahmen der Geldwäsche- und Betrugsprävention und der Wertpapier-Compliance erfüllt die Stabstelle Compliance & Fraud eine Beratungsfunktion.

Die Interne Revision erbringt als Teil der Überwachungsaufgabe des Vorstands unabhängige und objektive Prüfungs- und Beratungsdienstleistungen, die darauf ausgerichtet sind, Mehrwerte zu schaffen und die Geschäftsprozesse zu verbessern. Sie bewertet mit einem systematischen und zielgerichteten Ansatz die Wirksamkeit und Angemessenheit des Risikomanagements, der Kontrollen und der Führungs- und Überwachungsprozesse. Zusammenfassend sieht die Aufgabe der Internen Revision vor, die Funktionsweise und die Einhaltung der Geschäfts- und Steuerungsabläufe der Risikoüberwachungseinheiten zu überprüfen und, soweit notwendig, Handlungserfordernisse aufzuzeigen.

Mit den dargelegten Verfahren und Prozessen verfügt die Bank für Sozialwirtschaft über ein Instrumentarium, das ihr erlaubt, Risiken bewusst und kontrolliert einzugehen. Die konsequente und fortwährende Weiterentwicklung im Bereich der Risikomanagementprozesse, der Methodik und der zugehörigen Instrumente soll auch für die Zukunft gewährleisten, dass negative Entwicklungen in der Risikostruktur erkannt werden und im Risikomanagement entsprechende Maßnahmen und Steuerungsimpulse eingeleitet werden können.

2. Risikokategorien

Neben allgemeinen Risikofaktoren, die mit allen unternehmerischen Tätigkeiten verbunden sind, bestehen für das Bankgeschäft spezifische Bankgeschäftsrisiken. Sie zeigen sich für die Bank für Sozialwirtschaft in Form von Adressenrisiken, Marktpreisrisiken, Liquiditätsrisiken, Erlös- und Absatzrisiken und operationellen Risiken, welche im Rahmen der Risikoinventur als wesentlich eingestuft wurden. Das Gesamtrisikoprofil der Bank ergibt sich aus diesen einzelnen wesentlichen Risikoarten unter Berücksichtigung von Risikokonzentrationen.

a) Adressenrisiken

Das Adressenrisiko bezeichnet im Allgemeinen die Gefahr von Verlusten aufgrund von Bonitätsveränderungen und/oder Ausfällen. Adressenrisiken ergeben sich für die Bank in Form von Ausfall- und Bonitätsrisiken im Kredit- und im Handelsgeschäft.

Die Organisation des Kreditgeschäfts und die Methoden des Risikomanagements werden laufend optimiert, um dem sich verändernden Marktumfeld und den aufsichtsrechtlichen Anforderungen Rechnung zu tragen. Für eine Kreditentscheidung bedarf es grundsätzlich zweier zustimmender Voten – ein zustimmendes Votum eines Mitarbeiters aus dem Bereich Markt und ein zustimmendes Votum eines Mitarbeiters aus dem Bereich Marktfolge. Die Ermittlung der Adressenrisiken basiert auf den Einstufungen aller Kreditnehmer nach bankinternen Beurteilungskriterien im Rahmen von differenzierten Bonitätsanalysesystemen. Die Einstufungen der Kreditnehmer in Bonitätsklassen werden regelmäßig überprüft. Für die Bewertung der Adressenrisiken im Wertpapiergeschäft arbeitet die Bank mit dem Ratingsystem der DZ-Bank. Kredite mit akuten Ausfallrisiken werden hinreichend wertberichtigt. Für Kredite mit erhöhten latenten Risiken wird eine ausreichende Risikovorsorge getroffen. Zur Begrenzung möglicher Risiken aus Risikokonzentrationen werden entsprechende Reportings erstellt und diskutiert.

Das Kreditportfolio der Bank weist insgesamt eine granulare Struktur auf. Ein signifikanter Anteil des ausgereichten Kreditvolumens wird in Einrichtungen der Altenpflege gehalten. Dieser Risikokonzentration begegnet die Bank für Sozialwirtschaft mit ihrer langjährigen Branchen- und Marktkompetenz und mit dem Einsatz sektor- und einrichtungsspezifischer Instrumente zur Risikoabwehr und -prävention (z. B. Standort- und Wettbewerbsanalyse, Betriebsvergleiche, Frühindikatorensystem) sowie klar geregelten Kompetenzen im Rahmen der Kreditgewährung und der Problemerkreditbearbeitung. Kredite mit akuten Ausfallrisiken sind hinreichend wertberichtigt. Der Umfang der Kredite mit erhöhten latenten Risiken ist überschaubar; für hierin enthaltene Wagnisse wurde eine ausreichende Vorsorge getroffen.

Die Veränderungen der finanziellen und sozialpolitischen Rahmenbedingungen in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft, insbesondere die nachlassende öffentliche Förderung und der verstärkte Anbieterwettbewerb, bringen es mit sich, dass für eine fundierte Finanzierungsberatung – insbesondere im Hinblick auf die langfristige Kreditsicherheit – Fachkenntnisse zu den einzelnen Teilbranchen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft erforderlich sind. Daher werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bank für Sozialwirtschaft kontinuierlich zu grundlegenden Fragestellungen und aktuellen Veränderungen in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft geschult und über regelmäßige interne Veröffentlichungen informiert.

Kreditrisikominderung beinhaltet alle Maßnahmen zur Reduzierung der Eintrittswahrscheinlichkeit oder der Höhe von Schadensereignissen im Kreditgeschäft. Bei der Auswahl der Sicherheiten wird im Vorfeld zunächst der administrative Aufwand im Verhältnis zum Nutzen der Kreditrisikominderung geprüft. Sicherheiten, die aus Gründen eines ungünstigen Kosten-Nutzen-Verhältnisses nicht angerechnet werden, bleiben ökonomisch in ihrer Wirkung enthalten, entfalten aber keine entlastende Wirkung für das zu hinterlegende Eigenkapital. Bei der Nutzung von Sicherheiten orientiert sich die Bank weiterhin an der strikten Erfüllung aufsichtsrechtlich vorgegebener Anforderungen nach Basel III und prüft diese intensiv vor Anrechnung. Der Umgang mit Sicherheiten und die Prozesse des Sicherheitenmanagements werden zudem regelmäßig durch die zuständige Fachabteilung der Bank überprüft. Darüber hinaus werden notwendige konzeptionelle Anpassungen und die Integration in die Arbeitsabläufe veranlasst.

Zu den von der Bank hereingenommenen Sicherheitenarten, die in der Geschäfts- und Risikostrategie sowie in den daraus abgeleiteten Teilstrategien formulierten Leitlinien definiert werden, zählen Grundpfandrechte, finanzielle Sicherheiten und Garantien. Als wesentliche Sicherheiten im Rahmen des Geschäftsmodells der Bank für Sozialwirtschaft gelten die Grundpfandrechte.

b) Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken bestehen aufgrund der Möglichkeit, dass sich für die Bewertung von Vermögensgegenständen relevante Preise durch bonitäts- und zinsinduzierte Markteinflüsse negativ verändern. Angesichts der Geschäftsstruktur der Bank für Sozialwirtschaft beziehen sich die Marktpreisrisiken der Bank fast ausschließlich auf sich verändernde Geld- und Kapitalmarktzinsen sowie allgemeine Kursrisiken (inklusive Credit-Spread-Risiken), denen die Eigenbestände der Bank an Wertpapieren ausgesetzt sind. Somit ergibt sich eine Risikokonzentration in Form der Abhängigkeit von der Zinsentwicklung, sodass der Aspekt des Zinsänderungsrisikos den Schwerpunkt des Risikomanagements in diesem Bereich darstellt.

Zur Quantifizierung der Risiken im Depot A werden die Wertpapierbestände unter Zugrundelegung tagesaktueller Zinssätze und Kurse täglich bewertet. Ein Handelsbuch wird im Sinne von Art. 4 Abs. 86 CRR in Verbindung mit Art. 102 ff. CRR nicht unterhalten.

Das Zinsänderungsrisiko im Anlagebuch wird im Risikomanagement der Bank als Teil der Marktpreisrisiken behandelt und bezeichnet die mögliche negative Abweichung des Zinsüberschusses vom erwarteten Wert zum Ende des Planungszeitraums. Zudem werden Zinsänderungsrisiken der Bank für Sozialwirtschaft auf Basis einer wertorientierten, d. h. barwertigen Betrachtung ermittelt. Für die Messung der Zinsänderungsrisiken werden ein Value-at-Risk-Ansatz sowie der aufsichtsrechtliche Zinsschock verwendet. Für alle zinstragenden Positionen werden Barwerte für die zinsbindungsorientierten Cashflows berechnet. Bei Zinspositionen ohne feste Zinsbindung werden Ablaufkitionen unterstellt, die einer regelmäßigen Überprüfung und Anpassung unterliegen. Durch die Simulation von Marktszenarien und die Neubewertung der Positionen wird die Barwertänderung abgeleitet.

Eigenhandelsgeschäfte werden nur im Rahmen klar definierter Kompetenzregelungen insbesondere unter Beachtung der Vorschriften für Nicht-Handelsbuchinstitute getätigt. Die Absicherung von Marktpreisrisiken erfolgt ausschließlich über Zinsderivate. Optionsgeschäfte werden mit Ausnahme der im Kreditgeschäft enthaltenen Sondertilgungs- und -kündigungsrechte nicht getätigt. Die Messung, Steuerung und Überwachung von Marktpreisrisiken ist in das zentrale Risikomanagement der Bank eingebunden, sodass ständig alle wesentlichen Risiken beobachtet werden, die durch die zins- und bonitätsbedingten Veränderungen von Marktpreisen ausgelöst werden können. Entsprechend den Veränderungen des Umfangs, der Komplexität und des Risikogehalts der Handelsgeschäfte wird deren Überwachung laufend angepasst.

Die Marktpreisrisiken liegen derzeit im Rahmen der geschäftspolitischen Zielsetzung und der bankindividuellen Risikotragfähigkeit.

c) Operationelle Risiken

Neben den Adressen- und Marktpreisrisiken muss sich die Bank für Sozialwirtschaft auch auf operationelle Risiken einstellen. Operationelle Risiken beinhalten die Gefahr von Verlusten infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Systemen und Menschen oder infolge externer Ereignisse. Hierunter fallen auch die unter dem Begriff Compliance-Risiko subsumierten Rechtsrisiken, das Risiko, für Zwecke der Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung missbraucht zu werden, und das Risiko sonstiger strafbarer Handlungen. Das innerbetriebliche Überwachungssystem der Bank trägt dazu bei, die operationellen Risiken zu identifizieren und so weit wie möglich zu begrenzen. Versicherbare Gefahrenpotenziale sind durch Versicherungsverträge im banküblichen Umfang abgesichert.

Das Spektrum der Risikoarten, für deren Identifizierung und Bewertung Compliance & Fraud verantwortlich ist, umfasst das Risiko eines aufsichtsrechtlichen Verstoßes, eines Gesetzesverstoßes, sonstiger betrügerischer interner oder externer Handlungen, eines Reputationsschadens, der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung sowie der IT-Sicherheit und -Verfügbarkeit. Compliance & Fraud stellt die Entwicklung und Implementierung risikoreduzierender Maßnahmen sicher und befasst sich darüber hinaus mit Risiken und Normen, sofern diese als wesentlich eingestuft werden. Für die Beurteilung der Wesentlichkeit werden folgende Kriterien herangezogen, die in der Compliance-Richtlinie definiert sind:

- Vermögensschaden
- Reputationsschaden
- Bankaufsichtsrechtliche Sanktionen

Für die Identifizierung und Bewertung von operationellen Risiken sowie die Koordination von Entwicklung und Implementierung risikoreduzierender Maßnahmen nutzt die Bank die folgenden Verfahren und Prozesse:

- Führung und regelmäßige Aktualisierung eines Legal Inventory
- Koordination und Überwachung von Risk & Control Assessments
- Ad-hoc-Risk & Control Assessments
- Risk & Control Assessments aufgrund neuer Produkte und von Veränderungen in der Aufbau- und Ablauforganisation sowie sonstiger Erkenntnisse
- Periodische Risk & Control Assessments
- Führen von Risiko-Kontroll-Matrizen
- Überwachung der Behebung von Kontrolllücken und Kontrollschwächen
- Durchführung von Kontrollaktivitäten
- (Ad-hoc)-Reporting an Vorstand und Aufsichtsrat

Die operationellen Risiken werden im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnung mit Risikodeckungspotenzial unterlegt und im Rahmen des Risikomanagementprozesses gesteuert.

d) Liquiditätsrisiken

Das durch unzureichende Liquidität auftretende Risiko, eingegangene Auszahlungsverpflichtungen nicht erfüllen zu können, wird als Liquiditätsrisiko bezeichnet. Zu unterscheiden ist das dispositive Liquiditätsrisiko, das die kurzfristige Liquiditätssteuerung der Bank für Sozialwirtschaft widerspiegelt, vom strukturellen Liquiditätsrisiko, das die mittel- bis langfristige Liquiditätsplanung des Hauses abbildet.

Die Messung, Steuerung und Überwachung von Liquiditätsrisiken ist in das zentrale Risikomanagementsystem der Bank für Sozialwirtschaft eingebunden, sodass ständig alle wesentlichen Risiken beobachtet werden, die durch die Veränderung der Liquiditätssituation der Bank und des Marktes ausgelöst werden können. Das Management der Liquiditätsrisiken wird nach Umfang, Komplexität und Risikogehalt ihrer Geschäftsaktivitäten laufend den Erfordernissen angepasst und entsprechend weiterentwickelt. Hierbei trägt der Vorstand die Gesamtverantwortung für die Liquiditätsrisiken der Bank und gibt die Methoden zur Messung und Steuerung von Liquiditätsrisiken vor. Er strukturiert zudem das Vorgehen der Bank, um die laufende Überprüfung sicherzustellen, inwieweit das Kreditinstitut ständig in der Lage ist, einen auftretenden Liquiditätsbedarf zu decken.

Die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Liquiditätsanforderungen wird durch den Geschäftsbereich Betriebswirtschaft & Regulatorik überwacht und durch die Abteilung Treasury operativ gesteuert. Es erfolgt eine regelmäßige Planung der aufsichtsrechtlichen Liquiditätsanforderungen mit festgelegten internen Untergrenzen. Die Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit der Bank erfolgt auf Basis einer integrierten Liquiditäts- und Finanzplanung. Hierbei werden sowohl vertraglich determinierte als auch geplante bzw. erwartbare Zahlungsströme berücksichtigt. Eine spezielle Konzentration des Liquiditätsrisikos auf eine Teilkategorie (Marktliquidität, Refinanzierung, Abrufisiko) ist bei der Bank für Sozialwirtschaft nicht feststellbar und auch für die Zukunft nicht prognostiziert.

Die gesamte Liquidität der Bank wird durch die Abteilung Treasury gesteuert, um die jederzeitige Zahlungsfähigkeit der Bank bei gleichzeitig ausreichender Versorgung der Geschäftsbereiche mit Liquidität und unter strikter Berücksichtigung aufsichtsrechtlicher Bestimmung zu gewährleisten. Weitere Zielsetzungen sind der betriebswirtschaftlich sinnvolle Einsatz vorhandener Mittel sowie die kostengünstige und diversifizierte Aufnahme liquider Mittel. Das Reporting über eingegangene Liquiditätsrisiken bildet die Basis für den Vorstand zur Beurteilung der Einhaltung der Leitlinien und Vorgaben sowie der aktuellen Liquiditätssituation. Hierzu erstellt die Abteilung Controlling monatlich einen Liquiditätsrisikobericht, der die aktuelle und die künftige Liquiditätssituation enthält. Durch ausreichende Liquiditätsvorsorge und eine ganzheitliche Steuerung der täglichen Disposition der Zahlungsströme wird aktiv dem Auftreten liquiditätsbedingter Engpässe vorgebeugt. Darüber hinaus wird sichergestellt, dass bestimmte Liquiditätskennziffern als Steuerungsgrößen nicht unterschritten werden.

e) Erlös- und Absatzrisiken

Sämtliche Ereignisse und Entwicklungen, die sich auf das künftig zu generierende Neugeschäft sowohl im Kredit- und Einlagen- als auch im Kundenwertpapierbereich auswirken, werden als Erlös- und Absatzrisiken definiert. Ein verändertes Verhalten konkurrierender Banken in der Zinspolitik oder eine Krise in der Sozialwirtschaft, die sich auf die Kreditnachfrage auswirkt, können beispielhaft als Erlös- und Absatzrisiken genannt werden.

Die Messung, Steuerung und Überwachung von Erlös- und Absatzrisiken ist in das zentrale Risikomanagementsystem der Bank eingebunden, sodass ständig alle wesentlichen Risiken beobachtet werden, die durch die Veränderung des Marktes ausgelöst werden können. Das Management der Erlös- und Absatzrisiken wird nach Umfang, Komplexität und Risikogehalt laufend den Erfordernissen angepasst und entsprechend weiterentwickelt. Der Vorstand wird quartärllich im Rahmen der Risikotragfähigkeit über die Entwicklung der Erlös- und Absatzrisiken unterrichtet. Zur Quantifizierung der Erlös- und Absatzrisiken wird bei den Wachstumsraten im Kundengeschäft und bei den Provisionserlösen eine von der Planungsrechnung abweichende Entwicklung unterstellt.

f) Risikokonzentrationen

Risikokonzentrationen sind Positionen, deren Umfang und Bedeutung geeignet sein könnten, über das erwartete Maß hinaus Verluste zu produzieren oder Erträge zu schmälern. Diese Positionen würden somit einen erhöhten Kapitalbedarf erfordern. Die Identifikation, Beurteilung und Messung, Steuerung und Überwachung von Risikokonzentrationen erfolgt in einem institutionalisierten Prozess.

g) Risikotragfähigkeitskonzept

Für das Gesamtrisikoprofil stellt die Bank für Sozialwirtschaft jederzeit sicher, dass die als wesentlich klassifizierten Risiken durch das verfügbare Risikodeckungspotenzial gedeckt sind und dadurch die Risikotragfähigkeit gegeben ist. Hierbei wird eine handelsrechtliche Betrachtung auf Basis der Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) von einer ökonomisch barwertigen Betrachtung unterschieden.

Die grundsätzlichen Steuerungselemente für die beiden Steuerungskreise sind hierbei:

- Festlegung des verfügbaren Risikodeckungspotenzials,
- Messung und Aggregation der Risiken,
- Festlegung der Limite und
- vierteljährliches Reporting und
- Adhoc-Berichterstattung.

Die Steuerungskreise verfolgen dabei unterschiedliche Zielsetzungen der Risikoabsicherung. Während der handelsrechtlich orientierte Steuerungskreis (Gewinn- und Verlustrechnung) auf die Absicherung der aufsichtsrechtlichen Mindestkapitalquoten unter Berücksichtigung des Jahresergebnisses inklusive der Dividende an die Aktionäre abzielt, verfolgt der ökonomische Steuerungskreis das Ziel, im Falle einer Liquidation des Unternehmens allen Zahlungsverpflichtungen gerecht werden zu können. Dazu werden spezifische Risikoszenarien definiert. Für die ökonomische bzw. betriebswirtschaftliche Perspektive werden nach Möglichkeit die einzelnen Risiken der Bank nach dem Value-at-Risk-Ansatz (VaR) berechnet und zum Gesamtrisiko aggregiert. Diese Risiken stellen die potenziell maximalen Verluste dar, die bei einer definierten Haltedauer und einem festgelegten Konfidenzniveau nicht überschritten werden.

Es ergaben sich keine wesentlichen Änderungen der Risiken. Zum Stichtag 31.12.2017 ergibt sich nach dem rollierenden Going-Concern-Ansatz für das Geschäftsjahr 2018 folgende Risikosituation:

| | BFS AG | |
|--------------------------|-------------------|-----------------|
| | Werte in Mio. EUR | Auslastung in % |
| Risikodeckungspotenzial | 95,2 | 100,0 |
| Summe der Risiken | 63,0 | 66,2 |
| Adressenrisiken | 15,4 | 16,2 |
| Marktpreisrisiken | 37,4 | 39,3 |
| Operationelle Risiken | 5,2 | 5,5 |
| Liquiditätsrisiken | 3,0 | 3,2 |
| Erlös- und Absatzrisiken | 2,0 | 2,1 |

h) Zusammenfassende Risikoeinschätzung

Das transparente und konservative Geschäftsmodell der Bank für Sozialwirtschaft führt, gekoppelt mit der weiterhin hohen Ertragskraft der Bank, zu einer aktuell wie auch zukünftig auskömmlichen Risikotragfähigkeit sowohl im Hinblick auf die handelsrechtliche Sicht als auch auf die ökonomische und die regulatorische Sicht, die eine Einhaltung der Vorgaben und Grenzwerte zu den Kapitalquoten sowie der Zinsänderungsrisiken und der Liquiditätslage voraussetzt.

Die Risikotragfähigkeit war im Geschäftsjahr 2017 aufgrund der laufenden Ertragskraft und der Vermögens-/ Substanzsituation der Bank jederzeit gegeben. Die dargestellten Risiken werden nach der derzeitigen Einschätzung die künftige Entwicklung der Bank nicht wesentlich beeinträchtigen. Bestandsgefährdende Risiken sind nicht erkennbar.

3. Prognose des Geschäftsverlaufs

Es wird das übliche Kredit- und Einlagengeschäft einer national agierenden mittelständischen Bank getätigt; dabei lässt die Bank für Sozialwirtschaft in allen Geschäftsbereichen nur begrenzte Risiken zu. Insbesondere aufgrund der engen Beziehung der Bank zu ihren Aktionären und Kunden besteht keine Kapitalmarkt-abhängigkeit. Die wesentlichen Ertragsquellen liegen somit im Kundenkredit- und Einlagengeschäft. Der Ertrag aus den Eigengeschäften ist eine Residualgröße. Dementsprechend dienen die Handelsgeschäfte der Bank primär der renditeorientierten und risikobewussten Anlage von Einlagen- und Liquiditätsüberschüssen. Die Durchführung von Handelsgeschäften mit dem vorrangigen Ziel, einen Eigengeschäftserfolg zu erzielen, gehört nicht zur Anlagestrategie und ist gemäß den Rahmenbedingungen für Handelsgeschäfte der Bank für Sozialwirtschaft nicht zulässig. Die Eigenanlagen konzentrieren sich gemäß den internen Vorgaben auf die Anlage von Liquiditätsüberschüssen in das A-Segment gerateter Emittenten. Es wird eine risikoaverse Buy-and-Hold-Strategie verfolgt. Wertpapiergeschäfte werden daher in einem überschaubaren Umfang getätigt, und es handelt sich im Wesentlichen um Ersatzkäufe nach Fälligkeiten von Wertpapieren.

Im Kreditgeschäft nimmt die Bank im Interesse aller Beteiligten eine umfassende Risikobewertung vor, um damit die Ausfallwahrscheinlichkeit der Kredite zu minimieren. Durch eine umfassende Prüfung der wirtschaftlichen Zukunftsfähigkeit der Kunden und der Kreditrisiken der einzelnen Finanzierungsvorhaben soll eine adäquate Bepreisung der Kredite vorgenommen werden. Die konservative Vorgehensweise hat sich mit Blick auf die Risiken als sehr erfolgreich erwiesen. Weiterhin ist das Kreditgeschäft mit den Kunden geprägt durch einen hohen Anteil an Realkreditgeschäften. Eine Bündelung und anschließender Verkauf von Kundenkrediten erfolgt nicht. Im Wertpapiergeschäft mit Kunden liegt der Beratungsschwerpunkt traditionell und nach den Vorgaben der Kunden auf einer risikoaversen Anlageberatung. Im bilanzwirksamen Geschäft liegt der Fokus auf Sicht- und Termineinlagen. Im Wertpapiergeschäft werden risikoarme Papiere (Bundespapiere, Pfandbriefe u. ä.) von den Kunden gewünscht. Aktienkäufe werden eher in geringer Größenordnung als Depotbeimischung unter dem Aspekt der Diversifikation getätigt.

Ihre Geschäftsperspektiven schätzt die Bank für Sozialwirtschaft auch für die nächsten Jahre als positiv ein. Das Kerngeschäftsfeld Sozial- und Gesundheitswirtschaft gilt aufgrund der demografischen Entwicklung und des damit verbundenen steigenden Bedarfs an Dienstleistungen im Pflege- und Gesundheitssektor als Wachstumsmarkt. Es ist jedoch damit zu rechnen, dass die finanziellen Rahmenbedingungen für die Akteure der Sozial- und Gesundheitswirtschaft in den nächsten Jahren schwieriger werden. Insbesondere auf Landes- und kommunaler Ebene spielt dabei die Verschuldung der öffentlichen Haushalte eine wesentliche Rolle.

Als Konsequenz daraus wächst der Bedarf an Leistungen des Bank- und Kapitalmarkts, insbesondere an Krediten. Unter anderem durch Veränderungen in der Versorgungsstruktur steigen zudem die Anforderungen an eine Beratungskompetenz, die nicht nur eine bankfachliche Betrachtung, sondern auch die speziellen Aspekte der Finanzierung sozial- und gesundheitswirtschaftlicher Unternehmen einbezieht.

In Zukunft ist mit einer weiterhin hohen Kreditnachfrage zu rechnen. Auch wird die Sozial- und Gesundheitswirtschaft voraussichtlich verstärkt Instrumente der Unternehmensfinanzierung nutzen, u. a. um das veränderte Finanzierungsverhalten der öffentlichen Hand und der Kostenträger zu kompensieren. Es wird daher von einem weiterhin stetigen Wachstum im langfristigen Kundenkreditgeschäft auszugehen sein. Die Wertpapiergeschäfte im Depot A dienen weiterhin als Liquiditätsreserve. Die Kundeneinlagen werden auch zukünftig als Hauptrefinanzierungsquelle angesehen.

Wesentliche Risiken in der geschäftlichen Entwicklung würden vorwiegend aus einem unerwartet hohen Zinsanstieg resultieren, der sich negativ auf die Kreditnachfrage auswirken könnte und zu Abschreibungen im Wertpapiergeschäft sowie zum Rückgang des Zinsüberschusses vor allem wegen steigender Einlagenzinsen führen würde. Darüber hinaus könnten sich massiv verschlechternde konjunkturelle Rahmenbedingungen ebenfalls negativ auf das Anlageverhalten der Kunden der Bank für Sozialwirtschaft und somit auf das Wertpapieranlage- und Einlagengeschäft auswirken.

4. Prognose der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Diese prognostizierten Geschäftsmöglichkeiten lassen für die Ertrags-, Finanz- und Liquiditätslage in den nächsten beiden Geschäftsjahren ein weiterhin stabiles Niveau erwarten.

Vor dem Hintergrund steigender Kundenanforderungen, anhaltender Niedrigzinsen, eines verstärkten Bankenvettbewerbs, weiter zunehmender Regulatorik und dem Voranschreiten der Digitalisierung, hat die Bank für Sozialwirtschaft in den vergangenen Jahren ihre gute Position ausgebaut. Die sich aus dem ändernden Umfeld ergebenden Chancen zu nutzen und die aus dem Geschäftsmodell resultierende Ertragsstärke abzusichern, ist erklärtes Ziel der Bank.

Zum Ausbau der Marktposition wird die Bank den Fokus der Geschäftsentwicklung weiter ausschließlich auf die intensive Durchdringung der Sozial- und Gesundheitswirtschaft legen. Wesentliche Maßnahmen sind die Steigerung der Leistungsfähigkeit über verbesserte interne Prozesse, optimierte Schnittstellen zwischen Markt und Marktfolge sowie eine dem erhöhten Margendruck und dem anhaltenden Niedrigzinsniveau Rechnung tragende Gesamtbanksteuerung.

Darüber hinaus werden sowohl auf Ebene der Finanzierung als auch auf der Ebene der Beratung zusätzliche Angebote geschaffen, um den sich dynamisch entwickelnden Kundenanforderungen Rechnung zu tragen und zusätzliche Ertragspotenziale zu erschließen. Zur Gestaltung der digitalen BFS der Zukunft wurde eine umfassende Digitalisierungsstrategie mit optimalen Angeboten im Zahlungsverkehr und neuen Vertriebswegen entwickelt. Die Ertragsstärke stellt die Einhaltung der aufsichtsrechtlich steigenden Kapitalquoten jederzeit sicher.

a) Vermögenslage

Die Planungsrechnungen, die insbesondere auf den zuvor genannten bzw. den zur Ertragslage dargestellten Prämissen beruhen, lassen eine weitere Stärkung der Eigenmittel durch die geplante Dotation der Rücklagen erwarten. Die vorgeschlagene Verwendung des Jahresüberschusses aus dem Geschäftsjahr 2017 wird, wenn die Hauptversammlung dem Vorschlag zustimmt, zu einer Erhöhung der Eigenmittel im Sinne der CRR um 23,8 Mio. EUR führen.

Die Vermögenslage war zu jeder Zeit geordnet. Die bankenaufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Eigenkapital- und Liquiditätsausstattung werden auch im Geschäftsjahr 2018 mit Spielraum eingehalten.

Die in diesem Abschnitt dargestellten Risiken der künftigen Entwicklung, insbesondere die Adressen- und Marktpreisrisiken, werden keine wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögenslage im Geschäftsjahr 2018 haben.

b) Finanz- und Liquiditätslage

Die jederzeitige Zahlungsfähigkeit sowie eine angemessen hohe Liquidität waren im Geschäftsjahr 2017 gegeben.

Die bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Mindestreservebestimmung sowie die Bestimmungen zur Liquidity Coverage Ratio (LCR) werden nach unserer Planung auch im Geschäftsjahr 2018 eingehalten.

Mit einer Beeinträchtigung der Finanz- und Liquiditätslage ist aufgrund einer planvollen und ausgewogenen Liquiditätsvorsorge sowie ausreichend zur Verfügung stehenden Refinanzierungsmöglichkeiten auch im Geschäftsjahr 2018 nicht zu rechnen.

c) Ertragslage

Auf Grundlage der für das Jahr 2018 prognostizierten Zinsentwicklung, die im Wesentlichen einen leichten Zinsanstieg in nahezu allen Laufzeiten vorsieht, sowie unter Berücksichtigung der dargestellten Erwartungen zum voraussichtlichen Geschäftsverlauf im Kredit- und Einlagengeschäft wird für das Geschäftsjahr 2018 mit einem Zinsüberschuss von rund 125 Mio. EUR gerechnet.

Das Provisionsergebnis wird sich aufgrund steigender Provisionserträge, vor allem durch die Einführung neuer Kontogebührenmodelle im Jahr 2017, voraussichtlich von rund 5,2 Mio. EUR auf rund 9,6 Mio. EUR deutlich verbessern. Die sonstigen Erträge sinken voraussichtlich auf rund 5,6 Mio. EUR.

Die Verwaltungsaufwendungen inklusive Abschreibungen auf das Anlagevermögen wachsen auf rund 88 Mio. EUR an. Dazu trägt der sich erhöhende Personalaufwand (rund 44 Mio. EUR) vorrangig durch Neueinstellungen bei. Die anderen Verwaltungsaufwendungen (rund 37 Mio. EUR) steigen ebenfalls weiterhin erwartungsgemäß an. Die Kostensteigerung wird im Wesentlichen auf notwendige Aufwendungen zur Umsetzung aufsichtsrechtlicher Anforderungen und gestiegene IT-Aufwendungen entfallen.

Aufgrund der erwarteten Entwicklungen wird das Jahr 2018 mit einem Betriebsergebnis vor Bewertung in Höhe von rund 53 Mio. EUR abschließen. Der Rückgang des Betriebsergebnisses ist insbesondere auf den Wegfall des positiven Einmaleffekts aus der Immobilienausgliederung in Berlin in Höhe von rund 27 Mio. EUR, weiterhin negativen Auswirkungen des niedrigen Zinsniveaus sowie regulatorisch bedingten Aufwandssteigerungen zurückzuführen.

Das Bewertungsergebnis ist aufgrund der Unsicherheit an den Kapitalmärkten und eventueller konjunktureller Veränderungen der Realwirtschaft mit erheblichen Unwägbarkeiten behaftet. Trotz dieser Unwägbarkeiten wird zur Absicherung möglicher, statistisch erwarteter Verluste im Kreditgeschäft eine Risikovorsorge i. H. v. rund 9 Mio. EUR als Bewertungsergebnis Kredit eingeplant.

Der Jahresüberschuss nach Steuern wird voraussichtlich auf rund 27 Mio. EUR auslaufen.

5. Zusammenfassende Beurteilung

Das fokussierte Geschäftsmodell der Bank für Sozialwirtschaft AG ist zukunftsfähig und ermöglicht ein dauerhaft ertragsstarkes Wachstum. Den negativen Ergebnisauswirkungen des Niedrigzinsumfeldes und der zunehmenden Regulatorik kann sich die Bank jedoch nicht entziehen. Wir sind allerdings der festen Überzeugung, dass die eingeleiteten strategischen Maßnahmen die gute Wettbewerbsposition der Bank weiter stärken werden. Mit der konsequent kundenorientierten Weiterentwicklung unserer Markt-, Produkt- und Digitalisierungsstrategie sowie einem optimierten Kosten- und Prozessmanagement sehen wir uns auf einem guten Weg, die im Sinne unserer Eigentümer gesteckten Ziele zu erreichen.

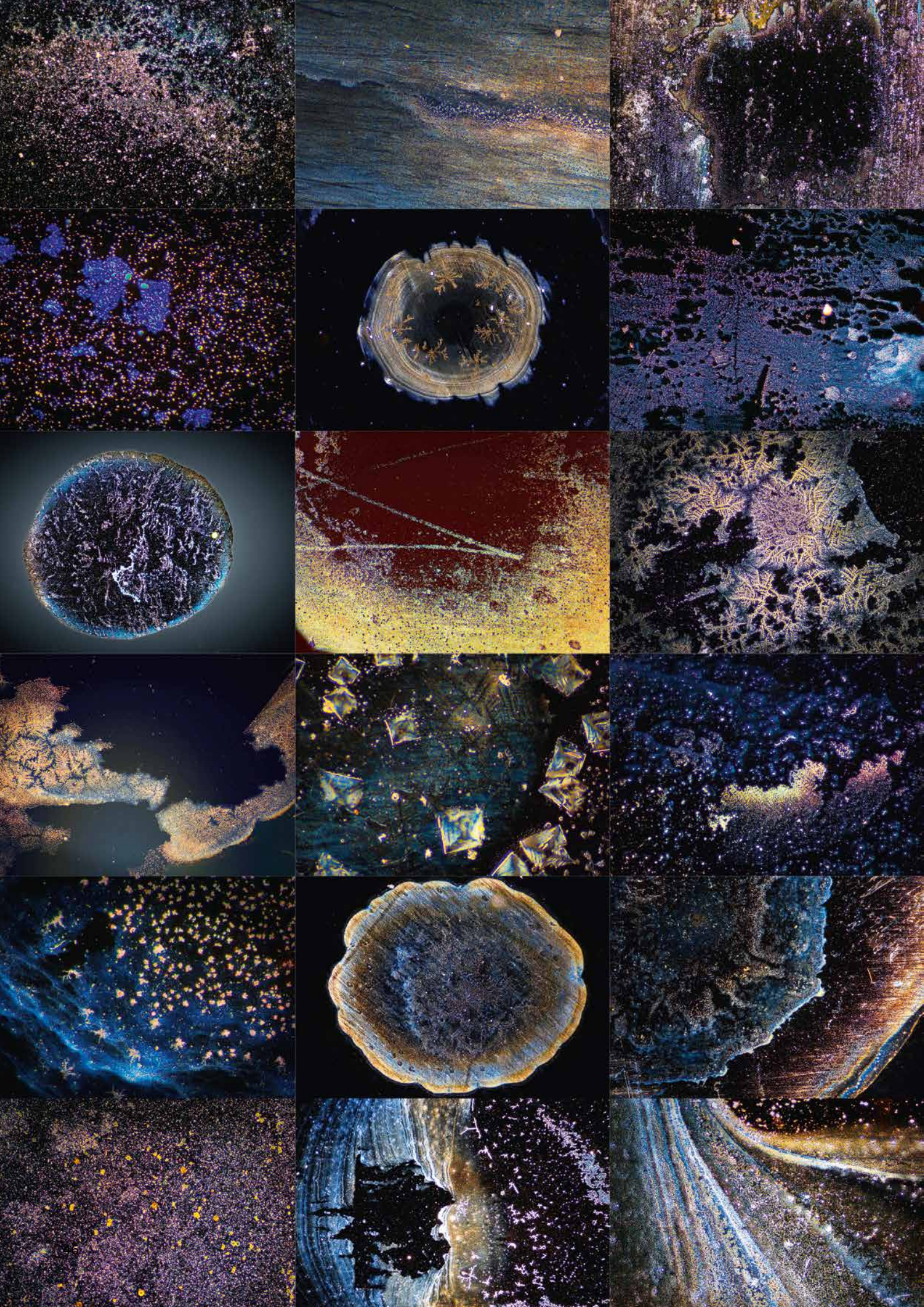
Berlin und Köln, den 12. März 2018

Bank für Sozialwirtschaft AG

Prof. Dr. Harald Schmitz

Thomas Kahleis

Oliver Luckner



Bericht des Vorstandes

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Die kontinuierliche Ausweitung des Geschäftsvolumens und die damit verbundenen Aufgaben spiegeln sich in der gestiegenen Mitarbeiterzahl wieder. Zum Jahresende 2017 waren 464 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der BFS beschäftigt, was einem Anstieg von 27 gegenüber dem Vorjahr entspricht. Im laufenden Geschäftsjahr planen wir weitere Neueinstellungen. Diese sind zum einen durch regulatorische Anforderungen bedingt, zum anderen durch das weitere geschäftliche Wachstum der Bank.

Die erfolgreiche Gewinnung qualifizierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie eine geringe Mitarbeiterfluktuation zeigen, dass wir als attraktiver, zukunftsorientierter Arbeitgeber wahrgenommen werden. Durch die Gestaltung wettbewerbsfähiger Rahmenbedingungen, nicht zuletzt durch ein ansprechendes und motivierendes Arbeitsumfeld, gelingt es uns, auch bei zunehmender Entwicklung des Arbeitnehmermarktes und des Wettbewerbs um qualifizierte Fachkräfte neue Mitarbeiter/-innen für unser Haus zu gewinnen.

Aktive Differenzierung als Arbeitgeber

Der „War of Talents“ wird zunehmend spürbar. Bei den für uns relevanten Zielgruppen als attraktiver Arbeitgeber mit Zukunft sichtbar zu werden, gewinnt deshalb immer mehr an Bedeutung. Über gezieltes Personalmarketing werden wir unsere Arbeitgeberreputation weiter erhöhen und uns dadurch von anderen Arbeitgebern aktiv differenzieren.

Die Zufriedenheit unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Konstanz unserer Personalarbeit spiegeln sich in der traditionell hohen Betriebstreue wider. Daran hat sich auch im Berichtsjahr nichts geändert. So konnten im Geschäftsjahr 2017 zahlreiche 10- und 25-jährige Betriebsjubiläen begangen werden. Diese personelle Stabilität ist einerseits wichtig für die Kontinuität der Entwicklung des Unternehmens und andererseits von immenser Bedeutung für den Aufbau langjähriger, erfolgreicher Kundenbeziehungen.

Zielgerichtete Personalentwicklung

Die Kompetenzen und Fähigkeiten sowie die Kreativität unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind die Grundlage unseres geschäftlichen Erfolges.

Auf der Basis von jährlichen Mitarbeitergesprächen werden die individuellen Qualifizierungsbedarfe ermittelt und geeignete Maßnahmen zur Kompetenzentwicklung vereinbart. Wie in den Jahren zuvor haben wir daher auch im Jahr 2017 hohe Investitionen in die arbeitsplatzbezogene und persönliche Weiterentwicklung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter getätigt. Um dem Bedarf der jeweiligen Mitarbeiter gerecht zu werden, setzen wir sowohl standardisierte als auch individualisierte Trainings ein.

Die speziellen Anforderungen unserer Kunden fordern unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern detaillierte Kenntnisse des Marktsegmentes ab. Dabei spielen nicht nur finanzwirtschaftliche Aspekte eine Rolle. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stehen auch vor der Herausforderung, betriebswirtschaftliche Notwendigkeiten, gesetzliche Rahmenbedingungen, satzungsbedingte Vorgaben, ethische und moralische Grundsätze sowie demografische Prozesse in den Kundenbranchen analytisch zu verknüpfen, um unsere Kunden zu passgenauen Anlage- und Finanzierungsmodellen beraten zu können.

Daher beinhaltet unser Personalentwicklungskonzept regelmäßige Schulungen unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu den Leistungs- und Finanzierungsstrukturen in den verschiedenen Branchen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft im Rahmen interner Seminare.

**Modulares
Führungskräfte-
entwicklungs-
programm**

Weiterhin stellen wir den internen Aufstieg über den externen Einstieg. Dabei identifizieren wir die in unserem Haus vorhandenen Potenziale für weiterführende Managementaufgaben bzw. für die Nachfolgeplanung und sichern damit eine Entwicklung von Führungskräften aus eigenen Reihen. Ein wichtiges Fundament ist hierbei das Assessment Center, welches wir seit Jahren erfolgreich zur Besetzung von Führungspositionen einsetzen. Um eine ganzheitliche Betreuung und Entwicklung unserer Führungskräfte zu gewährleisten, führen wir kontinuierlich ein modulares und fortlaufendes Führungskräfteentwicklungsprogramm durch, welches sich an unseren Führungsleitlinien und dem daraus abgeleiteten Kompetenzmodell orientiert.

Ausbildung als Zukunftskapital

Der demografische Wandel führt dazu, dass es zunehmend schwieriger wird, Arbeitsplätze in den Unternehmen mit den hierfür qualifizierten Mitarbeitern zu besetzen. Fachkräftemangel und Qualifikationsengpässe in der betrieblichen Praxis sind schon heute sichtbare Zeichen dieser Entwicklung. Die Berufsausbildung ist daher ein wichtiges Instrument, um Nachwuchstalente zu gewinnen.

Zielgerichtete Personalmarketingmaßnahmen, beispielsweise an Schulen, Hochschulen und Messen, sollen auch hier dafür sorgen, dass die Bank auch in Zukunft von der relevanten Zielgruppe als kompetenter Ausbildungsbetrieb wahrgenommen wird.

Aus diesem Grund legen wir auf die Förderung des eigenen Nachwuchses in unserem Hause traditionell besonderen Wert. Es ist unser Ziel, jungen interessierten Menschen eine qualifizierte sowie nachhaltige Ausbildung zu ermöglichen. Im Mittelpunkt steht eine praxisnahe Ausbildung in den verschiedenen Bereichen unserer Bank. Zum Ende des Geschäftsjahres 2017 befanden sich daher insgesamt 9 Auszubildende in dem Berufsbild Bankkaufmann/-frau in der Ausbildung. Die meisten Auszubildenden bleiben nach Abschluss ihrer Ausbildung als Nachwuchskräfte in unserem Unternehmen. Dabei ist uns daran gelegen, schon während der Ausbildung Präferenzen zu erkennen und gemeinsam langfristige Perspektiven zu gestalten.

Außerdem ermöglichen wir berufsbegleitende Studiengänge durch eine finanzielle Studienförderung. Zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nutzen die Möglichkeit, sich in volks- und betriebswirtschaftlichen sowie juristischen Studiengängen nebenberuflich fortzubilden. Die Studienkosten werden von der Bank

übernommen und können durch eine entsprechende Betriebszugehörigkeit nach Studienabschluss abgegolten werden. Hierdurch wird der Wissenstransfer aus dem Hochschulbereich in die Bank für Sozialwirtschaft AG gewährleistet.

Work-Life-Balance

Gemeinsam erarbeiten wir Arbeitsbedingungen und -zeitmodelle, die die individuellen Bedürfnisse des Einzelnen berücksichtigen. Es ist uns ein besonderes Anliegen, für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Elternzeit Möglichkeiten zu bieten, Familie und Beruf in Einklang zu bringen. Dadurch bedingt nehmen mit zunehmender Tendenz auch bei uns beschäftigte Väter Elternzeit in Anspruch.

So bietet die Bank Beschäftigten bereits während ihrer Elternzeit die Möglichkeit, in Teilzeit zu arbeiten oder Aushilfs- und Vertretungstätigkeiten zu übernehmen. Die zeitlich begrenzte Übernahme einer Teilzeitstelle gibt den Mitarbeitern die Chance, sich während besonders betreuungsintensiver Phasen auf Familienaufgaben zu konzentrieren. Dies bedeutet für die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Möglichkeit, ihren individuellen Qualifikationsstand zu erhalten, zu vertiefen und weiter auszubauen. Ferner bleibt die soziale Verflechtung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter untereinander erhalten, die die Wiedereingliederung in den Kollegenkreis auch nach einer längeren Freistellung unterstützt.

Soweit es die betrieblichen Rahmenbedingungen ermöglichen, werden sämtliche Wünsche nach Teilzeitarbeitsplätzen realisiert, was durch diverse Möglichkeiten flexibler Arbeitszeiteinteilung unterstützt wird. Dass diese Angebote genutzt werden, zeigt die hohe Anzahl von Teilzeitarbeitskräften (2017: im Durchschnitt 90 Mitarbeiter). Darüber hinaus bieten wir weiterhin die Möglichkeit zu einem gleitenden Übergang in den Ruhestand. Die Absprache der Arbeitszeit erfolgt in Abhängigkeit von betriebsspezifischen Notwendigkeiten und den individuellen Wünschen des Arbeitnehmers. Mitarbeiter im rentenfähigen Alter erhalten hierdurch die Möglichkeit, nach verschiedenen Modellen die Arbeitszeit zu reduzieren. Hierdurch entstehen Freiräume, die je nach Einzelbedarf genutzt werden können.

Möglichkeiten zur Reduzierung der Arbeitszeit

Dank an unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Der Vorstand dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Mit ihrem Engagement, ihren Ideen, ihrer Leistungsbereitschaft und vor allem ihrer Loyalität bestimmen sie die positive Entwicklung unseres Hauses maßgeblich mit, sodass die BFS weiterhin als verlässlicher Partner ihrer Kunden wahrgenommen wird.

Besonders danken wir allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dafür, dass sie im Rahmen des umfassenden und durch die Regulatorik erforderlichen Change-Prozesses und den damit verbundenen Umstrukturierungen in unserem Hause teilweise große Mehrbelastungen auf sich nehmen, um gemeinsam eine erfolgreiche Zukunft unserer Bank zu gestalten.

Mit Stolz und Respekt blicken wir auf die erfolgreiche Arbeit im vergangenen Geschäftsjahr 2017 zurück. Wir sind überzeugt, dass wir die Bank mit dem Können, der Begeisterung und der Energie unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in eine erfolgreiche Zukunft führen werden.

Bericht des Vorstandes

Entwicklung der Tochtergesellschaft BFS Service GmbH

Im ersten regulären Geschäftsjahr nach Vollzug der Verschmelzung hat die BFS Service GmbH mit hoher Intensität an der Umsetzung des Ziels gearbeitet, die bisherigen Dienstleistungen der ehemals getrennten Unternehmen BFS Service GmbH und BFS Immobilien-Service GmbH um neue, bedarfsgerechte Angebote zu erweitern. So konnten inzwischen zwei neue Produkte zur Marktreife entwickelt und mit deren Vertrieb gestartet werden.

Zum einen handelt es sich dabei um die „Cockpit Studie“, die Entscheidungsträger der Sozial- und Gesundheitswirtschaft bei anstehenden Bauprojekten unterstützt. Sie richtet sich insbesondere an Eigentümer und Betreiber von Sozialimmobilien, die einen Um- oder Neubau planen und noch ganz am Anfang ihres Projektes stehen. Die „Cockpit Studie“ vereint eine umfassende Marktanalyse, die Entwicklung eines Nutzungskonzepts, eine Wirtschaftlichkeitsberechnung und einen Finanzierungsvorschlag in einem Produkt, das dem Kunden als Entscheidungsgrundlage und Richtlinienkatalog für die Umsetzung seines Bauvorhabens dient. Mit der „Cockpit Studie“ erschließt die BFS Service GmbH nicht nur für sich selbst neues Kundenpotenzial, sondern generiert durch Einbindung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der Kundenbetreuung der Bank für Sozialwirtschaft AG zusätzliches Finanzierungsvolumen und damit einen Mehrwert für die gesamte Unternehmensgruppe.

Zum anderen bietet die BFS Service GmbH neu die „Bedarfsanalyse für die kommunale Pflegeplanung“ an. Diese Produktentwicklung basiert darauf, dass in einigen Bundesländern eine kommunale Planung zur Schaffung einer bedarfsgerechten Pflegeinfrastruktur verpflichtend ist. Die beauftragende Kommune gibt den Planungsraum vor, für den mittels spezifischer Berechnungsmodelle und Prognosetools der Bedarf an Pflegeinfrastruktur bestimmt wird. Die BFS Service GmbH analysiert unter Kenntnis der regionalspezifischen Pflegemarktentwicklungen das vorhandene Angebot, das dem Bedarf gegenübergestellt wird. Bei den sich daraus ergebenden Empfehlungen zur Gestaltung der Pflegeinfrastruktur findet auch der Fachkräftemarkt Berücksichtigung. Im Ergebnis erhält die beauftragende Kommune eine valide Grundlage für ihre Planungsprozesse.

**Analyse schafft
valide Planungs-
grundlage**

Geschäftsergebnis 2017

Die BFS Service GmbH hat das Geschäftsjahr 2017 mit einem sehr positiven Ergebnis abgeschlossen. Sie erzielte im Berichtsjahr ein Betriebsergebnis in Höhe von 7,0 Mio. EUR (Vorjahr bereinigt 6,20 Mio. EUR). Wenn man von dem Einmaleffekt aus dem Vorjahr – Verkauf der Beteiligung an der AGO Betriebsgesellschaft für Sozialeinrichtungen mbH – absieht, handelt es sich um das beste Ergebnis in ihrer Firmengeschichte. Diese erfreuliche Entwicklung setzt sich aus den Ergebnissen der Geschäftsbereiche Finanzdienstleistung, Beratung, Bewertung und Fortbildung zusammen:

Geschäftsbereich Finanzdienstleistung

Obwohl auch das vergangene Geschäftsjahr 2017 durch das Niedrigzinsniveau und ein schwieriges Marktumfeld geprägt war, konnte die BFS Service GmbH ihr Zinsergebnis um 4 % auf 7.107 TEUR steigern. Die Zinserträge erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 403 TEUR auf 10.629 TEUR. Die Zinsaufwendungen stiegen um 156 TEUR auf 3.522 TEUR. Das angekaufte Forderungsvolumen konnte auf rund 1,4 Mrd. EUR (Vorjahr 1,3 Mrd. EUR) gesteigert werden.

Hauptgründe für diese positive Entwicklung sind die gute Marktpositionierung der BFS Service GmbH und ihre innovativen Finanzprodukte. Diese beinhalten flexible Factoring-Verfahren, die passgenau auf die Einzelbranchen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft (ambulante Pflegedienste, Rettungsdienste, Altenheime, Krankenhäuser, Reha-Kliniken etc.) zugeschnitten sind.

Online-Factoring und Ausschnittsfactoring

Vorfinanzierung von Forderungen

Die Vorfinanzierung von Forderungen ist das Hauptgeschäftsfeld der BFS Service GmbH. Im Rahmen von unechtem Factoring kauft sie auf Rechnung der Bank für Sozialwirtschaft AG Forderungen von Kunden aus der Sozial- und Gesundheitswirtschaft an. In der Sozial- und Gesundheitswirtschaft hat diese umsatzkongruente, unkomplizierte und schnelle Finanzierungsform auch 2017 weiter an Bedeutung gewonnen.

Im Geschäftsjahr 2017 entfiel ein Ankaufsvolumen von 748 Mio. EUR auf ambulante Pflegedienste inklusive ambulanter Intensivpflege (Vorjahr: 674 Mio. EUR) und von 564 Mio. EUR auf Krankenhäuser und Reha-Kliniken (Vorjahr: 515 Mio. EUR).

Das Finanzierungsangebot „Ausschnittsfactoring“, das sich vorwiegend an Krankenhäuser und Reha-Kliniken richtet, wurde 2017 verstärkt in Anspruch genommen. Bei diesem Angebot werden nicht alle Forderungen gegenüber Leistungsträgern verkauft, sondern nur Rechnungen ausgewählter Debitoren. Im Vorfeld legen dazu der Kunde und die BFS Service GmbH gemeinsam eine Debitorengruppe (Ausschnitt) für das Factoring fest. Innerhalb der Vertragslaufzeit kann der Kunde je nach Liquiditätsbedarf den Ausschnitt vergrößern bzw. reduzieren.

factomat®

Mit dem „factomat®“ verfolgt die BFS Service GmbH eine Lean-Factoring-Philosophie und bietet Leistungserbringern aus dem Gesundheitswesen, die Rezepte gegenüber Krankenkassen abrechnen, ein spezialisiertes, integriertes Factoring-Modell an, das man auch als Fintech-Produkt bezeichnen kann. Bei diesem Produkt kann die BFS Service GmbH ebenfalls auf einen erfolgreichen Verlauf in 2017 zurückblicken. Den „factomat®“ nutzen inzwischen über 450 Kunden.

BFS Abrechnungs GmbH

Die Dienstleistungen der BFS Abrechnungs GmbH richten sich an Pflegedienste und Sozialstationen mit und ohne Vorfinanzierungsbedarf. Zum Leistungsspektrum gehören u. a. die Rechnungstellung, das Clearing mit den Kassen, das Mahnwesen und die Überweisung aller ausstehenden Forderungen. Das Angebot kommt dem Bedarf vieler Kunden entgegen, angesichts wachsender Anforderungen seitens der Kostenträger Abrechnungsleistungen an externe Dienstleister auszulagern und zugleich ihre Liquiditätssituation zu verbessern.

Die BFS Abrechnungs GmbH schließt das Geschäftsjahr 2017 mit einem vorläufigen Betriebsergebnis von 4.437 TEUR (Vorjahr 3.688 TEUR) ab. Damit konnte sie das Ergebnis gegenüber dem Vorjahr um 24,6 % steigern. Die Umsatzerlöse stiegen gegenüber dem Vorjahr um 26,0 % auf 12.512 TEUR.

Nischenbezogener Marktführer

Die Wachstumszahlen der BFS Abrechnungs GmbH in den letzten Jahren sowie das hervorragende Ergebnis belegen, dass die hohe Dienstleistungsqualität sowie die dahinterliegende Strategie der nischenbezogenen Marktführerschaft bestätigt werden. Jeder zweite Kunde kommt inzwischen aufgrund einer Empfehlung von Berufskollegen.

Geschäftsbereich Beratung

Mit der oben beschriebenen Erweiterung des Produktportfolios will die BFS Service GmbH ihre Auftraggeberstruktur sukzessive weiter in Richtung externer Kunden verschieben. Selbstverständlich darf davon die Leistungserstellung für den Kreditprozess der Bank für Sozialwirtschaft AG nicht negativ tangiert werden.

Diesem Anspruch wurde das Beraterteam 2017 mit einer trotz der für die Produktentwicklung gebundenen Ressourcen fast identischen Anzahl analysierter Projekte in vollem Umfang gerecht (174 gegenüber 172 im Vorjahr). Der Trend zu Verbundprojekten, die neben der stationären Pflege auch teilstationäre Pflege, Betreutes Wohnen und Ambulant Betreute Wohngemeinschaften (ABWG) in einer Immobilie umfassen, setzte sich weiter fort und dominiert hier inzwischen die inhaltliche Arbeit.

Nachdem die Implementierung der Analyse- und Beratungsleistungen des „Kompetenzzentrums Gesundheitswirtschaft“ in Bezug auf Finanzierungsvorhaben im Krankenhaussektor in den Kreditprozess der Bank für Sozialwirtschaft AG im Vorjahr abgeschlossen worden war, bestand die Aufgabe 2017 darin, das vorhandene Know-how in einer für unsere Kunden im Wettbewerbsvergleich wahrnehmbare überdurchschnittliche Beratungsqualität umzusetzen. Der Fokus der Beratungstätigkeit lag auf besonders komplexen, großvolumigen und lang andauernden Vorhaben. Um diesen vielversprechenden Beratungsansatz 2018 weiter ausbauen zu können, wurde das Team zum Jahresende hochkarätig verstärkt.

Geschäftsbereich Bewertung

Auch das Team im Geschäftsbereich Bewertung wurde im Geschäftsjahr 2017 verstärkt. Ziel war es, zur Optimierung der regulatorischen Sicherheitenanrechnung höhere Stückzahlen an Beleihungswertgutachten bewältigen zu können. Folgerichtig stieg die Zahl der Wertermittlungsaufträge auf 363 (Vorjahr: 334) an.

Parallel dazu arbeitete das Gutachterteam weiter an der Verbesserung seiner organisatorischen Prozesse, um den Plausibilisierungsaufwand bei den durch externe Kooperationspartner erstellten Gutachten auf ein Minimum zu reduzieren. Die BFS Service GmbH schafft dadurch den Freiraum, um auch in Perioden mit erhöhtem Auftragseingang die vereinbarten Service-Level einzuhalten.

Geschäftsbereich Fortbildung

Als innovativer Anbieter von Ein- bis Zweitagesseminaren zu aktuellen betriebswirtschaftlichen und juristischen Fragestellungen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft verfügt die BFS Service GmbH seit vielen Jahren über eine gute Positionierung am Markt. Ihr Ziel im Geschäftsbereich Fortbildung ist es, stets frühzeitig zukunftsweisende Seminarthemen anzubieten, die die aktuellen Herausforderungen für Führungskräfte in der Sozialwirtschaft aufgreifen. Darin wird sie durch ein Netzwerk von internen und externen Experten unterstützt, die die Entwicklungen in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft verfolgen.

Im Berichtsjahr wurden besonders die Seminare „Die neue Kostenrechnung für ambulante Pflegedienste“, „Der beste ambulante Pflegedienst“ sowie „Finanz- und Liquiditätsplanung in sozialwirtschaftlichen Einrichtungen“ gebucht. Die „BFS Managementwoche“, ein Intensivlehrgang für Führungskräfte der Sozialwirtschaft, war ebenfalls stark nachgefragt. Die meisten Seminarteilnehmenden waren erneut an den Standorten Köln und Berlin zu verzeichnen.

BFS Kreditfonds

Das Geschäftsjahr 2017 hat die BFS Service GmbH zudem genutzt, nach dem Auslaufen der beiden BFS Mezzanine Fonds die Grundlagen für weitere alternative Finanzierungsinstrumente für die Sozial- und Gesundheitswirtschaft zu legen. Im Geschäftsjahr 2017 wurden Struktur, rechtliche Rahmenbedingungen und Arbeitsprozesse geschaffen, damit das neue Produkt BFS Kreditfonds im Jahr 2018 aufgelegt werden kann. Über Kreditfonds möchten wir unseren Kunden, insbesondere gemeinnützigen Unternehmen, Zugang zum Kapital institutioneller Investoren ermöglichen. Zugleich vermitteln wir damit Großanlegern wie Pensionskassen eine attraktive Anlagealternative. Da als Plattform-Lösung angelegt, verbinden sich mit dem BFS Kreditfonds völlig neue Möglichkeiten, flexibel und schnell individuelle Lösungen sowohl für Anleger als auch für Kreditnehmer anzubieten.

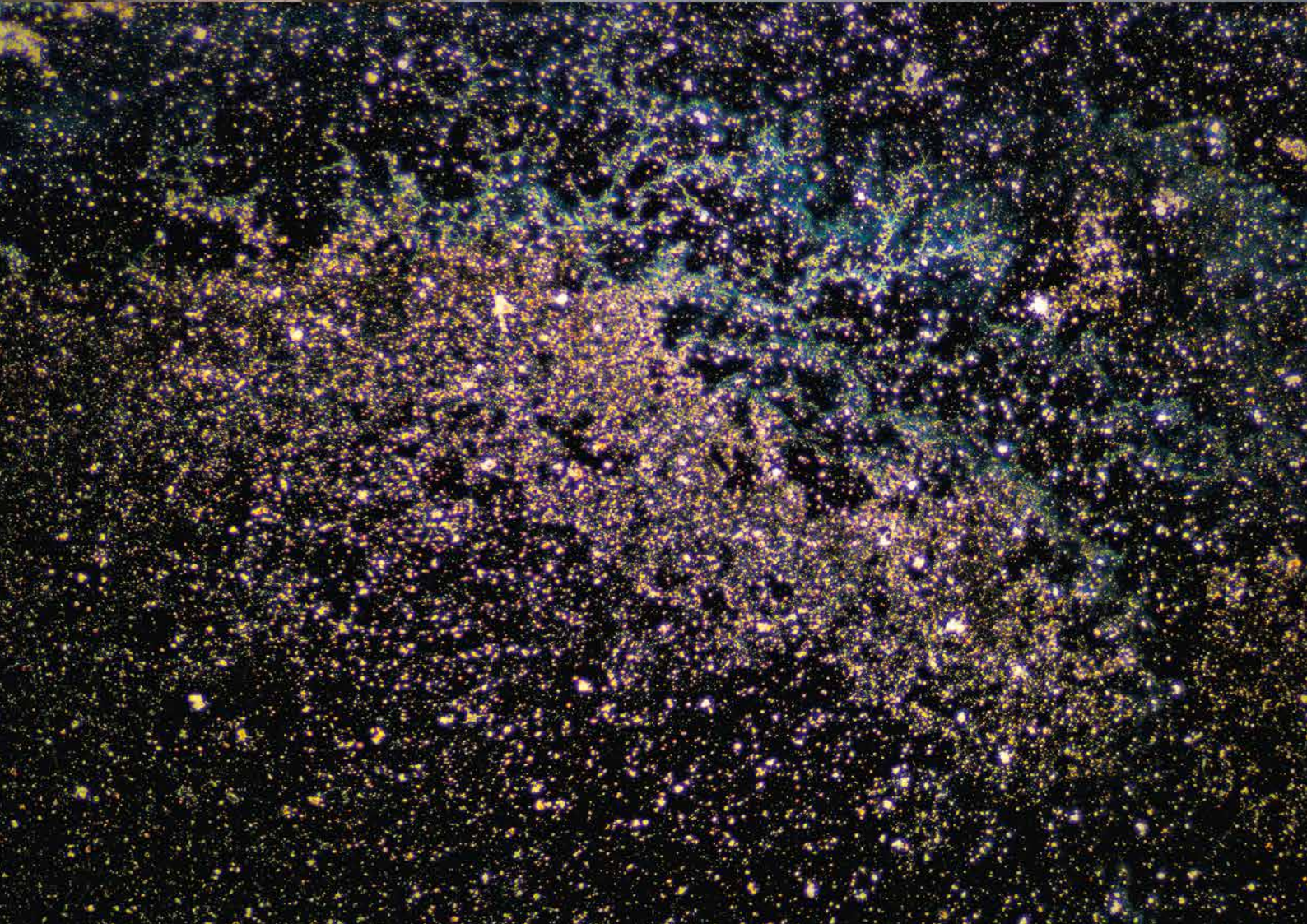
Zugang zum Kapital institutio- neller Investoren

Ausblick

Wegen des weiterhin sehr niedrigen Zinsniveaus rechnet die BFS Service GmbH in ihrem Hauptgeschäftsfeld Finanzdienstleistung für 2018 mit einem moderaten Anstieg des Zinsergebnisses um rund 4 %. Aufgrund der nachhaltigen Ertragsstärke der BFS Abrechnungs GmbH im Geschäftsfeld ambulante Pflege ist davon auszugehen, dass die BFS Service GmbH auch 2018 weiterhin Ausschüttungserträge vereinnahmen kann, die oberhalb von 1 Mio. EUR liegen.

Die Gesetzesänderungen im Rahmen der Pflegeversicherung und die damit einhergehende Stärkung der ambulanten Pflege und neuer Versorgungsformen tragen dazu bei, dass von einem weiteren Wachstum im Geschäftsfeld Beratung auszugehen ist. Durch ihre neuen Beratungsprodukte ist die BFS Service GmbH gut aufgestellt, um ihre exponierte Marktstellung als Kompetenzzentrum für Geschäftsmodelle und Immobilien in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft weiter auszubauen. Um der steigenden Nachfrage sowohl qualitativ als auch von den Bearbeitungskapazitäten her gerecht zu werden, hat die BFS Service GmbH 2017 erneut zusätzliches Personal eingestellt.

Von dieser Basis ausgehend, gestalten sich die geschäftlichen Perspektiven weiterhin vielversprechend. Insgesamt wird die BFS Service GmbH das Geschäftsjahr 2018 voraussichtlich mit einer deutlichen Steigerung des Betriebsergebnisses abschließen können.



Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat und seine Ausschüsse haben sich während des gesamten Geschäftsjahres in regelmäßigen Sitzungen und durch schriftliche Berichte des Vorstandes umfassend über die Lage und Entwicklung der Bank für Sozialwirtschaft AG sowie über alle wichtigen Geschäftsentwicklungen und Geschehnisse informieren lassen und sich mit wesentlichen Fragestellungen der Bank intensiv auseinandergesetzt.

Schwerpunkte der Arbeit des Aufsichtsrates waren unter anderem

- die Geschäfts- und Risikostrategie sowie die darauf aufbauenden Teilstrategien für die Bereiche Kredit, Vertrieb, Organisationsentwicklung und IT sowie Personal,
- die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung einschließlich der Planung für das laufende sowie die folgenden Geschäftsjahre bis 2022,
- die Weiterentwicklung des Geschäftsmodells und die Ausrichtung der Strukturen der Bank auf die Zukunft,
- das Risikomanagement der Bank sowie
- aufsichtsrechtliche Entwicklungen, ihre Folgen sowie ihre Einhaltung durch die Bank.

Auf der Basis der Quartalsberichte des Vorstandes zur Geschäftsentwicklung und zur Risikolage der Bank hat der Aufsichtsrat die Führung der Geschäfte der Bank kontinuierlich überwacht und die sich daraus ergebenden geschäftspolitischen Entscheidungen gemeinsam mit dem Vorstand beraten. Zu einigen Themenkomplexen wurde ergänzend bankinterne und externe Expertise eingeholt.

Seine gesetzlichen und satzungsmäßigen Aufgaben hat der Aufsichtsrat wahrgenommen. Über Kredite, die nach dem Gesetz über das Kreditwesen zustimmungspflichtig sind, hat der Risikoausschuss des Aufsichtsrates nach Prüfung und Abstimmung mit dem Vorstand entschieden.

Neben der Erörterung der geschäftlichen Entwicklung und der Risikolage hat der Aufsichtsrat die Berichte der Internen Revision und des Bereiches Compliance & Fraud für das Jahr 2017 zur Kenntnis genommen.

Prüfungs-, Risiko- sowie Nominierungs- und Vergütungsausschuss des Aufsichtsrates haben im Berichtsjahr ihre Arbeit fortgesetzt. Im Mittelpunkt der Arbeit des Prüfungsausschusses standen die Ergebnisse der im Dezember 2016 erfolgten Prüfung der Bank nach § 44 Abs. 1 Satz 2 KWG durch die Bankenaufsicht und der Prüfungsbericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte GmbH für das Geschäftsjahr 2016. Darüber hinaus lag der Fokus auf den Ergebnissen der Prüfung nach dem Wertpapierhandelsgesetz (WpHG) sowie den Prüfungsschwerpunkten für das Geschäftsjahr 2017. Im Mittelpunkt der Arbeit des Risikoausschusses standen die Beschäftigung mit den Veränderungen aufsichtsrechtlicher Rahmenbedingungen und ihren Konsequenzen für die Bank, mit der Geschäfts- und Risikostrategie sowie mit den einzelnen Risikoarten. Im Rahmen der Sitzungen des Prüfungsausschusses und des Risikoausschusses fand ein intensiver Austausch mit den zuständigen Bereichsleitern der Bank statt. Der Nominierungs- und Vergütungsausschuss legte im Berichtsjahr den Schwerpunkt seiner Arbeit weiterhin auf das Vergütungssystem der Bank.

Die Protokolle aller Ausschusssitzungen wurden jeweils dem gesamten Aufsichtsrat zur Verfügung gestellt. Zudem informierten die Ausschussvorsitzenden regelmäßig und ausführlich alle Mitglieder des Aufsichtsrates über die Inhalte der Ausschusssitzungen.

Darüber hinaus wurde der Aufsichtsrat durch bankinterne und externe Referenten in mehreren Modulen unter anderem zu der konkret auf die Bank bezogenen Umsetzung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen geschult.

Der Jahresabschluss 2017 wurde von der Deloitte GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag des Vorstandes zur Verwendung des Bilanzgewinns geprüft. Er hat sich das Ergebnis der Abschlussprüfungen der Bank und ihrer Tochtergesellschaft sowie den Bericht über die Prüfung der Wertpapierdienstleistungsgeschäfte und der Depotprüfung für das Jahr 2017 ausführlich erläutern lassen. Die Berichte wurden ohne Beanstandung zur Kenntnis genommen. Der Aufsichtsrat billigt den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss.

Der Aufsichtsrat dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bank und ihrer Tochtergesellschaft für ihr Engagement und ihren Erfolg im Geschäftsjahr 2017. Ebenso dankt er den Mitgliedern des Zentralbeirates für ihre aktive Unterstützung der Bank.

Köln, den 22. März 2018

Für den Aufsichtsrat
Dr. Matthias Berger
Vorsitzender

Jahresbilanz

zum 31. Dezember 2017 der Bank für Sozialwirtschaft Aktiengesellschaft, Berlin und Köln

| Aktivseite | Euro | Euro | Euro | Vorjahr TEUR |
|--|------------------|------------------|-------------------------|------------------|
| 1. Barreserve | | | | |
| a) Kassenbestand | | 906.889,57 | | 824 |
| b) Guthaben bei Zentralnotenbanken | | 98.386.168,02 | | 101.295 |
| darunter: bei der Deutschen Bundesbank | 98.386.168,02 | | | (101.295) |
| c) Guthaben bei Postgiroämtern | | -,- | 99.293.057,59 | |
| 2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind | | | | |
| a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen | | -,- | | - |
| b) Wechsel | | -,- | -,- | - |
| 3. Forderungen an Kreditinstitute | | | | |
| a) täglich fällig | | 2.644.748,65 | | 2.863 |
| b) andere Forderungen | | 452.057,50 | 3.096.806,15 | 1.408 |
| 4. Forderungen an Kunden | | | 5.480.301.766,07 | 5.457.177 |
| darunter: durch Grundpfandrechte | 1.574.176.104,22 | | | (1.617.734) |
| gesicherte Kommunalkredite | 98.235.984,32 | | | (99.014) |
| 5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere | | | | |
| a) Geldmarktpapiere | | | | |
| aa) von öffentlichen Emittenten | | | | |
| darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank | -,- | -,- | | - |
| ab) von anderen Emittenten | | | | |
| darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank | -,- | -,- | | - |
| b) Anleihen und Schuldverschreibungen | | | | |
| ba) von öffentlichen Emittenten | | 2.527.912.015,64 | | 2.550.652 |
| darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank | 2.527.912.015,64 | | | (2.550.642) |
| bb) von anderen Emittenten | | 177.936.217,80 | | 215.159 |
| darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank | 177.936.217,80 | | | (215.159) |
| c) eigene Schuldverschreibungen | | -,- | 2.705.848.233,44 | - |
| Nennbetrag | -,- | | | - |
| 6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere | | | 38.653.986,87 | 44.534 |
| 6a. Handelsbestand | | | -,- | |
| 7. Beteiligungen | | | 1.853.835,00 | 2.057 |
| darunter: an Kreditinstituten | -,- | | | - |
| an Finanzdienstleistungsinstituten | -,- | | | - |
| 8. Anteile an verbundenen Unternehmen | | | 42.380.031,74 | 17.961 |
| darunter: an Kreditinstituten | -,- | | | - |
| an Finanzdienstleistungsinstituten | 9.500.000,00 | | | (9.500) |
| 9. Treuhandvermögen | | | 165.031.330,76 | 172.027 |
| darunter: Treuhandkredite | 165.031.330,76 | | | (172.027) |
| 10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch | | | -,- | - |
| 11. Immaterielle Anlagewerte | | | | |
| a) selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte | | -,- | | - |
| b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten | | 10.174.770,00 | | 8.360 |
| c) Geschäfts- oder Firmenwert | | -,- | | - |
| d) geleistete Anzahlungen | | 2.797.416,82 | 12.972.186,82 | 926 |
| 12. Sachanlagen | | | 58.924.524,31 | 63.960 |
| 13. Eingefordertes, noch nicht eingezahltes Kapital | | | -,- | - |
| 14. Sonstige Vermögensgegenstände | | | 42.774.306,59 | 53.004 |
| 15. Rechnungsabgrenzungsposten | | | 1.347.822,13 | 1.354 |
| 16. Aktive latente Steuern | | | -,- | - |
| 17. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung | | | -,- | - |
| 18. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag | | | -,- | - |
| Summe der Aktiva | | | 8.652.477.887,47 | 8.693.561 |

| Passivseite | Euro | Euro | Euro | Euro | Vorjahr TEUR |
|--|------------------|------------------|------------------|------------------|-----------------|
| 1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | | | | | TEUR |
| a) täglich fällig | | | 6.761.094,82 | | 81.065 |
| b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist | | | 1.128.697.086,92 | 1.135.458.181,74 | 1.086.358 |
| 2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden | | | | | |
| a) Spareinlagen | | | | | |
| aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten | 383.014.035,99 | | | | 223.260 |
| ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten | 271.826.645,62 | 654.840.681,61 | | | 229.607 |
| b) andere Verbindlichkeiten | | | | | |
| ba) täglich fällig | 5.059.333.686,96 | | | | 5.926.932 |
| bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist | 820.503.180,05 | 5.879.836.867,01 | 6.534.677.548,62 | | 172.158 |
| 3. Verbriefte Verbindlichkeiten | | | | | |
| a) begebene Schuldverschreibungen | | | -,- | | - |
| b) andere verbiefte Verbindlichkeiten | | | -,- | -,- | - |
| darunter: Geldmarktpapiere | -,- | | | | - |
| eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf | -,- | | | | - |
| 3a. Handelsbestand | | | | | -,- |
| 4. Treuhandverbindlichkeiten | | | | 165.031.330,76 | 172.027 |
| darunter: Treuhandkredite | 165.031.330,76 | | | | (172.027) |
| 5. Sonstige Verbindlichkeiten | | | | 2.941.172,90 | 27.622 |
| 6. Rechnungsabgrenzungsposten | | | | 3.618.630,63 | 4.955 |
| 6a. Passive latente Steuern | | | | -,- | - |
| 7. Rückstellungen | | | | | |
| a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen | | | 14.331.207,00 | | 14.227 |
| b) Steuerrückstellungen | | | 4.280.968,05 | | 308 |
| c) andere Rückstellungen | | | 29.820.163,45 | 48.432.338,50 | 15.674 |
| 8. [gestrichen] | | | | | -,- |
| 9. Nachrangige Verbindlichkeiten | | | | 154.249.446,87 | 154.251 |
| 10. Genusssrechtskapital | | | | | -,- |
| darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig | -,- | | | | - |
| 11. Fonds für allgemeine Bankrisiken | | | | 51.900.000,00 | 51.900 |
| 12. Eigenkapital | | | | | |
| a) eingefordertes Kapital | | | | | |
| gezeichnetes Kapital | 36.400.000,00 | | | | 36.400 |
| abzüglich nicht eingeforderte ausstehende Einlagen | | -,- | | | |
| abzüglich eigene Aktien Nominalwerte | -98.800,00 | 36.301.200,00 | | | -24 |
| b) Kapitalrücklage | | | 43.451.684,45 | | 43.440 |
| c) Gewinnrücklagen | | | | | |
| ca) gesetzliche Rücklage | | -,- | | | - |
| cb) Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen | | -,- | | | - |
| cc) satzungsmäßige Rücklagen | | -,- | | | - |
| cd) andere Gewinnrücklagen | 443.150.000,00 | | | | 403.350 |
| abzüglich eigene Aktien Anteil Gewinnrücklagen | -1.100.100,00 | 442.049.900,00 | | | -270 |
| d) Bilanzgewinn/Bilanzverlust | | | 34.366.453,00 | 556.169.237,45 | 50.321 |
| Summe der Passiva | | | -,- | 8.652.477.887,47 | 8.693.561 |
| Eventualverbindlichkeiten | | | | | |
| a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln | | | -,- | | - |
| b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen | | | 105.672.515,69 | | 113.876 |
| c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten | | | -,- | 105.672.515,69 | - |
| Andere Verpflichtungen | | | | | |
| a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften | | | -,- | | - |
| b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen | | | -,- | | - |
| c) unwiderrufliche Kreditzusagen | | | 451.014.000,00 | 451.014.000,00 | 379.079 |

Gewinn- und Verlustrechnung

der Bank für Sozialwirtschaft Aktiengesellschaft, Berlin und Köln
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017

| | Euro | Euro | Euro | Vorjahr | TEUR |
|--|------|----------------|----------------|---------|---------|
| 1. Zinserträge aus | | | | | |
| a) Kredit- und Geldmarktgeschäften | | 168.569.284,50 | | | 182.052 |
| b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen | | 3.496.211,80 | 172.065.496,30 | | 4.275 |
| 2. Zinsaufwendungen | | | 37.611.908,22 | | 44.091 |
| 3. Laufende Erträge aus | | | | | |
| a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren | | 722.991,16 | | | 516 |
| b) Beteiligungen | | 124.667,80 | | | 120 |
| c) Anteilen an verbundenen Unternehmen | | 0,00 | 847.658,96 | | 0 |
| 4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen | | | 6.462.259,31 | | 17.517 |
| 5. Provisionserträge | | | 9.860.613,43 | | 8.260 |
| 6. Provisionsaufwendungen | | | 4.688.014,32 | | 4.200 |
| 7. Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands | | | -,- | | - |
| 8. Sonstige betriebliche Erträge | | | 30.034.995,03 | | 3.739 |
| 9. (weggefallen) | | | | | |
| 10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen | | | | | |
| a) Personalaufwand | | | | | |
| aa) Löhne und Gehälter | | 31.955.328,69 | | | 31.897 |
| ab) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung | | 7.873.624,42 | 39.828.953,11 | | 7.593 |
| darunter: für Altersversorgung Euro 2.507.906,61 | | | | | (2.731) |
| b) andere Verwaltungsaufwendungen | | | 36.345.847,79 | | 32.452 |
| 11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen | | | 6.351.410,33 | | 5.317 |
| 12. Sonstige betriebliche Aufwendungen | | | 16.084.788,35 | | 5.124 |
| 13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft | | | 21.311.958,31 | | 9.966 |
| 14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft | | | -,- | | - |
| 15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere | | | -,- | | 1.909 |
| 16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren | | | 1.042.070,72 | | - |

| | | | |
|------|---|---------------|--------|
| 17. | Aufwendungen aus Verlustübernahme | -,- | - |
| 18. | (weggefallen) | | |
| 19. | Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit | 58.090.213,32 | 73.930 |
| 20. | Außerordentliche Erträge | -,- | - |
| 21. | Außerordentliche Aufwendungen | -,- | - |
| 22. | Außerordentliches Ergebnis | -,- | - |
| 23. | Steuern vom Einkommen und vom Ertrag | 23.679.778,99 | 23.575 |
| 24. | Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen | 68.130,33 | 50 |
| 24a. | Aufwendungen aus der Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken § 340g HGB | 0,00 | - |
| 25. | Erträge aus Verlustübernahme | -,- | - |
| 26. | Aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne | -,- | - |
| 27. | Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag | 34.342.304,00 | 50.305 |
| 28. | Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr | 39.824.149,00 | 32.366 |
| | | 74.166.453,00 | 82.671 |
| 29. | Entnahmen aus der Kapitalrücklage | -,- | - |
| | | 74.166.453,00 | 82.671 |
| 30. | Entnahmen aus Gewinnrücklagen | | |
| | a) aus der gesetzlichen Rücklage | -,- | - |
| | b) aus der Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen | -,- | - |
| | c) aus satzungsmäßigen Rücklagen | -,- | - |
| | d) aus anderen Gewinnrücklagen | -,- | - |
| 31. | Entnahmen aus Genussrechtskapital | 74.166.453,00 | 82.671 |
| | | -,- | - |
| | | 74.166.453,00 | 82.671 |
| 32. | Einstellungen in Gewinnrücklagen | | |
| | a) in die gesetzliche Rücklage | -,- | - |
| | b) in die Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen | -,- | - |
| | c) in satzungsmäßige Rücklagen | -,- | - |
| | d) in andere Gewinnrücklagen | 39.800.000,00 | 32.350 |
| 33. | Wiederauffüllung des Genussrechtskapitals | 34.366.453,00 | 50.321 |
| | | -,- | - |
| 34. | Bilanzgewinn/Bilanzverlust | 34.366.453,00 | 50.321 |

Anhang 2017

Bank für Sozialwirtschaft AG, Berlin und Köln

Amtsgericht Charlottenburg – HRB 64059

Amtsgericht Köln – HRB 29259

A. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2017 ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches unter Berücksichtigung der einschlägigen Vorschriften des Aktiengesetzes, des Kreditwesengesetzes, der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV).

B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Jahresabschluss enthält sämtliche Vermögensgegenstände, Verbindlichkeiten, Rückstellungen und Rechnungsabgrenzungsposten.

Bei der Bewertung der im Jahresabschluss ausgewiesenen Vermögensgegenstände und Schulden haben wir die allgemeinen Bewertungsgrundsätze des § 252 Abs. 1 HGB sowie die für Kreditinstitute geltenden Bewertungsvorschriften des § 340e HGB beachtet. Von den nach § 340f HGB gegebenen Verrechnungsmöglichkeiten für bestimmte Aufwendungen und Erträge wurde Gebrauch gemacht.

Die Barreserven werden zum Nennwert bilanziert.

Sämtliche Forderungen an Kunden und Kreditinstitute sind grundsätzlich mit dem Nennwert angesetzt. Der Unterschiedsbetrag zwischen Auszahlungsbetrag und Nennbetrag ist als Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen. Angekaufte Forderungen werden mit den Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert bilanziert. Allen erkennbaren Einzelrisiken sowie dem allgemeinen Risiko im Kreditgeschäft ist durch angemessene Wertabschläge Rechnung getragen worden. Die Bildung von Einzelwertberichtigungen orientiert sich am verbleibenden Blankoanteil notleidender Kreditengagements. Der Ermittlung der Pauschalwertberichtigungen liegt das im Schreiben des BMF vom 10. Januar 1994 vorgesehene Verfahren zugrunde.

Die Wertpapiere des Umlaufvermögens, bestehend aus der Liquiditätsreserve, haben wir nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet, Zuschreibungen nach dem Wertaufholungsgebot wurden vorgenommen. Die Anschaffungskosten bei Wertpapieren der gleichen Gattung haben wir nach der Durchschnittsmethode ermittelt.

Als Beteiligungen bilanzieren wir Anteile an anderen Unternehmen ab einer Beteiligungsquote von 20 % (§ 271 Abs.1 HGB). Beteiligungsquoten unter 20 % werden in den Bilanzposten Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere und Sonstige Vermögensgegenstände ausgewiesen. Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Bei der Sacheinlage des Immobilienbesitzes Berlin in die HDS Haus der Sozialwirtschaft GmbH & Co. KG wurde gemäß IDW RS HFA 18 nach Maßgabe der Grundsätze für den Tausch von Vermögensgegenständen als Anschaffungskosten wahlweise der höhere Zeitwert des Einlageobjekts angesetzt.

Treuhandvermögen und Treuhandverbindlichkeiten werden zum Nennwert bilanziert.

Vermögensgegenstände des Anlagevermögens – Sachanlagen, Immaterielle Anlagewerte und Finanzanlagen – werden zu Anschaffungskosten und, soweit abnutzbar, unter Berücksichtigung planmäßiger Abschreibungen bilanziert. Aus Vereinfachungsgründen werden in Anlehnung an die steuerlichen Regelungen Vermögensgegenstände von geringerem Wert (bis EUR 150) sofort als Sachaufwand erfasst und geringwertige Vermögensgegenstände (bis EUR 1.000) in einen Sammelposten eingestellt, der über einen Zeitraum von fünf Jahren gewinnmindernd aufgelöst wird. Anlagen bei Versicherungen werden zu den mitgeteilten Aktivwerten angesetzt.

Abzugrenzende Zinsen sind in den jeweiligen Bilanzposten einbezogen.

Verbindlichkeiten sind mit dem Rückzahlungsbetrag zuzüglich aufgelaufener Zinsen ausgewiesen. Der Unterschied zwischen Nennbetrag und Ausgabebetrag wird in die Rechnungsabgrenzung eingestellt und zeitanteilig über die Laufzeit aufgelöst.

Der Belastung aus Einlagen mit steigender Verzinsung wurde durch Bildung von Zinsrückstellungen ausreichend Rechnung getragen.

Die Rückstellungen wurden auf der Grundlage des § 253 HGB ermittelt. Anzusetzen ist hierbei der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendige Erfüllungsbetrag gemäß § 253 Abs. 1 HGB. Alle Rückstellungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr wurden mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz abgezinst (§ 253 Abs. 2 HGB).

Die Ermittlung der Pensionsrückstellungen erfolgte nach dem Teilwertverfahren in Verbindung mit § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB. Als biometrische Rechnungsgrundlagen wurden die „Richttafeln 2005G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck verwendet. Für die Abzinsung wurde pauschal eine durchschnittliche Restlaufzeit von 15 Jahren unterstellt und dafür der auf den Bilanzstichtag ermittelte durchschnittliche Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre von 3,67 % angesetzt (im Vorjahr: durchschnittlicher Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre 4,00 %). Gehalts- und Rentenanpassungen sind mit 2,0 % p.a. eingerechnet.

Die Differenz zwischen dem Betrag der angesetzten Pensionsrückstellungen nach Abzinsung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Geschäftsjahre und dem Rückstellungsbetrag, der sich bei Abzinsung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre ergibt, beträgt 1.733.310 EUR und unterliegt gemäß § 253 Abs. 6 HGB einer Ausschüttungssperre.

Die Steuerrückstellungen sowie anderen Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen.

Die verlustfreie Bewertung des Bankbuchs wurde auf Basis der barwertigen Betrachtungsweise gemäß IDW RS BFA 3 vorgenommen. Es wurde kein Bedarf zur Bildung einer Drohverlustrückstellung ermittelt.

Eventualverbindlichkeiten und anderen Verpflichtungen werden zum Nennbetrag abzüglich eventueller Vorsorge bilanziert.

Zum Bilanzstichtag bestanden weder Forderungen noch Verbindlichkeiten in Fremdwährung.

Außerbilanzielle Finanzinstrumente werden im Rahmen des Risikomanagements zur Zinsbuchsteuerung eingesetzt. In diesem Zusammenhang bezieht die Bank die außerbilanziellen Finanzinstrumente in die verlustfreie Bewertung des Bankbuches ein.

Negative Zinsen aus Geldanlagen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung bei den Zinserträgen abgezogen. Positive Zinsen aus Geldaufnahmen werden bei den Zinsaufwendungen in Abzug gebracht.

C. Entwicklung des Anlagevermögens 2017

a) Sachanlagen/Immaterielle Anlagewerte

| | immaterielle Anlagewerte, EUR | Betriebs- und Geschäftsausstattung, EUR | Grundstücke und Gebäude, EUR | gesamt, EUR |
|--------------------------------------|-------------------------------|---|------------------------------|-------------|
| Anschaffungskosten 01.01.17 | 39.136.581 | 21.531.946 | 88.814.094 | 149.482.621 |
| Zugänge | 6.253.365 | 4.116.630 | 862.597 | 11.232.592 |
| Zuschreibungen | - | - | - | - |
| Umbuchungen | - | 5.002.457 | -5.002.457 | - |
| Abgänge | -445.194 | -5.247.230 | -27.364.589 | -33.057.013 |
| Anschaffungskosten 31.12.17 | 44.944.752 | 25.403.803 | 57.309.645 | 127.658.200 |
| Kumulierte Abschreibungen 01.01.17 | 29.850.104 | 15.537.677 | 30.847.666 | 76.235.447 |
| Zugänge Abschreibungen Geschäftsjahr | 2.567.655 | 2.178.384 | 1.605.371 | 6.351.410 |
| Umbuchungen | - | - | - | - |
| Abgänge | -445.194 | -4.826.198 | -21.553.976 | -26.825.368 |
| Kumulierte Abschreibungen 31.12.17 | 31.972.565 | 12.889.863 | 10.899.061 | 55.761.489 |
| Buchwert am Bilanzstichtag 31.12.16 | 9.286.477 | 5.994.269 | 57.966.429 | 73.247.175 |
| Buchwert am Bilanzstichtag 31.12.17 | 12.972.187 | 12.513.940 | 46.410.584 | 71.896.711 |

Geringwertige Wirtschaftsgüter sind in Zugängen des Berichtsjahres mit 944.952 EUR enthalten.

b) Finanzanlagen

| | Wertpapiere des Anlagevermögens, EUR | Beteiligungen, EUR | Anteile an verbundenen Unternehmen, EUR | gesamt, EUR |
|--------------------------------------|--------------------------------------|--------------------|---|-------------|
| Anschaffungskosten 01.01.2017 | 659.816 | 2.057.335 | 17.961.400 | 20.678.551 |
| Zugänge | - | - | 32.880.031 | 32.880.031 |
| Abgänge | - | - | 8.461.399 | 8.461.399 |
| Anschaffungskosten 31.12.2017 | 659.816 | 2.057.335 | 42.380.032 | 45.107.183 |
| Kumulierte Abschreibungen 01.01.17 | - | - | 1.909.192 | 1.909.192 |
| Zugänge Abschreibungen Geschäftsjahr | - | 203.500 | - | 203.500 |
| Umbuchungen | - | - | - | - |
| Abgänge | - | - | 1.909.192 | 1.909.192 |
| Kumulierte Abschreibungen 31.12.17 | - | 203.500 | - | 203.500 |
| Buchwert am Bilanzstichtag 31.12.16 | 659.816 | 2.057.335 | 17.961.400 | 20.678.551 |
| Buchwert am Bilanzstichtag 31.12.17 | 659.816 | 1.853.835 | 42.380.032 | 44.893.683 |

Die Zugänge der Anteile an Verbundenen Unternehmen sind auch die auf die im Geschäftsjahr neu gegründeten Gesellschaften HDS Haus der Sozialwirtschaft Verwaltungs-GmbH (25.000 EUR) sowie die HDS Haus der Sozialwirtschaft GmbH & Co. KG (32.855.031 EUR) zurückzuführen. Mit Wirkung vom 12. Dezember 2017 wurde der Immobilienbesitz Berlin in die HDS Haus der Sozialwirtschaft GmbH & Co. KG zu Zeitwerten eingebracht. Durch diese Sacheinlage erhöhten sich die Anteile an verbundenen Unternehmen um 32.770.000 EUR.

Der Buchwert der Anteile an dem verbundenen Unternehmen IS Immobilienfonds 6 GbR verringerte sich aufgrund einer Kapitalrückzahlung um 8.461.399 EUR sowie die im Vorjahr durchgeführten kumulierten Abschreibungen um 1.909.192 EUR.

D. Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

I. Bilanz

- Die in der Bilanz ausgewiesenen **Forderungen** haben folgende Restlaufzeiten:

| | bis 3 Monate, EUR | mehr als 3 Monate bis 1 Jahr, EUR | mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre, EUR | mehr als 5 Jahre, EUR |
|--|----------------------|--------------------------------------|-------------------------------------|--------------------------|
| andere Forderungen an Kreditinstitute (A 3b) | 0 | 34.118 | 136.472 | 281.468 |
| Forderungen an Kunden (A 4) | 26.695.770 | 356.197.475 | 1.312.955.500 | 3.297.771.255 |

In den Forderungen an Kunden (A 4) sind mit 486.681.766 EUR täglich fällige Forderungen enthalten.

- Von den in der Bilanz ausgewiesenen **Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren** sind im Folgejahr fällig:

| | |
|---|-----------------|
| Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere von öffentlichen Emittenten | 375.173.370 EUR |
| Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere von anderen Emittenten | 95.422.901 EUR |

- In den Forderungen sind folgende Beträge enthalten, die auch **Forderungen an verbundene Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen** sind:

| | Forderungen an verbundene Unternehmen | | Forderungen an Beteiligungsunternehmen | |
|-----------------------------|--|--------------|---|--------------|
| | Geschäftsjahr, EUR | Vorjahr, EUR | Geschäftsjahr, EUR | Vorjahr, EUR |
| Forderungen an Kunden (A 4) | 1.411 | 7.807.664 | 57.167.667 | 50.679.718 |

Im Treuhandgeschäft bestanden wie im Vorjahr keine Ausleihungen aus Bundesmitteln an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.

- In folgenden Posten sind enthalten:

| | börsenfähig | börsennotiert | Nicht börsennotiert | Nicht m. d. Niederstwert bewertete börsenfäh. Wertpapiere |
|---|---------------|---------------|---------------------|---|
| | EUR | EUR | EUR | EUR |
| Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5) | 2.705.848.233 | 2.705.848.233 | - | - |
| Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (A 6) | 37.994.171 | 23.300.500 | 14.693.671 | - |

- Weitere Angaben zu den **Wertpapieren**

Von den in der Bilanz ausgewiesenen **Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren** sind wie im Vorjahr keine Wertpapiere mit Nachrangabrede enthalten, ebenso im Posten Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere.

- In dem Bilanzposten **Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere** sind Anteile an Investmentfonds mit einem Anteil von mehr als 10 % enthalten. Es handelt sich um zwei Mischfonds mit dem Anlageschwerpunkt Euroländer, die im Wesentlichen direkt oder indirekt in festverzinsliche Wertpapiere und Aktien investieren. Der Buchwert beträgt 37.994.171 EUR, der Marktwert beläuft sich auf 39.576.127 EUR. Für das Geschäftsjahr erfolgten Ausschüttungen in Höhe von 691.071 EUR (einschl. anrechenbarer Ertragsteuern). Die Anteile können börsentäglich zurückgegeben werden. Die Bewertung erfolgt nach dem strengen Niederstwertprinzip.
- Besitz von **Kapitalanteilen** in Höhe von mindestens 20 % an anderen Unternehmen:

| Name und Sitz | Anteil am Gesellschaftskapital | | Eigenkapital der Gesellschaft | | Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses |
|--|--------------------------------|------|-------------------------------|------|---|
| | % | Jahr | TEUR | Jahr | TEUR |
| Verbundene Unternehmen | | | | | |
| Direkt | | | | | |
| • BFS Service GmbH, Köln | 100,0 | 2017 | 9.500 | 2017 | - |
| • HDS Haus der Sozialwirtschaft GmbH & Co. KG | 100,0 | 2017 | 32.855 | 2017 | - |
| • HDS Haus der Sozialwirtschaft Verwaltungs-GmbH | 100,0 | 2017 | 25 | 2017 | - |
| • IS Immobilienfonds 6 GbR | 88,2 | 2017 | 13.755 | 2016 | 409 |
| Indirekt | | | | | |
| • IM Immobilien & Management Drei GmbH, Köln | 100,0 | 2017 | 18 | 2016 | -7 |
| • IM Immobilien & Management Fünf GmbH, Köln | 100,0 | 2017 | 160 | 2016 | 134 |
| Beteiligungen | | | | | |
| Direkt | | | | | |
| • BFS Mezzanine Fonds II GmbH & Co. KG, Köln | 40,7 | 2017 | 4.900 | 2016 | 374 |
| Indirekt | | | | | |
| • BFS Abrechnungs GmbH, Hildesheim | 49,0 | 2017 | 4.562 | 2016 | 2.536 |

Der Gewinn 2017 der BFS Service GmbH in Höhe von 6.462.259 EUR wurde im Rahmen des bestehenden Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrages an die Bank abgeführt und ist in der Gewinn- und Verlustrechnung enthalten. Am 18.12.2017 wurde gemäß § 296 AktG einvernehmlich mit der BFS Service GmbH die Aufhebung des Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrages mit Ablauf des 31.12.2017 vereinbart.

Auf die Aufstellung eines Konzern-Abschlusses wird gemäß § 290 Abs. 5 HGB i.V.m. § 296 Abs. 2 HGB aufgrund untergeordneter Bedeutung der Tochtergesellschaften verzichtet.

Die in der Bilanz ausgewiesenen **Treuhandkredite und -verbindlichkeiten** gliedern sich wie folgt:

| | |
|--|-----------------|
| Forderungen an Kunden | 165.031.331 EUR |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | 147.094 EUR |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kunden | 164.884.237 EUR |

In dem Posten werden Kredite aus Treuhandmitteln des Bundes in Höhe von 164.884.237 EUR ausgewiesen. Die Kredite aus sonstigen Programmen betragen 147.094 EUR.

- Im Aktivposten **Sachanlagen** sind enthalten:

| | |
|---|----------------|
| im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten | 46.288.468 EUR |
| Betriebs- und Geschäftsausstattung | 12.513.940 EUR |

- Im Posten **Sonstige Vermögensgegenstände** sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

| | |
|--|----------------|
| Initial- und Variation Margins | 21.698.640 EUR |
| Forderungen an verbundene Unternehmen | 6.488.674 EUR |
| Steuerforderungen | 8.875.887 EUR |
| Kapitallebensversicherungen zur Erfüllung von Versorgungsverpflichtungen | 4.019.064 EUR |

- In den **Aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** sind Disagiobeträge aus aufgenommenen Verbindlichkeiten einschließlich der von uns ausgegebenen Schuldverschreibungen in Höhe von 308.951 EUR (Vorjahr 529.541 EUR) enthalten.
- Der nicht angesetzte Überhang aktiver latenter Steuern ergibt sich aus Buchwertunterschieden zwischen der Handels- und Steuerbilanz. Die Unterschiedsbeträge basieren auf steuerlich abweichenden Risikovorsorgen sowie Bewertungs- und Abzinsungssätzen. Passive latente Steuern bestanden zum Bilanzstichtag aus der Einbringung des Immobilienbesitzes Berlin in die Gesellschaft HDS Haus der Sozialwirtschaft GmbH & Co. KG. Die Einbringungen erfolgte gemäß IDW S HFA 18 unter handelsrechtlichen Gesichtspunkten zu den Zeitwerten und unter steuerrechtlichen Gesichtspunkten zu den Buchwerten der Objekte. Der Berechnung wurden ein Körperschaftsteuersatz (einschließlich Solidaritätszuschlag) von 15,83 % und ein Gewerbesteuersatz von 16,98 % zugrunde gelegt.

- Die in der Bilanz ausgewiesenen **Verbindlichkeiten** haben folgende Restlaufzeiten:

| | bis 3 Monate EUR | mehr als 3 Monate bis 1 Jahr EUR | mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre EUR | mehr als 5 Jahre EUR |
|--|---------------------|--|---------------------------------------|-------------------------|
| Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 1b) | 10.663.170 | 85.058.947 | 316.263.622 | 670.143.120 |
| Spareinlagen gegenüber Kunden mit vereinbarter Kündigungsfrist (P 2a ab) | 383.014.036 | 259.852.579 | 11.974.066 | - |
| andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit od. Kündigungsfrist (P 2b bb) | 368.251.922 | 328.505.262 | 106.684.770 | 16.061.226 |

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (P 1b) sind 46.568.229 EUR und in den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (P 2b bb) sind 1.000.000 EUR Verbindlichkeiten mit täglich fälliger Laufzeit enthalten.

- Für die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden Vermögensgegenstände im Wert von 3.440.217.585 EUR als Sicherheit hinterlegt. Dabei wurden Wertpapiere und Kundenforderungen an die Kreditgeber verpfändet. Zum Bilanzstichtag bestand eine Inanspruchnahme der zu sichernden Darlehen in Höhe von 1.129.233.111 EUR.
- Im Posten **Sonstige Verbindlichkeiten** sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

| | |
|----------------------------------|---------------|
| noch nicht beglichene Rechnungen | 1.580.992 EUR |
| Steuerverbindlichkeiten | 786.374 EUR |

- In den **Passiven Rechnungsabgrenzungsposten** (P 6) sind Disagiobeträge aus Forderungen, die bei der Ausreichung in Abzug gebracht wurden, im Gesamtbetrag von 3.617.002 EUR (Vorjahr 4.952.650 EUR) enthalten.
- Bei der Berechnung der **Pensionsrückstellungen** erfolgte die Abzinsung mit einem durchschnittlichen Zinssatz der letzten zehn Jahre bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren gemäß § 253 Abs. 2 HGB. Für die Bewertung am 31.12.2017 wurde der Marktzinssatz mit Stand Dezember 2017 herangezogen. Es wurden nachstehende Parameter verwendet:

| | |
|---------------|--|
| Pensionsalter | 63 und 65 Jahre |
| Gehaltstrend | 2,0 % |
| Rentendynamik | 2,0 % |
| Zinssatz | 3,67 % zum 31.12.2017 (Stand Dezember 2017) 4,00 % zum 31.12.2016 (Stand Dezember 2016) |

Die Differenz zwischen dem Betrag der angesetzten Pensionsrückstellungen nach Abzinsung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Geschäftsjahre von 3,67 % und dem Rückstellungsbetrag, der sich bei Abzinsung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre von 2,80 % ergibt, beträgt 1.733.310 EUR.

- Die anderen Rückstellungen setzen sich wie folgt zusammen:

| andere Rückstellungen | 01.01.2017 EUR | Verbrauch EUR | Auflösung EUR | Zuführung EUR | 31.12.2017 EUR |
|-----------------------------------|-------------------|------------------|------------------|------------------|-------------------|
| Mitarbeiterantien | 4.468.626 | 4.244.914 | 223.712 | 3.480.180 | 3.480.180 |
| Rechtsstreitigkeiten und Prozesse | 3.874.137 | 2.166.652 | 545.169 | 14.758.552 | 15.920.868 |
| Kreditgeschäft | 129.000 | - | - | 2.713.000 | 2.842.000 |
| Altersteilzeit | 2.337.089 | 562.547 | - | 694.344 | 2.468.886 |
| Jubiläen | 1.848.279 | - | - | 153.642 | 2.001.921 |
| Sonstiges | 3.017.302 | 2.020.738 | 154.510 | 2.264.254 | 3.106.308 |

Die Zuführung zu den **Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten und Prozesse** beruht auf strittigen Forderungen, die von sechs Aktionären im Zusammenhang mit dem zeitlichen Ablauf der Aktienneubewertung im Jahr 2014 angemeldet wurden. Rückstellungen in Höhe von 13.900.827 EUR wurden für kurz vor Ablauf der Verjährungsfrist geltend gemachte Forderungen gebildet.

Im Rahmen der **Risikovorsorge im Kreditgeschäft** entstand ein Zuführungsbedarf zu den Rückstellungen in Höhe von 2.713.000 EUR für Avale und unwiderrufliche Kreditzusagen.

Die **Rückstellungen für Altersteilzeit** wurden nach den Verlautbarungen des IDW RS HFA 3 in Verbindung mit § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB ermittelt. Als Rechnungsgrundlagen dienten die „Richttafeln 2005G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck. Folgende Parameter wurden verwendet:

| | |
|--------------------------------|---|
| durchschnittliche Restlaufzeit | 3,10 Jahre |
| Gehaltstrend | 2,0 % |
| Zinssatz | 1,45 % zum 31.12.2017 (Stand Dezember 2017) |
| | 1,85 % zum 31.12.2016 (Stand Dezember 2016) |

- Angaben zu **Nachrangigen Verbindlichkeiten** (P 9):

Mittelaufnahmen, die 10 % des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten übersteigen, erfolgten zu folgenden Bedingungen:

| Nominalbetrag | Währung | Zinssatz | Fälligkeit |
|---------------|---------|----------|------------|
| 18.300.000 | EUR | 5,10 % | 19.07.2021 |

Die Bedingungen der nachrangigen Darlehen entsprechen den Anforderungen des § 10 Abs. 5a KWG. Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung ist ausgeschlossen. Im Falle des Konkurses oder der Liquidation der Bank sind die nachrangigen Verbindlichkeiten erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückzuzahlen. Im Geschäftsjahr fielen Zinsaufwendungen für nachrangige Verbindlichkeiten in Höhe von 6.720.141 EUR an.

- In den nachstehenden Verbindlichkeiten sind folgende Beträge enthalten, die auch **Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen** sind:

| | Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen | | Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungsunternehmen | |
|--|---|------------|---|------------|
| | Geschäftsjahr | Vorjahr | Geschäftsjahr | Vorjahr |
| | EUR | EUR | EUR | EUR |
| Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (P 2) | 2.997.124 | 13.979.092 | 28.646.052 | 31.075.095 |

- In Bezug auf die Gesamttätigkeit der Bank sind von wesentlicher Bedeutung:

| Bilanzposition | | EUR |
|---|---|-------------|
| Vermerkposten 1 unter dem Bilanzstrich: Eventualverbindlichkeiten | Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen | 105.672.516 |
| Vermerkposten 2 unter dem Bilanzstrich: andere Verpflichtungen | Unwiderrufliche Kreditzusagen | 451.014.000 |

Akute Risiken einer Inanspruchnahme aus den unter dem Bilanzstrich ausgewiesenen Haftungsverhältnissen sind durch Rückstellungen gedeckt. Die ausgewiesenen Verpflichtungen betreffen breit gestreute Bürgschafts- und Gewährleistungsverträge bzw. offene Kreditzusagen gegenüber Kunden. Die Risiken wurden im Zuge einer Einzelbewertung der Bonität dieser Kunden beurteilt. Die ausgewiesenen Beträge zeigen nicht die künftig aus diesen Verträgen zu erwartenden tatsächlichen Zahlungsströme, da die überwiegende Anzahl der Eventualverbindlichkeiten nach unserer Einschätzung ohne Inanspruchnahme auslaufen wird. Bei den anderen Verpflichtungen gehen wir dagegen von einer grundsätzlichen Inanspruchnahme aus.

II. Gewinn- und Verlustrechnung

- Sämtliche Erträge wurden im Inland erwirtschaftet.
- Negative Zinsen aus Geldanlagen in Höhe von 1.320.719 EUR wurden in der Gewinn- und Verlustrechnung bei den Zinserträgen (G+V 1) abgezogen. Die für aufgenommene bzw. erhaltene Gelder von der Bank empfangenen Negativzinsen in Höhe von 1.214.995 EUR wurden saldiert bei den Zinsaufwendungen (G+V 2) ausgewiesen.
- Aus Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung, die für die Gesamttätigkeit von wesentlicher Bedeutung sind, wurden folgende Erträge erzielt:

| | |
|------------------------------|---------------|
| Zahlungsverkehr | 3.365.495 EUR |
| Wertpapiergeschäft | 3.236.689 EUR |
| Verwaltungs-/Treuhandkredite | 1.229.278 EUR |

- Wichtige Einzelbeträge, die für die Beurteilung des Jahresabschlusses bzw. die Ertragslage nicht unwesentlich sind, sind enthalten in den Posten:

| | | |
|---|--|----------------|
| sonstige betriebliche Erträge (G+V 8) | Erträge aus Einbringung des Immobilienbesitzes Berlin in die HDS Haus der Sozialwirtschaft GmbH & Co. KG | 26.959.387 EUR |
| | Miet- und Pächterträge | 1.324.257 EUR |
| sonstige betriebliche Aufwendungen (G+V 12) | Zuführungen zu Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten und Prozesskosten | 14.758.552 EUR |
| | Zinsaufwand für Pensions-, Altersteilzeit- und Jubiläumsrückstellungen | 652.942 EUR |

- Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag entfallen ausschließlich auf das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

E. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

F. Sonstige Angaben

- Zum Bilanzstichtag bestanden folgende zinsbezogene Termingeschäfte zur Zinsbuchsteuerung:

| Volumen im Derivatgeschäft per 31.12.2017 (in Mio. EUR) | | Nominalbetrag | | | Summe | beizulegender Zeitwert neg. (-) |
|---|------------------------------|------------------------|------------------------|------------------------|-------|---------------------------------|
| zinsbezogene Geschäfte | | Restlaufzeit <= 1 Jahr | Restlaufzeit 1-5 Jahre | Restlaufzeit > 5 Jahre | | |
| OTC- Produkte | Zins-Swaps (gleiche Währung) | 50,0 | 350,0 | - | 400,0 | -18,4 |
| OTC-Produkte | Forward-Darlehen | 61,9 | 11,3 | - | 73,2 | 6,5 |

Die Zinsswaps und Forward-Darlehen wurden anhand der aktuellen Zinsstrukturkurve zum Bilanzstichtag nach der Barwertmethode bewertet. Hierbei werden die Zahlungsströme (cash flows) mit dem risiko- und laufzeitadäquaten Marktzins diskontiert.

- Das von dem Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar beläuft sich auf:

| | |
|-------------------------------------|-------------|
| für die Abschlussprüfungsleistungen | 233.150 EUR |
| für andere Bestätigungsleistungen | 51.134 EUR |
| für Steuerberatungsleistungen | - EUR |
| für sonstige Leistungen | - EUR |

Davon betreffen 17.688 EUR Aufwendungen für die Jahresabschlussprüfung 2016. Im Rahmen der Abschlussprüfung wurde der Prüfungsauftrag zudem um die Prüfung analog § 53 GenG erweitert.

Die anderen Bestätigungsleistungen beinhalten Aufwendungen für die Prüfung nach § 49 Abs. 3 der Satzung des BVR ISG, der Prüfung nach § 36 Abs. 1 WpHG a.F. sowie der unabhängige betriebswirtschaftliche Prüfung des EZR Meldebogens zum 31.12.2017. Zudem hat der Abschlussprüfer Leistungen im Zusammenhang mit der Durchführung vereinbarter Untersuchungshandlungen im Hinblick auf den Meldebogen der Bank für Sozialwirtschaft zur Ermittlung der Bemessungsgrundlage für den Garantiefondsbeitrag 2017 der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V., Bonn, erbracht.

- Die Bank ist der Sicherungseinrichtung (Garantieverbund) des Bundesverbandes der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken e. V., Berlin angeschlossen. Dadurch sind die Einlagen der Kunden in vollem Umfang geschützt. Damit ist die Möglichkeit einer Garantieverbundverpflichtung verbunden, die auf das Zehnfache der mit dem Grunderhebungssatz (0,4 ‰) berechneten Garantiefondsbeiträge begrenzt ist. Die daraus resultierende Verpflichtung würde per 31.12.2017 maximal 18.714.210 EUR betragen.

Das für die Banken des Verbandes bestehende Garantievolumen ist zum 31.12.2017 nicht durch Ausfallbürgschaften oder Garantien belegt.

Ferner besteht gemäß § 7 der Beitritts- und Verpflichtungserklärung zum institutsbezogenen Sicherungssystem der BVR Institutssicherung GmbH (BVR-ISG), Berlin eine Beitragsgarantie gegenüber der BVR-ISG. Diese betrifft Jahresbeiträge zum Erreichen der Zielausstattung bzw. Zahlungsverpflichtungen, Sonderbeiträge und Sonderzahlungen, falls die verfügbaren Finanzmittel nicht ausreichen, um die Einleger eines dem institutsbezogenen Sicherungssystem angehörigen CRR-Kreditinstituts im Entschädigungsfall zu entschädigen sowie Auffüllungspflichten nach Deckungsmaßnahmen.

- Wesentliche Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen, die nicht zu marktüblichen Bedingungen zustande gekommen sind, waren nicht zu verzeichnen.
Aufgrund des bis zum Ablauf des 31.12.2017 bestehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages mit der Tochtergesellschaft verzichtet die Bank für Sozialwirtschaft AG, Köln und Berlin, auf eine interne Leistungsverrechnung für die ausgelagerten Aufgaben und Tätigkeiten im Rahmen der Buchführung und Bilanzerstellung und bzgl. Personal, IT, Interner Revision, Compliance und Geldwäsche.
- Für frühere Mitglieder der Geschäftsführung und deren Hinterbliebene bestehen zum 31.12.2017 Pensionsrückstellungen in Höhe des nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelten Barwertes von 12.586.847 EUR. Ihre Gesamtbezüge beliefen sich auf 773.774 EUR.
Für frühere Mitglieder des Aufsichtsrates bzw. Beirates bestehen solche Verpflichtungen nicht.
- Für die Mitglieder des Aufsichtsrates betrug die Jahresvergütung 362.275 EUR, für die des Beirates 9.750 EUR. Auf die Angabe der Gesamtbezüge des Vorstandes wurde gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.
- Am Bilanzstichtag betragen die gewährten Kredite an Organmitglieder:

| | |
|-------------------------------|-------------|
| Mitglieder des Vorstandes | 203.845 EUR |
| Mitglieder des Aufsichtsrates | - EUR |

- Die Zahl der 2017 **durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer** betrug:

| | Vollzeitbeschäftigte | Teilzeitbeschäftigte |
|-------------|----------------------|----------------------|
| Prokuristen | 9 | - |
| Angestellte | 324 | 84 |
| Aushilfen | - | 6 |
| | 333 | 90 |

Außerdem wurden durchschnittlich 8 Auszubildende beschäftigt.

- Das Grundkapital ist eingeteilt in 700.000 vinkulierte Namensaktien, welches ausschließlich aus Stammaktien besteht. Mit Beschluss der Hauptversammlung am 25.07.2001 wurde das Grundkapital in Stückaktien umgewandelt. Daraus leitet sich ein errechneter Nennbetrag von 52 EUR je Aktie ab.
- Beteiligungen Dritter von mehr als 25 % am Grundkapital der AG:

| | |
|---|--------|
| Caritasstiftung Deutschland – Stiftung des Deutschen Caritasverbandes, Freiburg | 25,5 % |
| Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V. , Berlin, und Stiftung Kronenkreuz, Leinfelden-Echterdingen | 25,5 % |

- Zum 31.12.2017 befinden sich 1.900 eigene Aktien im Bestand der Bank. Die Bewertung erfolgte mit dem Bewertungskurs von 631 EUR je Aktie, insgesamt 1.198.900 EUR. Davon entfallen 98.800 EUR auf das gezeichnete Kapital und 1.100.100 EUR auf die Gewinnrücklagen. Diese Beträge wurden in der Bilanz von den entsprechenden Posten offen abgesetzt. Der Kursgewinn i. H. v. 11.400 EUR wurde den Kapitalrücklagen zugeführt.
- Im Geschäftsjahr 2017 wurden 5.939 Aktien (= 0,85 % bzw. 309 TEUR des Grundkapitals) zu 625 EUR je Stück angekauft, 4.511 Aktien wurden zu 625 EUR je Stück verkauft. Laut Beschluss der Hauptversammlung vom 19.05.2015 ist der Vorstand ermächtigt, eigene Aktien zum Zwecke des Wertpapierhandels zu erwerben. Diese Ermächtigung gilt bis zum 18. Mai 2020.
- Im Bilanzgewinn von 34.366.453 EUR ist ein Gewinnvortrag von 24.149 EUR enthalten. Der Vorstand schlägt vor, gemäß § 9 der Satzung 23.800.000 EUR in die Position „andere Gewinnrücklagen“ einzustellen und eine Dividende in Höhe von 10.500.000 TEUR an die Aktionäre auszuschütten. Zudem soll ein neuer Gewinnvortrag in Höhe von 66.453 EUR angesetzt werden.
- Die Kapitalrendite gem. § 26a Absatz 1 Satz 4 KWG beträgt 0,40 %.
- Entwicklung der **Rücklagen**:

| | Kapitalrücklage | andere Gewinnrücklagen |
|---|-----------------|------------------------|
| Stand per 1.1.2017 | 43.440.284 EUR | 403.079.544 EUR |
| Eigene Aktien im Bestand per 01.01.2017 | - | 270.456 EUR |
| Zugang 2017 aus dem Bilanzgewinn 2016 | - | 39.800.000 EUR |
| Gewinn 2017 aus eigenen Aktien | 11.400 EUR | - |
| Veränderung des Bestandes an eigenen Aktien | - | -1.100.100 EUR |
| Stand per 31.12.2017 | 43.451.684 EUR | 442.049.900 EUR |

Name und Anschrift der Prüfungsgesellschaft

Deloitte GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Franklinstraße 50
60486 Frankfurt am Main

Mitglieder des Vorstandes

Prof. Dr. Harald Schmitz, Vorsitzender, Ressortvorstand Markt (Vorsitzender)
Thomas Kahleis, Ressortvorstand Steuerung
Oliver Luckner, Ressortvorstand Marktfolge

Mitglieder des Aufsichtsrates

Dr. Matthias Berger, Vorsitzender Wirtschaftsprüfer/Steuerberater
Dr. Norbert Emmerich, stellv. Vorsitzender Bundesschatzmeister, Deutsches Rotes Kreuz e. V., Präsidium
Wolfgang Altenbernd Geschäftsführer a. D., AWO – Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Westliches Westfalen e. V.
Christian Graf von Bassewitz Bankier i. R.
Dr. Robert Batkiewicz Stiftungsdirektor, Caritas Stiftung Deutschland
Dr. Jörg Kruttschnitt Vorstand Finanzen, Personal, Organisation, Recht, Wirtschaft, Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband, Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V.
Pfarrer Ulrich Lilie Präsident, Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband, Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V.
Hans-Jörg Millies Finanz- und Personalvorstand, Deutscher Caritasverband e. V.
Selvi Naidu Mitglied des Vorstandes, AWO – Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V.
Dr. Ulrich Schneider Hauptgeschäftsführer, DER PARITÄTISCHE, Gesamtverband e. V.
Prof. Dr. Friedrich Vogelbusch Wirtschaftsprüfer/Steuerberater
Michael Warman Vorstand a. D., Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V.

Berlin und Köln, 12.03.2018

Bank für Sozialwirtschaft AG
Prof. Dr. Schmitz Kahleis Luckner

Bestätigungsvermerk

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Bank für Sozialwirtschaft AG, Berlin und Köln, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2017 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Bank für Sozialwirtschaft AG, Berlin und Köln, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2017 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Art. 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Art. 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend stellen wir die aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalte dar:

1. Risikovorsorge in Bezug auf Einzelwertberichtigungen im Kreditgeschäft
2. Einbringung von Immobilien in die Gesellschaft HDS Haus der Sozialwirtschaft GmbH & Co. KG, Köln

Unsere Darstellung dieser besonders wichtigen Prüfungssachverhalte haben wir wie folgt strukturiert:

- a) Sachverhaltsbeschreibung (einschließlich Verweis auf zugehörige Angaben im Jahresabschluss)
- b) Prüferisches Vorgehen

1. Risikovorsorge in Bezug auf Einzelwertberichtigungen im Kreditgeschäft

a) Im Jahresabschluss werden unter dem Bilanzposten „Forderungen an Kunden“ Forderungen in Höhe von TEUR 5.480.302 ausgewiesen, für die Einzelwertberichtigungen in Höhe von TEUR 42.154 gebildet wurden. Zudem weist der GuV-Posten „Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführung zu Rückstellungen im Kreditgeschäft“ Aufwendungen aus der Bildung von Einzelwertberichtigungen im Kreditgeschäft in Höhe von TEUR 21.312 auf. Im Rahmen der Rechnungslegung wird zum Zwecke der Bewertung der Forderungen sowie der damit verbundenen Bildung von Einzelwertberichtigungen im Kreditgeschäft regelmäßig auf geschätzte Werte zurückgegriffen, insbesondere hinsichtlich des Zeitpunkts und des Eintreffens zukünftiger Zahlungseingänge sowie der Werthaltigkeit der hinterlegten Sicherheiten.

Aufgrund des wesentlichen Einflusses von Schätzungen auf die Bildung bzw. die Höhe der gegebenenfalls erforderlichen Einzelwertberichtigungen und damit verbundener erheblicher Unsicherheiten, war dieser Sachverhalt im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung.

Die Angaben der gesetzlichen Vertreter zur Bewertung der Forderungen sind in Abschnitt „B. Erläuterung zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ des Anhangs enthalten.

b) Wir haben die Angemessenheit der Bewertungsverfahren für die Ermittlung der Einzelwertberichtigungen von Kreditforderungen geprüft. Dabei haben wir die Aufbau- und Ablauforganisation im Hinblick auf die Angemessenheit und die Wirksamkeit der eingerichteten prüfungsrelevanten Kontrollen untersucht. Dies betrifft insbesondere Prozesse sowie Kontrollen der Bank in Bezug auf die mindestens jährlich durchgeführte Analyse der wirtschaftlichen Verhältnisse der Kreditnehmer, das quartalsweise Reporting über problembehaftete Kreditengagements, die Überwachung der fristgerechten Zahlungseingänge sowie die Prüfung der Werthaltigkeit von Sicherheiten.

Hierauf aufbauend haben wir bei der Prüfung der Bewertung die ordnungsgemäße Ermittlung der Risikovorsorge und die Werthaltigkeit der Forderungen anhand von Stichproben auf Basis einer risikoorientierten und zufallsgesteuerten Auswahl von Kreditengagements verifiziert. Hierbei wurde neben der Überprüfung der Bonität der Kreditnehmer die Werthaltigkeit der Sicherheiten überprüft, um die ordnungsgemäße Höhe der Risikovorsorge zu beurteilen. Bei unserer Kreditprüfung haben wir die Vorgaben aus den MaRisk (BTO 1 Kreditgeschäft) berücksichtigt.

2. Einbringung von Immobilien in die Gesellschaft HDS Haus der Sozialwirtschaft GmbH & Co. KG, Köln

a) Im Jahresabschluss wird unter dem Bilanzposten „Anteile an verbundenen Unternehmen“ die im Geschäftsjahr 2017 gegründete Gesellschaft HDS Haus der Sozialwirtschaft GmbH & Co. KG, Köln, ausgewiesen. Die Bewertung der Anteile erfolgte zu Anschaffungskosten in Höhe von TEUR 32.855, die sich aus Zeitwerten von den in das Festkapital der Tochtergesellschaft eingebrachten Immobilien der Bank zuzüglich Anschaffungsnebenkosten ergeben. Die Einbringung zu Zeitwerten gemäß IDW RS HFA 18 führte zur Aufdeckung stiller Reserven in Höhe von TEUR 26.959, die als Ertrag unter dem Posten „sonstige betriebliche Erträge“ in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen werden. Der Zeitwert wurde durch einen von den gesetzlichen Vertretern der Bank beauftragten Gutachter ermittelt, der eine Bewertung nach den Grundsätzen der Immobilienwertermittlungsverordnung (ImmoWertV) vorgenommen hat.

Die Einbringung wurde in der Handelsbilanz zu Zeitwerten und in der Steuerbilanz zu Buchwerten durchgeführt. Aus dem Sachverhalt ergeben sich passive latente Steuern. Da sich insgesamt zusammen mit anderen Sachverhalten ein Aktivüberhang der latenten Steuern ergibt, verzichtet die Bank gemäß § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB auf einen Ausweis von latenten Steuern in der Bilanz.

Da die Einbringung der Immobilien zu einem für die Bank wesentlichen Ertrag führt und die Bewertung der eingebrachten Immobilien ermessenbehaftet ist sowie aufgrund der Tatsache, dass der Prüfungsausschuss diesen Sachverhalt als Prüfungsschwerpunkt festgelegt hat, war der Sachverhalt im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung.

Die Angaben der gesetzlichen Vertreter zur Bewertung der Gesellschaft HDS Haus der Sozialwirtschaft GmbH & Co. KG sind in Abschnitt „B. Erläuterung zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ und „C. b) Finanzanlagen“ des Anhangs sowie in Abschnitt „II 3 c) Ertragslage“ des Lageberichts enthalten.

b) Wir haben die Angemessenheit der Bewertung zum Zeitwert der in die Gesellschaft HDS Haus der Sozialwirtschaft GmbH & Co. KG eingebrachten Immobilien geprüft. Hierzu haben wir unter Einbezug eines Spezialisten aus dem Bereich Real Estate Consulting die Marktüblichkeit der Parameter plausibilisiert, die von dem durch die Gesellschaft beauftragten Gutachter verwendet wurden und anschließend die Ermittlung des Zeitwertes unter kritischer Hinterfragung der zugrunde gelegten Annahmen nachvollzogen. Darüber hinaus haben wir uns von der Kompetenz, den Fähigkeiten und der Objektivität des durch die Bank beauftragten Gutachters überzeugt.

Zudem haben wir anhand substantieller Prüfungshandlungen die Ordnungsmäßigkeit des Einbringungsverganges der Immobilien nachvollzogen. Auf Basis von Einzelfallprüfungshandlungen haben wir festgestellt, ob der Sachverhalt dem Grunde und der Höhe nach zutreffend in den „Anteilen an verbundenen Unternehmen“ und den „sonstigen betrieblichen Erträgen“ berücksichtigt wurde. Dazu haben wir uns von der sachgerechten Abbildung der Anschaffungskosten und den Erträgen aus der Hebung der stillen Reserven in der Rechnungslegung überzeugt.

Unter Hinzuziehung von internen Steuerspezialisten haben wir überprüft, ob unter Berücksichtigung des oben geschilderten Sachverhalts insgesamt ein Aktivüberhang an latenten Steuern besteht.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen alle übrigen Teile des Geschäftsberichts, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Abschlussprüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder zu unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Art. 10 EU-APrVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 18. Mai 2017 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 11. Oktober/6. November 2017 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 2015 als Abschlussprüfer der Bank für Sozialwirtschaft AG, Berlin und Köln, tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Art. 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Ehler Bühmann.

Frankfurt am Main, 13. März 2018

Deloitte GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(Nemet)
Wirtschaftsprüfer

(Bühmann)
Wirtschaftsprüfer

Kontakt Daten

Zentrale

50668 Köln

Konrad-Adenauer-Ufer 85
Telefon 0221 97356-0
Telefax 0221 97356-478
E-Mail bfs@sozialbank.de

Geschäftsstellen

10178 Berlin

Oranienburger Straße 13/14
Telefon 030 28402-0
Telefax 030 28402-341
E-Mail bfsberlin@sozialbank.de

01097 Dresden

Theresienstraße 29
Telefon 0351 89939-0
Telefax 0351 89939-585
E-Mail bfdresden@sozialbank.de

99084 Erfurt

Anger 66-73
Telefon 0361 55517-0
Telefax 0361 55517-579
E-Mail bfserfurt@sozialbank.de

45128 Essen

Huyssenallee 15
Telefon 0201 24580-0
Telefax 0201 24580-644
E-Mail bfsessen@sozialbank.de

22297 Hamburg

Alsterdorfer Markt 6
Telefon 040 253326-6
Telefax 040 253326-870
E-Mail bfshamburg@sozialbank.de

30177 Hannover

Podbielskistraße 166
Telefon 0511 34023-0
Telefax 0511 34023-523
E-Mail bfshannover@sozialbank.de

76131 Karlsruhe

Ludwig-Erhard-Allee 6
Telefon 0721 98134-0
Telefax 0721 98134-688
E-Mail bfskarlsruhe@sozialbank.de

34117 Kassel

Obere Königsstraße 30
Telefon 0561 510916-0
Telefax 0561 510916-859
E-Mail bfskassel@sozialbank.de

50678 Köln

Konrad-Adenauer-Ufer 85
Telefon 0221 97356-0
Telefax 0221 97356-177
E-Mail bfskoeln@sozialbank.de

04109 Leipzig

Neumarkt 9
Telefon 0341 98286-0
Telefax 0341 98286-543
E-Mail bfsleipzig@sozialbank.de

39106 Magdeburg

Joseph-von-Fraunhofer-Straße 2
Am Wissenschaftshafen
Telefon 0391 59416-0
Telefax 0391 59416-539
E-Mail bfsmagdeburg@sozialbank.de

55116 Mainz

Fort-Malakoff-Park
Rheinstraße 4 G
Telefon 06131 20490-0
Telefax 06131 20490-669
E-Mail bfsmainz@sozialbank.de

80335 München

Karlsplatz 10 (Stachus)
Telefon 089 982933-0
Telefax 089 982933-629
E-Mail bfsmuenchen@sozialbank.de

90402 Nürnberg

Königstraße 2
Telefon 0911 433300-0
Telefax 0911 433300-619
E-Mail bfsnuernberg@sozialbank.de

18055 Rostock

Mühlendamm 8 b
Telefon 0381 1283739-0
Telefax 0381 1283739-869
E-Mail bfsrostock@sozialbank.de

70174 Stuttgart

Theodor-Heuss-Straße 10
Telefon 0711 62902-0
Telefax 0711 62902-699
E-Mail bfsstuttgart@sozialbank.de

Europa-Büro der BFS

BELGIEN

1040 Brüssel
Rue de Pascale 4-6
Telefon 0032 22303922
Telefax 0032 22802778
E-Mail bfsbruessel@sozialbank.de

BFS Service GmbH

50678 Köln

Im Zollhafen 5 (Halle 11)
Telefon 0221 97356-160
Telefax 0221 97356-164
E-Mail bfs-service@sozialbank.de

BFS Abrechnungs GmbH

31137 Hildesheim

Lavesstraße 8-12
Telefon 05121 935623-0
Telefax 05121 935623-99
E-Mail info@bfs-abrechnung.de

**Haus der Sozialwirtschaft
GmbH & Co. KG**

50668 Köln

c/o BFS AG
Konrad-Adenauer-Ufer 85
Telefon 0221 97356-848
Telefax 0221 97356-104
E-Mail m.collet@sozialbank.de

Impressum

Herausgeber/Redaktion

Bank für Sozialwirtschaft Aktiengesellschaft
Konrad-Adenauer-Ufer 85
50668 Köln
Telefon 0221 97356-0
Telefax 0221 97356-219
E-Mail bfs@sozialbank.de
www.sozialbank.de

Vorstand

Prof. Dr. Harald Schmitz (Vorsitzender)
Thomas Kahleis
Oliver Luckner

Aufsichtsratsvorsitzender

Dr. Matthias Berger

Handelsregister

Köln HRB 29259
Berlin HRB 64059
Umsatzsteuer-ID: DE 136634199

Gestaltung

Insignio Kommunikation GmbH
Ludwig-Erhard-Straße 14
34131 Kassel

Druck

Druckhaus Ley + Wiegandt GmbH + Co
Möddinghofe 26
42279 Wuppertal



